

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 halbjährlich 2.80 Mk. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer und illustriertes Sonntags-  
 Heft 10 Pfg. Die neue Zeit 10 Pfg. Woch-  
 abonnements-Preis 1.10 Mk. pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2.50 Mk., für das übrige Ausland  
 4 Mk. pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgepaltenen Annoncen  
 je Zeile 50 Pfg. für die ersten 10 Zeilen  
 und 40 Pfg. für die übrigen. Für die  
 „Kleinen Anzeigen“, das ist für die  
 ersten 10 Zeilen 20 Pfg. für die  
 übrigen 10 Pfg. (zweiwöchige 2-fache  
 Gebühre). Jedes weitere Wort 10 Pfg.  
 Stellenangebote und Stellenanzeigen  
 zahlen das erste Wort 10 Pfg., jedes  
 weitere Wort 5 Pfg. Worte über 10 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 7. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die italienischen Wahlen.

Rom, 3. November. (Eig. Ber.)

Mit stolzer Genugtuung kann die sozialistische Partei auf die Ergebnisse des ersten Wahlkampfes mit allgemeinem Wohlwollen hinweisen. Von 25 ist die sozialistische Fraktion auf 52 angewachsen, hat also mit eigenen Kräften und ungeachtet der Parteipolitik ihren Bestand mehr als verdoppelt. Als einzige Partei, der die Regierung überaus und mit allen Mitteln entgegen trat, hat sie den Wahlkampf ausgefochten und hat dabei Siege errungen, wie sie die Wahlen keiner anderen Partei gebracht haben. Sogar die Klerikalen, denen doch im Wahlkampf die Huld der Regierung nie gefehlt hat und die gerade durch die Vermehrung des Wahlkörpers um zahlreiche alte Leute so wesentlich begünstigt waren, schließen nicht annähernd mit so günstigen Resultaten ab wie die Sozialisten. Der erste Wahlgang hat ihnen 30, der zweite 6 Mandate gebracht: ihre Fortschritte sind also nicht mit den unseren zu vergleichen.

Und dabei gewinnt unsere Partei gerade da am meisten, wo die Analphabeten am wenigsten ins Gewicht fallen, nämlich in Oberitalien, auf das allein 40 unserer Mandate kommen, und in den großen Städten. Mailand, Turin, Florenz und Bologna verfügen heute über je drei Mandate, so daß in all diesen Städten die Mehrheit der Wahlkreise in unseren Händen ist. Die bürgerlichen Blätter mögen noch so lässlich winkeln über die Unwissenheit, die den Sozialisten den Weg zur Macht geebnet haben soll: wenn die Bourgeoisie nicht die Verbände ihrer Gebirgstäler, ihrer Dörfer und Kleinstädte gehabt hätte, würde sie heute noch viel armerlicher und enttäuschter dastehen.

Mit den 52 Sozialisten, die in der neuen Kammer Sitz haben werden, sind die bösen Überraschungen dieses Wahlkampfes für die Bourgeoisie noch nicht einmal abgetan. Außer diesen Mitgliedern der offiziellen Partei sind drei wilde Sozialisten gewählt, nämlich Ciccotti, Altobelli und Bigna (Vabriola rechnen wir nicht als Sozialisten oder Syndikalisten) sowie zwei Syndikalisten, de Ambris in Parma und Arca in Calabrien. Schließlich ist die Zahl der Reformisten von 15 auf 23 angewachsen, was der Regierung schon deshalb nicht angenehm sein kann, weil gerade die neueroberten Wahlkreise der Reformisten in Sizilien und Süditalien den treuesten und gefügigsten Ministeriellen abgenommen worden sind. Ueberhaupt wird die Regierung heute mit Stutzen gewahrt, daß die neuen Wähler doch mit einem anderen Maßstabe messen als die alten. Im Süden haben sie geradezu ein Schlachtfeld mit den treuesten Anhängern des Kabinetts, den ältesten und ergebensten Freunden Giolittis, gefeiert. Leute, deren Stellung als unerschütterlich galt, sind heute ohne Sang und Klang zur Seite geschoben worden. Und gerade unter den moralisch anrüchlichen und korrupten Elementen hat das erweiterte Wahlrecht mit eisernem Besen ausgekehrt. Auf diesem Gebiete hat gerade der Süden eine ebenso erfreuliche wie unerwartete Reinigungsarbeit vollzogen.

Es wäre durchaus verfehlt, wenn man die Verstärkung der sozialistischen Partei und die allgemeine Vermehrung der antiministeriellen Elemente nur zahlenmäßig bewerten wollte. Wer so verfährt, wird ohne irgendwelche Mühe noch eine ansehnliche Mehrheit des Kabinetts ausrechnen. In Wirklichkeit muß man aber die moralischen Folgen des mächtigen Zuwachses der Sozialisten und des Erwachens einer nicht sozialistischen Opposition für das Verhalten der anderen Parteien in Anschlag bringen.

Man darf nicht vergessen, daß der Begriff „ministeriell“ nicht durch ein Programm umrissen ist, sondern in der großen Mehrzahl der Fälle sich nur aus einem praktischen Nützlichkeitsverhältnis ergibt. Ein guter Teil der Ministeriellen hält sich nur zum Kabinetts, solange er dieses fest im Sattel glaubt. Sobald etwas wie Krise in der Luft liegt, verschwinden die Leute von der Bildfläche oder lassen sich auch wohl von den Führern anziehen, deren Aufstieg zu erwarten steht.

Noch wichtiger als das Verhalten dieser unsicheren Elemente, die so etwas wie ein Soldnerheer der Politik darstellen, ist aber die Wirkung, die die Wahlen auf zwei andere Gruppen des Parlaments haben können: auf die Radikalen und auf die konstitutionelle Opposition. Diese beiden Parteien, oder richtiger: Erparteien — denn vor den Wahlen hatten beide bekanntlich auf jede Selbstständigkeit verzichtet und waren schlechtthin ministeriell — schätzen, dank der ministeriellen Schutzfärbung, in dem Wahlkampf recht gut ab. Die Radikalen belaufen sich auf 64; die Zahl der konstitutionellen Opposition läßt sich nicht genau angeben, ehe nicht von irgendeiner Seite ein Wiederbelebungsversuch der Partei durch Einberufung einer Fraktionsversammlung gemacht wird. Es liegt in der Natur der Dinge, daß diese beiden Gruppen durch den Wahlausgang aus der Zwangslage befreit werden, unter Aufgabe ihrer eigenen Wesenheit in der ministeriellen Masse unterzutauchen. Beide sagen sich, was sie sich in der vorigen Kammer beim besten Willen nicht sagen konnten, daß nunmehr wirklich eine Opposition gegen das Kabinetts möglich ist. Und diese Erkenntnis muß ihre Politik beeinflussen.

Natürlich können die bürgerlichen Radikalen, die überhaupt sehr unsichere Kunden sind, nicht zur Opposition über-

gehen, solange sie selbst vier Vertreter im Kabinetts haben. Da aber Giolitti diese seine Mitarbeiter seit längerer Zeit mit einer geradezu großartigen Rücksichtslosigkeit behandelt und es noch in diesem Frühjahr fertig gebracht hat, die radikale Partei in offener Kammer lächerlich zu machen, ist es durchaus nicht auszuschließen, daß diese Partei dem Ministerium die Gefolgschaft kündigt, sobald sie glauben kann, eventuell aus den oppositionellen und schwankenden Elementen eine eigene Mehrheit zu erzielen.

Auf diese Weise wird der Ausgang dieser Wahlen, bei denen es eigentlich, mit Ausnahme der sozialistischen, überhaupt keine Partei gegeben hat, dahin führen, daß die bürgerlichen Parteien sich wieder auf sich selbst und ihr Programm oder doch etwas Programmähnliches besinnen müssen. Giolitti hat die Wahlen nach rein persönlichen Gesichtspunkten organisiert und die Parteigrenzen verwischt, indem er die bürgerlichen Kandidaten ohne Ansehen der Partei unterstützte. Es ist nun dabei etwas ganz anderes herausgekommen, als er erwartet hatte: eine starke sozialistische und eine vorläufig nur ange deutete, aber doch entwicklungs-fähige bürgerliche Opposition. Dieses Ergebnis reagiert ganz automatisch die anderen Parteien an, sich abzugrenzen. So werden die Wahlen, die im Zeichen der systematischen Parteikonfusion durchgeführt wurden, zu etwas wie einer Neubildung und Regliederung der Parteien im italienischen Parlament führen.

Begreiflicherweise hat unsere Partei auch Verluste zu verzeichnen, von denen der eine, der des Mandates des ersten römischen Wahlkreises, sehr bitter und sehr folgenschwer ist. Bitter insofern, als das Mandat einem klerikalen Nationalisten zufällt, nachdem man sich jahrelang in den Wahlen wiegen konnte, daß in Rom die Klerikalen als politische Macht nicht mehr in Betracht kämen. Arm in Arm mit dem Nationalismus sehen wir aber die Handlanger des Papsttums wieder auf der Bildfläche erscheinen. Folgeschwer ist der Verlust insofern, als er im Verein mit dem Wahlausgang des vierten Kreises, in dem ein klerikaler Nationalist gewählt wurde, die antisklerikale Stadtverwaltung Roms, den berühmten Vloch, zum Rücktritt nötigt, so daß die Gemeindeverwaltung der Hauptstadt einem königlichen Kommissar übergeben werden wird. Nach sieben-jähriger Herrschaft der Antisklerikalen riskiert man nun in Rom, wieder die Klerikalen Fuß fassen zu sehen.

Rückschläge auf die Kommunalverwaltung werden die Wahlen übrigens auch in anderen großen Städten haben, so namentlich in Turin und Mailand, wo unsere Partei drei von sechs Mandaten erobert hat. In beiden Städten ist der Stadtrat bereits zurückgetreten.

Es ist offenbar noch zu früh, um Voraussagen über das Verhalten der Parteien in der neuen Kammer zu machen. Das kann man aber schon jetzt sagen, daß die Stunde der Diktatur Giolittis geschlagen hat. Eine Mehrheit, wie er sie sich mit Veisiche und Zuder in der vorigen Kammer dreifert hat, wird er trotz seiner Fähmungskünste in der neuen nie und nimmer zustande bringen. Eine Kammer, in der 52 Sozialisten Sitz haben, noch dazu Sozialisten, die schon durch den Schaden eines ministeriellen Experiments flug geworden sind, kann selbst ein Giolitti nicht auf das Niveau der

vorigen Kammer herabdrücken, die unter der Leitung des Ministerpräsidenten so viele Kunststückchen ausgeführt hat, bis sie zuletzt den Salkomortale lernte, der der italienischen Bourgeoisie gar nicht gut bekommen will: die Bewilligung des Wahlgesetzes.

Dieses letzte Kunststück, das als besonders anziehende Nummer in dem demokratischen Programm Giolittis gedacht war, hat in der Praxis doch andere Ergebnisse gezeigt, als Giolitti bei seiner Einstudierung beabsichtigt hatte. Gerade von seinen Getreuen haben sich viele dabei den Hals gebrochen, und das Ende vom Liede wird sein, daß auch das Ministerium von dem gleichen Schicksal ereilt wird.

Das italienische Proletariat hat das seine getan, damit die demokratische Spielerei sich in den Ernst des Massenwillens verwandelte. Es kann stolz auf das Ergebnis sein, stolz, wie unsere Partei es sein darf, die die Massen in diesem Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen Imperialismus und Kolonialpolitik, gegen Korruption und Elitenwirtschaft geführt hat. Partei und Arbeiterkraft haben in dem wahrlich nicht leichten Kampfe weder ihren Mann gestanden.

## Der Staatsstreich in China.

London, 6. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Peking Spezialkorrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß infolge des Staatsstreiches des Präsidenten Jüan-shü-kai von den 274 Mitgliedern des Senats 130 Mitglieder der Kuomintang-Partei und von den 500 Unterhausmitgliedern 220 Mitglieder Partei ihres Mandats beraubt worden sind. Dieser Staatsstreich habe in Wirklichkeit dem Parlament den Garauß gemacht. Die Kabinettsminister hätten sich drei Tage lang geweigert, die Befehle des Präsidenten zu unterzeichnen, seien aber schließlich von Jüan-shü-kai eingeschüchtert worden. Es verlautet, daß der Premierminister die Absicht habe, zu demissionieren.

Die in Peking lebenden Europäer betrachten die jetzigen Vorgänge als den Anfang einer Diktatur. Jüan-shü-kai sah sich zu seinem Gewaltstreich veranlaßt durch das mutige Vorgehen des Parlamentsausschusses zur Entwerfung einer Konstitution der Vorschläge zur Einschränkung der übermäßigen Macht der Exekutive gemacht hat.

Der Korrespondent weist ferner darauf hin, daß zurzeit in Peking keine Steuern einlaufen. Kaufbolde vom Schlage des Generals Changshun verfügen über beständig anwachsende Armeen, die sich aus der Hefe des Volkes zusammensetzen. Auch an weitere europäische Anleihen sei vorläufig nicht zu denken, außer zu Bedingungen, die den Staatsbankrott nur beschleunigen müßten. Ebenso würden in den Provinzen wieder neue Kämpfe stattfinden, sobald dort die Tragweite der Befehle Jüan-shü-kais erkannt würden. Schließlich macht der Korrespondent auch darauf aufmerksam, daß Japan zurzeit die stärkste Militärmacht am Jangtseflusse besitze.

## Einschüchterungsversuche.

### Ein Schmerzensschrei der Kruppianer.

Der Beschluß des Gerichts, vier der als Zeugen geladenen Krupp-Direktoren wegen des Verdachts der Mitschuld nicht zu verurteilen, ist den Kruppianern sichtlich auf die Nerven und aufs Gehirn geschlagen. Er hat bei der „Post“ einen wahren Wutparoxysmus ausgelöst, der sich in den komischsten Schimpfereien gegen den „Vorwärts“ auslebt.

Sei wir von dem Recht, nein: von der Pflicht Gebrauch gemacht haben, die die Öffentlichkeit des Verfahrens der Presse auferlegt, weil wir die Vorgänge in Mosbit mit der dringend gebotenen Kritik begleitet haben, deshalb überschlägt sich das Organ der Schwerindustriellen Scharfmacher und Kriegshetze (dessen wüste Beschimpfungen einer ganz anderen Stelle noch in frischster Erinnerung sind) in epileptischen Zudungen. Die Erregung des Herrn v. Rötger scheint auf die „Post“-Erbiler Übergehrungen zu sein und in dem minder widerstandsfähigen Organismus seiner jungen Leute die gefährlichsten Verheerungen angerichtet zu haben!

Der „Vorwärts“ soll sich durch seine Projektschloffen „außerhalb der Formen gestellt“ haben, „die in einer Kulturgemeinschaft sichtlich und selbstverständlich sind“. Wenn mit dieser „Kultur“-Gemeinschaft etwa die Gemeinschaft mit den Kruppianern der „Post“ und ähnlichem Gelichter gemeint sein sollte, so möchten wir uns das auch ernstlich ausgedehnt haben!

Wer, wie die „Post“ dem „Vorwärts“ gegenüber, in Ermangelung einer sachlichen Entgegnung nichts vorzubringen weiß als duktigste Silblinden wie „Schmutzkumpen perfider Saybildungen“, „Skrupellos zupackende Robott“, „Selbstentwärtige dieses Blattes“ usw., hat allerdings allen Grund, von den „Formen“ einer „Kultur-gemeinschaft“ zu sprechen.

Aber wir begreifen das Wüten des Krupp-Blattes. Die Bestärkung über das Erdreissen des Gerichts, selbst vor den An-machungen Lantienem geeigneter Krupp-Direktoren nicht ohne weiteres zusammenzufinden, setzt sich um in maßlose Er-

bitterungen gegen den „Vorwärts“, den vermeintlichen Urheber solchen Greuels.

Den Zweck ihrer spaltenlangen Schimpfereien betradt ja allzu deutlich die „Post“, wenn sie mit schöner Siegesübersticht schließt:

„Zeugen, die ihre eibliche Aussage machen, unterstehen nicht der Jurisdiktion des „Vorwärts“. Noch nicht. Und die hinterhältige Methode dieses Blattes, ihnen außerhalb des Gerichtssaales etwas am Zeuge zu fiden, verdient als das gefenreichste zu werden, was sie nur verstedterweise ist: als ein unerhörter Versuch, Zeugenansagen zu korrigieren. Daß ein solcher Versuch ergebnislos verlaufen muß, dafür gibt es gottlos noch Richter in Deutschland.“

Ein allerliebster Einschüchterungsversuch des Krupp-Organs! Die Herren Richter wissen jetzt wenigstens, was man von ihnen erwartet!

### Armer Staatsanwalt.

Der Herr Staatsanwalt hatte Herrn v. Gottberg bekanntlich wegen seiner groben Antempelung des Anklage-vertraters und wegen seiner unfählich plumpen Beeinflussungs-versuche dem Gerichtshof gegenüber ein jähes Ende seiner Offiziösen-Laufbahn prophezeit. Wir hatten gestern bereits ein dices Fragezeichen hinter diesen Optimismus gesetzt. Heute antwortet denn auch Herr v. Gottberg im offiziösen Scherzblatt dem weltfremden Staatsanwalt folgendermaßen:

„Herr Oberstaatsanwalt! Ich habe keinerlei Vermutung über Ihre berufliche Zukunft geäußert. Also haben Sie, bitte, die Güte, sich keine Sorgen um die meine zu machen. Grund, sich auch noch in der Rolle eines falschen Propheten zu gefallen, lag nicht vor. Wo ich bisher willkommen war, bleibe ich es, auch an amtlicher Stelle, obwohl wir verschiedene Meinungen sind.“

Das heißt also: lieber Staatsanwalt, Sorge du dich lieber um deine Zukunft; um die meinige ist mir nicht bange! Und der Mann mag wirklich nicht so unredt haben!

## Die Herren Aufsichtsräte.

Wir lesen in der Parteipresse:

Im Aufsichtsrat der Krupp A. G. der einen halb familiären Charakter hat, sitzen als Vorsitzender Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der Prinzregent, der dem angeheirateten Vermögen durchaus standesgemäß umzugehen versteht; dann der Geheimrevisor Dr. August von Simson. Hier sei daran erinnert, daß der Vorsitzende des Krupp'schen Direktoriums, der Geheimrevisor Eugen Berg, vor einigen Tagen in der Prozeßverhandlung erklärte, weil die Firma Krupp mit Herrn von Regeu nach dessen Entlassung direkt nichts mehr zu tun haben wollte, seien die Verhandlungen mit Herrn von Regeu durch einen außerhalb der Firma stehenden Juristen geführt worden. Direktor Eugen Berg nannte den Namen des „außerhalb der Firma stehenden Juristen“, es war — Justizrat von Simson! Der harmlose Vorsitzende des Gerichts und sein gleich harmloser Staatsanwalt merkten nichts, wie sie im Krupp-Prozeß sehr oft nichts merkten. Des Weiteren sitzt im Aufsichtsrat der Firma Krupp Herr Ludwig Debraud, der Mitinhaber des vornehmen Bankhauses Delbrück, Schickler u. Co. und außerdem auch Mitglied des Herrenhauses ist. Herr Debraud hat auch innige Verbindungen mit dem Konzern der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft und ist Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank.

Die interessanteste Figur im Krupp'schen Aufsichtsrat ist zweifellos ohne der Vizeadmiral z. D. Erzengel Hans Sack. Er ging aus dem aktiven Dienst ab, um nach dem Kaiserstüchendienst in Berlin zu gehen und sich ausschließlich seinen drei Aufsichtsratsmandaten zu widmen. Er sitzt außer bei Krupp im Aufsichtsrat der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin und im Aufsichtsrat der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Ueber diesen geschäftstüchtigen Admiral schrieb der konservative „Türmer“ im Juli dieses Jahres: „Ich wiederhole . . . daß es nicht gebildet werden darf, daß ein Admiral, der Pension bezieht, Aufsichtsratsposten bei den Monopolfirmen annimmt, mit denen er jahrelang als Dezent in Morineamt Geschäfte über riesige Summen für das Reich abgeschlossen hat.“ Neben diesem Herrn Sack amtiert noch der Finanzrat Ludwig Klüpfel und der Regierungsdirektor Thilo Freiherr v. Wilmsdorf. Der Vater des letzteren war unter Hohenzollern Chef der Reichskasse, sein Sohn ist mit der zweiten Tochter von Friedrich Krupp verheiratet. Ueber Mangel an guten Verbindungen kann man beim Aufsichtsrat der Krupp'schen Werke wirklich nicht klagen.

Das Direktorium der Firma Krupp ist ebenso gut versorgt in bezug auf „possendes Vorleben“ seiner Mitglieder, wie der Aufsichtsrat. Herr v. Regeu zum Beispiel hatte als Offizier bei der Uebernahme von Lieferungen viel mit Krupp zu tun, auf diese Art wurde er Angestellter der Firma Krupp. Der Vorgänger des Herrn v. Regeu war Oberst, ehe er zu Krupp kam. Der Chef des Direktoriums, Eugen Berg, war Vortragender Rat im Finanzministerium, ehe er zur Kanonenfirma kam. Direktor Dreger war Dezent in der Kriegsministerium und ging zu Krupp. Brandt kam als ehemaliger Depotverwalter von der Artillerieprüfungskommission nach Essen. Wehrhahn wandlungen kann man bei fast sämtlichen Direktoren feststellen! Das passende „Vorleben“ ist für die Anstellung bei Krupp, und die gute Verbindung bei unseren Militärgeschäften die Hauptsache!

## Der Kampf in Dublin.

London, 5. November. (Via. Ber.)

Der Kampf der vereinigten Dubliner Arbeitgeber gegen den irischen Transportarbeiterverband dauert fort; sein Ende ist noch nicht voraussehbar. Der Versuch, die Kinder der Ausgesperrten nach Freunden in England zu schicken, ist an dem wütenden Widerstand der katholischen Geistlichkeit gescheitert. Das Unternehmen der englischen Frauen hat aber insofern gut getan, als es das Gewissen der Heiligen auferweckt und sie auf ihre Verantwortlichkeit gegenüber den kleinen hungerigen Waisenkindern aufmerksam gemacht hat. Die Priester fingen vor einigen Wochen an, einen Fonds zur Ernährung und Kleidung der notleidenden Kinder Dublins zu sammeln. Freilich sehr freigebig haben sich die reichen Katholiken bisher nicht gezeigt. Es geht mit dem Fonds, der erst 770 Pfund beträgt, sehr langsam vorwärts. Diese Spenden sind nichts im Vergleich mit den 2255 Pfund, die die englischen Arbeiter allein an das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses zur Unterstützung ihrer irischen Genossen geschickt haben; diese Summe enthält nicht die Beträge, die direkt nach Dublin geschickt worden sind. Der Fonds, der dazu bestimmt ist, mit Lebensmitteln beladene Schiffe nach Dublin zu schicken, wächst von Tag zu Tag, und der beständige Geldzufluß beweist am besten den ruhigen und festen Vortrieb der englischen Arbeiter, die Bewegung in der Schweizerinsel nicht untergehen zu lassen. Diese großartige Hilfeleistung wird in künftigen Zeiten den Kitt bilden, der das britische und irische Proletariat zusammenhalten wird.

Zurzeit werden von der englischen Transportarbeiterföderation wieder Versuche gemacht, dem Kampf ein Ziel zu setzen. Sehr aussichtslos scheint das Unternehmen jedoch nicht zu sein. Vor allen Dingen müssen die Leiter der Transportarbeiterföderation, die der irischen Gewerkschaft ihre Vermittlung angeboten haben, sehr vorsichtig zu Werke gehen, um nicht in eine schiefe Lage zu geraten. Der irische Transportarbeiterverband gehört der Transportarbeiterföderation nicht an; in der Vergangenheit hat er verschiedene Male erfolglos um Anstufung ersucht. Mein schon aus diesem Grund kann die Transportarbeiterföderation nicht für die Föderation handeln und ihnen etwa einen Frieden diktieren. Das oder etwas Ähnliches wollen aber gerade die Dubliner Arbeitgeber, die natürlicherweise darauf spekulieren, daß zwischen den englischen und irischen Arbeiterführern Zwietracht entstehe, was zum Verfließen des Goldstroms aus England führen würde. Die Vertreter der Föderation sehen deshalb peinlichst darauf, daß ihre Handlungen nicht mißdeutet werden können. Sie wollen nur die streitenden Parteien zusammenbringen, denen allein der Abschluß eines Friedens überlassen bleiben würde.

Was die Beendigung des Kampfes noch besonders erschwert, ist die Tatsache, daß man das Haupt der irischen Transportarbeitergewerkschaft eingesperrt hat. Ohne Par- kin's Zustimmung ist ein Friedensvertrag nicht viel wert. Die Führer sagen, daß das „Dubliner Schloß“ (die englische Bürokratie in Irland) zwei große Böden geschlossen habe: es habe Par- kin frei umhergehen lassen, als er hinter Schloß und Riegel hätte sitzen sollen, und es habe ihn eingesperrt, als er hätte frei sein müssen. Die Mißachtung der einfachsten Rechtsgriffe, die aus dieser noch den „Times“ unter dem Bürgerlich Dublin verbreiteten Ansicht spricht, wiegelt recht deutlich das in Irland noch bestehende Regierungssystem wieder, dem die Engländer zu Hause vor 300 Jahren das Genick brachen. Man steckt die Menschen ins Loch, wenn es die

Regierungsmacht verlangt. Die Verurteilung des Genossen Par- kin zu sieben Monaten Haft ist eine Farce, die selbst den englischen Reaktionen zu stark ist. So zitiert die konservative Wochenchrift „Spectator“ den wichtigsten Passus aus der Rede des anliegenden irischen Justizministers und knüpft daran einige treffende Bemerkungen. Der Passus lautet: „Par- kin hat gesagt: „Das Volk macht Könige und das Volk kann sie ablegen, und ich kann nicht einsehen, daß der König von England ein Recht haben soll, Versammlungen zu verbieten.“ Dann sagte er: „Ich habe Gott schütze den König! nur stets im Spott gesagt.“ Erwartete er, daß das Volk König Georg ablegen und den König Par- kin auf den Thron erheben würde? . . . Par- kin sagte auch: „Ich bin ein Rebelle und der Sohn eines Rebellen.“ Sehr viele Leute möchten, daß Par- kin diese Erklärung ein wenig mehr präzisieren. Er sagte auch: „Ich erkenne kein anderes Gesetz an, als das Gesetz des Volkes.“ Dieser Satz selbst war eine aufreißerische Rede.“ Die geleseften der konservativen Wochenchriften bemerkt dazu: „Wir erwarten, solches Zeug in einem Majestätsbeleidigungsprozeß in Preussisch-Polen oder in einem Hochverratsprozeß in Agram zu lesen; aber wenn man es in einem Bericht über einen Prozeß innerhalb des Königreichs liest, und wenn man weiß, daß es ohne Protest von denen, die sich Liberale nennen, hingenommen worden ist, so hat man das neue und sehr unbehagliche Gefühl, daß wir uns schnell rückwärts entwickeln.“

Die Arbeitererschaft Großbritanniens hat den Gewaltstreik jedoch nicht ruhig hingenommen. Schon mehr als 500 Arbeiterorganisationen haben in Resolutionen die Freisetzung Par- kins gefordert, und täglich mehrern sich die Proteste, die aus allen Ecken des Landes einlaufen.

## Politische Uebersicht.

### Verfassungswidrige Königsmache.

München, 6. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einer Viertelstunde bestätigte am Donnerstag nachmittag die bayerische Abgeordnetenkammer, daß die Regentenschaft zu Recht beendet worden sei. Die bürgerlichen Parteien gaben kurze Erklärungen ab, in denen sie ihre Ueberzeugung ausprägten, daß König Otto unzulässig dauernd unheilbar geisteskrank sei. Für die Sozialdemokratie verlas Genosse Segitz folgende Erklärung:

„Die Proklamation des Königs ist erfolgt, bevor der Landtag in der Lage war, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Beendigung der Regentenschaft zu prüfen. Die Staatsregierung hat den Landtag vor vollendete Tatsachen gestellt. Darin sieht die Sozialdemokratie eine Verletzung der Verfassung, die nach den jüngsten Änderungen der Verfassung für die Beendigung der Regentenschaft gegeben sind. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt ihre Teilnahme an einer von ihr als verfassungswidrig erkannten Aktion ab und wird auch aus diesem Grunde und infolge der ganzen Art, in der die jüngste Verfassungsänderung erfolgte und die Regentenschaft beendet worden ist, an der die Vorgänge sanktionierenden Abstimmung sich nicht beteiligen.“

Der Ministerpräsident protestierte in einer kurzen Bemerkung namens des Gesamtministeriums gegen den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit. Die Sozialdemokraten riefen: Das nützt nichts, es ist doch so! Darauf stimmten die bürgerlichen Parteien einstimmig zu.

Die Regierung läßt dem Landtag sofort eine abgeänderte Vorlage über den Etat des königlichen Hauses zugehen, in der die früher geforderte Erhöhung der Zivilliste gemäß den jetzt vollzogenen Änderungen geregelt wird.

### Amnestie.

Ludwig III., der neue König von Bayern, hat eine Amnestie erlassen. Diese Amnestie erstreckt sich auf alle noch nicht vollstreckten Strafen, die von einem bayerischen bürgerlichen Gericht oder Militärgericht ausgesprochen sind, und zwar:

1. wegen Beleidigung Seiner Majestät des Königs Otto, Unserer Person oder eines Mitgliedes Unseres königlichen Hauses nach den §§ 93, 97 des Strafgesetzbuches.
2. wegen Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte nach dem fünften Abschnitt des zweiten Teiles des Strafgesetzbuches.
3. wegen Vergehen und Uebertretungen nach den §§ 18, 19 des Gesetzes über die Presse.
4. wegen Beleidigung einer Behörde, eines Beamten, eines Religionsdieners oder eines Mitgliedes der bewaffneten Macht während der Ausübung des Berufs und in Beziehung auf den Beruf nach den §§ 185, 186 des Strafgesetzbuches.
5. wegen Ungehör vor Gericht nach den §§ 179, 180 des Gerichtsverfassungsgesetzes und des § 290 Abs. 3 und 4 der Militärstrafgerichtsordnung.

Ist die Strafe mit einer wegen einer anderen strafbaren Handlung ausgesprochenen Strafe zu einer Gesamtstrafe zusammengefaßt, so ist von der Gesamtstrafe der volle Betrag der Einzelstrafe erlassen.

Erlassen sind ferner alle noch nicht vollstreckten Geldstrafen von nicht mehr als 100 Mark und alle noch nicht vollstreckten Freiheitsstrafen von nicht mehr als einem Monat, die von einem bayerischen bürgerlichen Gericht oder Militärgericht wegen Vergehen und Uebertretungen, die nicht unter Ziffer 1 genannt sind, und wegen Fortschreib und Fortspolizeiübertretungen erkannt sind.

Der Umfang der Amnestie hebt sich sehr vorteilhaft ab von den jüngsten Amnestien in Preußen und Braunschweig.

### Nach bekanntem Muster.

Die Böhmer Bauinnung und der dortige Unternehmerverband für das Baugewerbe haben an den Kriegsminister eine Eingabe gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß sich die Firma W. Hoffmann u. Co. in Posen Abschriften über Submissionsangebote anderer Firmen verschafft habe. Mit Hilfe der durch diese Abschriften erlangten Kenntnisse gelang es der Firma W. Hoffmann, von den Bauarbeiten, die infolge der Heeresvermehrung ausgeführt sind, Zuschläge im Betrage von 800 000 M. zu erhalten. Die ausgefallenen und somit geschädigten Bauunternehmer sind natürlich empört über diese Korruptionspraktiken und haben beim Kriegsminister um eine Audienz nachgesucht, um Remedur zu erwirken.

Ob ihnen das gelingt, ist freilich fraglich.

### Ein Sieg der Wahlrechtsinfamie.

Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Köln, die vom 3. bis 5. November stattfanden, erhielten durchgänglich: Zentrum 23 940, Sozialdemokratie 11 600, Vereinigte Liberale 8870 Stimmen. Das Zentrum hat also wieder mit großer Mehrheit sämtliche Mandate geholt. Die entsprechenden Zahlen der Wahl von 1911 lauten: Zentrum 28 100, Sozialdemokratie 13 000, Liberale 4450.

Obwohl unsere Kölner Genossen das Reichstagsmandat eroberten, obwohl bei der geheimen Stimmabgabe rund 40 000 Wähler auf dem Kölner Gemeindegebiet für uns stimmten, ist es ihnen nicht möglich, unter dem Dreiklassenwahlrecht auch nur einen einzigen Sitz im Stadtverordnetenkollegium zu erringen. Um sich unter allen Umständen am Ruder zu halten, hat die angeleglich so wahlrechtsfreundliche Zentrumspartei das elendeste aller Wahlsysteme noch verschlechtert. Die Zentrumsmehrheit verweigert die Bewilligung von Abstimmungsbezirken, und so besteht denn in Köln der ungeheuerliche Zustand, daß alle Wähler, auch die der Borarie, stundenweit in den Mittelpunkt der Stadt zur Wahl müssen. Durch diese Schikane bringt es das Zentrum fertig, Tausende von Arbeitern, die weit draußen in den Vororten wohnen, und die erst abends um 7 Uhr aus den Fabriken kommen, von der Wahl fernzuhalten. Jeder Antrag auf Bewilligung der Abstimmungsbezirke wird abgelehnt, denn, so sagte einer der Vorführer des Zentrums im Rathause höhnisch: „Wir sind gut dabei gefahren.“ Die Erbitterung über diese Infamie der Zentrumspartei ist bei den organisierten Arbeitern in Köln groß, und sie sind nun nicht länger mehr gewillt, sich von den schwarzen Wahlrechtsgegnern weiter um ihr Bürgerrecht prellen zu lassen. Köttgenfalls muß und wird zu stärkeren Mitteln gegriffen werden.

Die ganze „Schönheit“ des Dreiklassenwahlrechts offenbart sich übrigens auch bei den Kölner Stadtverordnetenwahlen ausgezeichnet. Rund 900 Wähler bilden die erste Klasse, rund 9000 die zweite, aber 84 000 Wähler sind in der dritten Klasse zusammengepackt. Alle Arbeiter und Angestellten gehören zur dritten Klasse, in der zweiten dagegen wohnen neben der hohen Geistlichkeit eine Anzahl Bordellwirte.

In dem Gefühl absoluter Sicherheit hat das Zentrum von seinen 3 Duzend Sitzen den christlichen Arbeitern ganze zwei einzuräumen. Dabei hat es einer dieser „Arbeitervertreter“ auch noch fertig gebracht, im vergangenen Jahre die Hälfte der Sitzungen zu schwänzen.

Wenn die Sozialdemokratie diesmal ihre frühere Stimmenzahl nicht erreichte, so kann daran nicht das bei den Gegnern jetzt wieder beliebte Lied vom „Rückgang der Sozialdemokratie“ angeklammert werden, denn der Stimmenrückgang ist ja allgemein. Bei geheimer Abstimmung würde das Zentrum glänzend aus der dritten Klasse hinausgeworfen werden. Jetzt wählen aus Furcht vor dem Zentrumsterror nicht wenige abhängige Existenzen öffentlich Zentrum, die bei der Reichstagswahl einen roten Stimmzettel abgeben. Diesmal drückte auch die wirtschaftliche Depression auf die sozialdemokratische Stimmzahl, denn viele Arbeitslose sind mit der Steuerverzahlung im Rückstand und durften deshalb ihr Wahlrecht nicht ausüben oder hatten es gar wegen Armenunterstützung verloren. Hinzu kommt, daß in der Kölner Arbeiterschaft allgemein der — allerdings verkehrte — Glaube herrscht, unter dem bisherigen Wahlsystem sei doch an keinen Sieg zu denken. Jedemfalls empfinden die Kölner Arbeiter die Dringlichkeit der preussischen Wahlrechtsforderung um so schärfer, denn die Reform des Gemeindevahlrechts ist abhängig vom preussischen Landtage, und ein Wahlrecht ist unerträglich, das der stärksten Partei der zweitgrößten Stadt in Preußen in dieser Stadt jede Vertretung im Rathause verweigert.

### Amerikale Notstandsrezepte.

Der fünfte Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Reg., der am 26. Oktober in Würzburg tagte, beschäftigte sich u. a. mit der Frage, wie das wirtschaftliche Elend der Arbeiter beseitigt werden könnte. Die vielen anwesenden Geistlichen stellten den Gedanken in den Vordergrund, daß die arbeitende Bevölkerung zur Wirtschaftlichkeit erzogen werden müsse, d. h. die Arbeiter müssen lernen, mit dem Gelde umzugehen. Das Fazit der Beratungen über diese Frage war ein Beschluß, wonach die katholischen Arbeitervereine aufgefordert werden, folgende Aufgaben zu erfüllen:

- a) Einführung von Haushaltsbüchern für die Vereinsmitglieder.
- b) Vorträge halten, besonders während der Wintermonate, über: Verwendung des Lohnes, Kindererziehung, Wohnungsschmutz uhm.
- c) Eingaben an die Regierung bezgl. Behörden betreffend Einschränkung der Vergnügungsvereine, Kellnerinnenwesen und öffentliche Vergnügungen an den Sonntagen und an Jahrtagen.
- d) Kommissionen gründen zur Vermittlung von guten, christlichen Kosthäusern für zuziehende katholische Arbeiter, überhaupt zur Fürsorge für Zuziehende im allgemeinen.

Sehen wir von einzelnen Arbeiterkategorien in den Bergwerken ab, dann werden durchweg in der Diözese Reg. recht traurige Löhne verdient. Nur ein geringer Bruchteil der lothringischen Arbeiter ist in der Lage, soviel zu verdienen, daß er nicht direkt zu hungern braucht, die übergroße Mehrzahl der Arbeiter darbt buchstäblich, weil sie sich mit wahren Hungerlöhnen abspesen läßt. Diese Hungerlöhne unter Mitwirkung der katholischen Arbeitervereine zu beseitigen, davon wurde kein Wort geredet; kein Wort auch von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, der einzusetzen hat, wenn alle anderen Mittel zur Erreichung höherer Löhne versagen. Mit sozialen Quacksalbereien will man der wirtschaftlichen Not steuern.

### Alkoholisierter Jubiläumseier.

Vier evangelische Pfarrer, Ewald, Gieseling, Kochs und Schlipf, schütten in der „Wärtschen Zeitung“ ihren Kummer über „manche betrübende Erscheinungen“ bei der Jahrhundertfeier aus. Die Pfarrer haben sich vor allem geärgert, daß sie vergeblich auf das Erscheinen der patriotischen Vereine in der Kirche warteten. Die Patrioten zogen die „geistige“ Stärkung in der Kneipe der in der Kirche vor. In dem Artikel der Pfarrer heißt es:

„Ferner ist bei dem Feste in einem Maße dem Alkohol gehuldigt worden, daß wir uns genötigt sehen, im Interesse unserer Gemeinde (Weistalen), vor allem der Jugend, daß man unsere Stimme zu erheben. An der Rebeile in der Frühe des Sonntags, die u. a. von Schulkindern ausgeführt wurde, haben sich Mitglieder nationaler Vereine im betrunkenen Zustande beteiligt. Die Kinder haben es an sich selbst gemerkt, wie diese Leute democh Wirtschaften besuchten und unterwegs den Schnaps aus Flaschen tranken. Und das geschieht im Zeitalter der Jugendpflege und am Gedanktag der Leipziger Schlacht. Diese Beobachtung legt uns die Frage nahe: Sollte nicht auch am Fernbleiben der Vereine vom Gottesdienst bei Alkohol schuld sein? — Unverkennbar ist es uns sodann, daß bei den Jugendspielen auf dem Platz neben dem Gymnasium ein Bier- und Kognakausflug eröffnet wurde. Konnten denn nicht wenigstens diese paar Stunden ohne Alkohol genuss zugebracht werden? Will man mit aller Gewalt schon die Jugend an die angebliche Inertheit alkoholischer Getränke gewöhnen? . . .“

So betrüblich den vier Pfarrern von Aamen die beobachteten Erscheinungen auch sein mögen, es ist nun mal so: die patriotische Begeisterung beruht vielfach auf dem Suff. Wenn es nicht Alkohol im Uebermaß zu vertilgen gäbe, wären viele patriotische Feiern überhaupt nicht besudt.

## Konservative Zugesandnisse.

Als in diesem Sommer die „Kölnische Zeitung“ die Zuschrift eines pommerischen Landwirts brachte, worin die Lebensverhältnisse der Landarbeiter, insbesondere die schlechten Wohnungen, einer gelinden Kritik unterzogen wurden, setzte die „Deutsche Tageszeitung“ einen lörmenden Pressfeldzug in Szene, worin die Darlegungen des Mitarbeiters der „Kölnischen Zeitung“ als Uebertreibungen und als unwahr hingestellt wurden. Um so mehr muß man sich wundern, daß dieselbe „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer jüngsten „Zeitsfragen“-Beilage einer Buchbesprechung über städtische und ländliche Wohnungsverhältnisse Aufnahme gewährt, die als eine glatte Bestätigung der schärfsten Kritik am ländlichen Wohnungsverhältnisse bezeichnet werden muß. Der Mitarbeiter des agrarischen Organs läßt sich u. a. wie folgt aus:

Die ländlichen Wohnungsverhältnisse sind im Osten Deutschlands schlechter als im Westen. Die Landarbeiter hausen noch vielfach mit ihrem Vieh unter einem Dache. Wie die Schlafgänger in der Großstadt, so sind die Dachsgänger auf dem Lande noch häufig in völlig unzulänglichen Wohnräumen untergebracht, die eine schwere Gefahr für die Sittlichkeit bilden. Auch in einigen Gegenden Bayerns sind in Dörfern wie in Kleinstädten die Wohnungsverhältnisse noch derartig, daß die Tuberkulose ein häufiger Gast bleibt.

Schärfer kann auch keine sozialdemokratische Zeitung die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande kritisieren. Was werden nun die sozialagrarischen Feinde der „Deutschen Tageszeitung“ dazu sagen, daß ihnen auch in ihrem Selbstlob die Wahrheit über die Wohnungsnot auf dem Lande gesagt wird?

Der Verfasser, Professor Dr. Ludwig Gahn, Nürnberg, unterzieht übrigens auch die Wohnungsverhältnisse in den Großstädten einer eben solchen scharfen Kritik. Er schreibt:

Die Zustände in den Arbeiterkassen der deutschen Großstädte sind zum Teil geradezu schreckenerregend. Nicht nur für die Gesundheit, auch für die Sittlichkeit der heranwachsenden Jugend bergen derartige Unterkunftsstätten die größten Gefahren. Wehe den armen Kleinen, die in diesen düstern Gefassen, die nur zu oft zu Höhlen des Lagers werden, das ungemütliche Treiben der Erwachsenen, der Schlafgänger, Dirnen, Zubehörer hemmen und beobachtet und dabei ohne jede Rücksicht auf ihr zartes Alter und ihre Unschuld als überflüssige und lästige Weibchen zum menschlichen Dasein und seinen Leidenschaften betrachtet und behandelt werden. Die Verbrecher in den Zuchthäusern sind wahrlich besser aufgehoben als manche Arbeiterfamilien in diesen licht- und luftlosen Kellern. Und dabei werden für diese unwohligen und gesundheitsschädlichen Unterkunftsstätten den Armen des Volkes noch exorbitant hohe Mieten abgefordert, so daß dem Arbeiter eben keine Wahl übrig bleibt, als sich an das Wohnungselend als eine unänderliche Tatsache zu gewöhnen und gegen die vielerlei Schädigung abgestumpft zu werden. Die Hauptschuld an dem relativ höheren Preise der Kleineren und schlechteren trägt der Baugrundwucher.

Der Verfasser empfiehlt gegen dieses Wohnungselend zwar völlig unzulängliche Hilfsmittel, aber darüber wollen wir nicht mit ihm rechten. Genugtuung verschafft es uns nur, daß unsere jahrzehntelange Kritik an den Wohnungsverhältnissen auf dem Lande und in den Großstädten eine derartig wertvolle Bestätigung erfährt. Daß das in einem führenden konservativen Blatte geschieht, erhöht nur den Reiz dieses Zugesandnisses.

## Vorpostengeplänkel zu den Zolltarifkämpfen.

Mit dem Staat und den Aussichten unserer deutschen Wirtschaft, und Zollpolitik befaßten sich am Mittwoch in Köln die Vertreter der rheinischen Bauern auf der Generalversammlung der „Rheinischen landwirtschaftlichen Produktions- und Abschlagsvereinigung“. Es sprachen der deutschkonservative Reichstagsabgeordnete Arnstadt, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hugo Böttger und Professor Dr. Martin Spahn.

Arnstadt, der über die Handelspolitik zu reden hatte, nahm scharf Stellung gegen den Hansbund, den Bund der Industriellen und den Bund der Feilbedienten, denen er vorwarf, sie beabsichtigten, Breche in unsere Zollschutzmauern zu legen. Im Reichstage sei leider keine so große und feste Mehrheit für ausreichende Landwirtschaftszölle mehr vorhanden wie im Jahre 1902. Die Nationalliberalen bildeten das Jünglein an der Wage. Den Hauptgegenstand der Zolltarifkämpfe würden die Futtermittelzölle und die Einfuhrzölle bilden. Der Redner behauptete, daß die Futtermittelzölle auch im Interesse der Kleinbauern lägen. Bei ihrer Aufhebung würde vielleicht die Viehproduktion für den Kleinbauern eine winzige Erleichterung erfahren, aber desto stärker würde der Ackerbau der Kleinbauern getroffen werden. Interessant ist, daß der Redner eingestand, es würden durch die Aufhebung der Einfuhrzölle die Roggenpreise sinken, und zwar nach seiner Meinung dermaßen, daß der Roggen wieder als Viehfutter Verwendung finden werde. Zwar gab der Redner zu, daß die Einfuhrzölle jetzt vor allem den östlichen Großgrundbesitzern zugute kommen, aber er behauptete doch andererseits, daß durch ihre Aufhebung auch die Bauern im Süden und Westen geschädigt würden, weil dann eine Verschiebung im Anbau eintreten müsse. Arnstadt schloß mit der Versicherung, daß er zu den Nationalliberalen das Vertrauen habe, sie würden der Landwirtschaft sowohl die Futtermittelzölle wie die Einfuhrzölle belassen.

Der nationalliberale Redner Dr. Böttger äußerte sich über die Politik seiner Partei in der Zolltariffrage sehr vorzüglich; aber auch er ließ durchblicken, daß die Nationalliberalen an der jetzigen Zollpolitik festhalten werden.

Herr Professor Dr. Spahn sollte über Sozialpolitik sprechen. Er gestattete aber seine Rede zu einer Philippika gegen den selbständigen Mittelstand, vor allem gegen die Regiermeister. Er sieht in der Hauptsache nur eine Möglichkeit, die Steuerung, deren Ursache nach seiner Ansicht nur in der Erhöhung der Produktionskosten liegt, abzumildern: eine Organisation, die die Waren ohne unnötige Verteuerung vom Produzenten zu den Konsumenten führt. Die deutschen Regiermeister hätten sich im vorigen Jahre der Stunde nicht gewachsen gezeigt. Ein großer Teil der Mittelständler habe die Interessen des Großhandels wahrgenommen und dadurch der Sozialdemokratie neue Hoffnungen auf die Einrichtung von Kommunebeschützern gegeben. Außerdem sei dadurch das Großkapital in das Regiergewerbe eingebracht. Es müsse deshalb dahin gewirkt werden, daß die alten Gewerbe Zölle und Regierzölle nicht unter dem Einfluß des Großkapitals gerieten. Durch eine zweckmäßige Organisation müsse der Mittelstand mehr wie bisher mit Staat und Gemeinden zusammenarbeiten. Dadurch allein, nicht durch schöne Predigten, könne die Leberpannung des Konsumenteninstinktes beseitigt werden. Dahin allein könne auch die amtliche Fleischsteuerungskommission wirken, die viel zu langsam arbeite.

Herr Spahn lebt in der schönen Hoffnung, daß das sogenannte „Parteil der schaffenden Stände“ nicht nur auf den Mittelstand, sondern auch auf die christlichen Arbeiter und Beamten ausgebeugt werden könne. Das nächste und das notwendige Ziel der deutschen Sozialpolitik bleibe die Organisation des Mittelstandes, als Bindeglied zwischen Produzenten und Konsumenten.

## Oberpostdirektion und Konsumverein.

In Gahlsberg bei Oederow (Sachsen) hatte der Konsumverein Eppendorf, der sich seither in jeder Hinsicht streng

neutral verhalten hat, eine Filiale eröffnet. Im Laufe der Zeit traten dem Verein eine größere Anzahl Mitglieder bei, so daß die Filiale gut florierete. Nun begann die Hege gegen den Verein. Die Versuche, ihm mit allerhand unschönen Verdächtigungen die Mitglieder abzutreiben, mißlangten jedoch. Als es auf diese Weise nicht ging, versuchte man es auf andere Art.

Der Laden des Konsumvereins befindet sich nämlich im Hause des Postagenten in Gahlsberg, der die dortige Postfiliale verwaltet. Hier haben die Treiber gegen den Konsumverein eingeschlagen, und zwar mit Erfolg; denn dieser Tage ging dem Postagenten ein Schreiben der Oberpostdirektion zu, worin er als Hausbesitzer aufgefordert wurde, dem Konsumverein den Laden für den 1. April 1914 zu kündigen. Dadurch wird die Objektivität der Oberpostdirektion gegen eine Vereingung, die sich den Vertrieb guter Lebensmittel zu möglichst niedrigen Preisen zur Aufgabe gestellt hat, wunderbar beleuchtet.

## Griechenland und die Türkei.

Paris, 6. November. Nach einer offiziellen Mitteilung haben die Regierungen Rußlands und Frankreichs auf Ersuchen Griechenlands in Konstantinopel nachdrückliche Schritte unternommen, um die Türkei zu veranlassen, sich gegenüber Griechenland verständlicher zu zeigen, damit die vom Abbruch bedrohten Verhandlungen in normaler Weise fortgesetzt werden können. Die französische Regierung werde sich jeder finanziellen Unterstützung der Türkei widersetzen, so lange diese nicht durch eine ehrliche und friedfertige Politik bewiesen habe, daß sie den Frieden auf dem Balkan nicht stören will.

## Oesterreich.

### Protest gegen die ungarische Reaktion.

In 16 mächigen Versammlungen protestierte am Mittwoch die Budapester Arbeiterschaft gegen das geplante Attentat auf die Presse. Jesuitenaufbe von Arbeitern hörten in großer Erregung die unerhörten Pläne der Regierung, die das neue Pressegesetz enthält. Donnerstag, Freitag und Sonnabend halten die einzelnen Berufe ihre Demonstrationsversammlungen gegen diese Vorlage ab, die durch schwere Strafen den wirtschaftlichen Kämpfen ein Ende machen will. Am Sonntag finden in allen größeren Städten Ungarns Demonstrationsversammlungen statt. Die Gewerkschaftspresse bringt ein Manifest an alle organisierten Arbeiter, in dem die Regierung heftig angegriffen wird.

## Frankreich.

### Ein Tag der Extratouren.

Aus Paris wird uns geschrieben: Wie in der Regel, verlief auch diesmal das angekündigte parlamentarische Drama als unblutige Komödie. Statt des von manchen erwarteten Ansturms der Linken gegen das Kabinett zeigte die Eröffnungssitzung der Kammer eine Verschiebung der tatsächlichen Stellungen der Parteien, die nach den bisherigen Diskussionen der letzten Monate überraschen mußte. Nicht der republikanische „Bloc“ trat in Aktion, sondern der scheinbar schon ganz aufgelöste Proporzblock. Er brachte sogar das Ministerium in die Minorität, aber dennoch darf Herr Barthou das Ergebnis als Erfolg buchen, da er, nicht ausschließlich durch die eigene Geschicklichkeit, den Kern der bürgerlichen Linken beschworen hat. Die gemäßigten Presse hatte den Sozialisten vorgeworfen, gegen die Regierung „komplottiert“ und den Proporz preisgegeben zu haben. Vermutlich nun ein Vorstoß der Sozialisten zugunsten der Wahlreform die Rechtsparteien aus der Regierungsschance hinauszumandrieren, so warfen sich die Radikalen unverzüglich in die verlassene Stellung und Barthou sieht auf einmal wie der Vollstrecker der radikalen Hauptforderungen aus. Er lehnte den Antrag, die Wahlreform als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen ab und wollte auf diesen Platz die Frage der Saisenschule gestellt wissen, womit die dringlichsten Wünsche des „Vaters“ Combes erfüllt scheinen. Damit wären die Pläne der Untertwegen von Bau vorläufig beseitigt. Wegen der Finanzpolitik der Regierung, die die Kosten der neuen militärischen Ausgaben hauptsächlich durch Anleihen von 1 Milliarde und 400 Millionen hereinbringen und die Einkommen- und Kapitalsteuer, allen feierlichen Zusagen zum Trotz, von neuem einmagazinieren will, werden sich die Radikalen weiter nicht aufregen. Die Finanzreform gefällt ihnen im Wahlprogramm besser als in der Wirklichkeit.

Praktisch hat der Beschluß über die Beratung des Proporz keine Bedeutung. Barthou hat vorsichtigerweise nicht die Vertrauensfrage gestellt, kann also im Amt bleiben und daß die Wahlreform bei der gegebenen Stellung des Senats und bei der Abneigung der Regierung eine Aussicht auf Durchsetzung hat, glaubt kein Mensch. Die Uebereinstimmung der Regierung mit den Radikalen in der ersten Sitzung erleichtert es aber auch den oppositionsüchtigen Elementen der Linken, ihre zweideutige Haltung zu bewahren. Das besagt natürlich nicht, daß die Regierung gegen Zufälle und Anschläge der Couloirs geschützt ist. Aber der demokratische „Elan“ der Linken kann sich nicht entwickeln und so sind auch die über die Befestigung der parlamentarischen Organisationen der Radikalen gefaßten Kongreßbeschlüsse von Bau als wenig aussichtsreich anzusehen. So daß zuguterletzt doch wieder die gemäßigten Parteien den Profit haben, deren Geschäfte Barthou, mit gewissen, durch die parlamentarische Situation geforderten Verbeugungen gegen die bürgerliche Linke, besorgt.

## Die Kapitalsteuer.

Paris, 6. November. Der Finanzminister legte in der heutigen Kammer Sitzung den Gesetzentwurf über die neue Kapitalerbssteuer vor, durch welche bestimmt wird, daß, abgesehen von der bereits bestehenden Besteuerung der Hinterlassenschaften, auch das hinterlassene Gesamtkapital nach Abzug einer Summe von 10 000 Franc mit einer progressiven Steuer belegt werden soll, welche 1/2 Prozent für Kapitalien bis 50 000 Franc bis zu 4 Prozent bei Kapitalien von mehr als 5 Millionen beträgt. Das Jahresergebnis dieser Steuer wird auf 72 Millionen veranschlagt.

## Die Beratung der Wahlreform.

Paris, 6. November. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm die Kammer mit 482 zu 81 Stimmen den ersten Teil des ersten Artikels des Gesetzentwurfes an, welcher besagt, daß die Mitglieder der Deputiertenkammer im Wege der Listenwahl gewählt werden sollen.

Paris, 6. November. Die Kammer hat mit 348 zu 213 Stimmen den ganzen ersten Artikel des Wahlgesetzes angenommen, der die Listenwahl mit Vertretung der Minderheiten einführt.

## Holland.

### Mißerfolg bei einer Nachwahl.

Bei der Nachwahl im dritten Amsterdamer Wahlkreis erhielt unsere Partei eine erhebliche Schlappe. Was seit Jahren in dieser Hochburg der Partei nicht vorgekommen ist, hat sich jetzt ereignet: wir sind in die Stichwahl gedrängt. Unser Kandidat, der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale, bekam 4604 Stimmen, der Liberale 3310, der Sozialist 1948 Stimmen. Seit den Juniwahlen haben wir 2600 Stimmen, also mehr als ein Drittel, verloren, die Liberalen aber 1000 Stimmen gewonnen. Die Haltung der christlichen Arbeiter wird nun in der Stichwahl, die nächsten Dienstag stattfindet, den Ausschlag geben. Wir haben jetzt bei sämtlichen Nachwahlen starken Stimmenverlust zu verzeichnen, die Liberalen aber beträchtlichen Stimmengewinn. Die Ablehnung des Ministerpostens wird den Sozialdemokraten offenbar von einem großen Teil der nicht genügend sozialistisch geschulten Wähler verübelt.

## Amerika.

### Aufhebung des Waffenausfuhrverbots nach Mexiko.

Washington, 6. November. Der Senatsauschuss für die auswärtigen Angelegenheiten beriet in einer Sitzung über die Frage der Aufhebung des Ausfuhrverbots für Waffen und Munition an die Aufständischen im nördlichen Mexiko. Die Sitzung war zwar geheim, man hat jedoch allen Grund zu der Annahme, daß sich die Mehrheit in derselben für ein solches Vorgehen ausgesprochen hat, wenn Wilson die Meinung vertritt, daß dies unter den gegenwärtigen Umständen das Beste ist. Obgleich Wilson die Macht hat, das Ausfuhrverbot aufzuheben, halten es doch viele für unwahrscheinlich, daß er es tun wird, ohne dem Kongreß die Sache zu unterbreiten.

## Aus der Partei.

### Kommunalwahltag.

Am Dienstag und Mittwoch fanden in Darmen die Stadtverordnetenwahlen statt. Es galt für die Sozialdemokratie, die letzten vier Sitze der dritten Klasse zu erobern. Die sozialdemokratischen Kandidaten vereinigten 823 Stimmen auf sich, während auf die zwei Listen der vereinigten Liberalen und der Rechtsparteien zusammen 6821 Stimmen entfielen. Die Sozialdemokratie befindet sich nunmehr im Besitze der sämtlichen zwölf Sitze der dritten Wählerklasse.

Die Stadtverordnetenwahlen in Kronenberg (Rheinland) endeten ebenfalls mit einem Siege der Sozialdemokratie. Auf die Sozialdemokratie entfielen 675 Stimmen, während auf die Liste der Gegner 200 Stimmen entfielen. Die drei sozialdemokratischen Kandidaten wurden gewählt. Somit befindet sich auch hier die dritte Klasse vollständig in den Händen der Sozialdemokratie.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Orlau (Schlesien) wurden in der dritten Abteilung die fünf Kandidaten unserer Partei gewählt. Da ein Genosse zur Wiederwahl stand, sind vier Mandate neu gewonnen.

### Das polnische Arbeiterblatt.

Aus Kreijen der Sozialdemokraten Polens und Litauens wird uns geschrieben:

Unter der Ueberschrift: „Eine Arbeiterzeitung in Rußisch-Polen“ brachte der „Vorwärts“ eine Notiz, in der mitgeteilt wird, daß seit kurzem in Warschau unter dem Titel „Neues Wort“ die erste Arbeiterzeitung seit dem Revolutionsjahre 1905/06 erscheine. Diese Mitteilung ist eine ungenügende Mißinformation. Es erschien in Warschau vom April 1910 bis Ende 1911, also 1 1/2 Jahre lang, ein Wochenblatt, das in der Tat das erste nicht geheim verbreitete, offen sozialdemokratisch auftretende Blatt in Polen, ja sogar in ganz Rußland war. Abgemildert wurde es unterbrochen, und jedesmal erschien nach kurzer Zeit ein neues Blatt. Die tapferen Streiter, die so einander ablösten, hießen: „Tribüne“, „Hammer“, „Freie Tribune“, „Unsere Sache“, „Freie Stimme“, „Arbeit“, „Unsere Wege“ und „Freies Wort“. Geldstrafen, Konfiskationen, Strafprozesse hielten auf diese Blätter herab; die Redakteure wanderten einer nach dem andern in den Kerker. Noch jetzt sitzt einer der Redakteure im Untersuchungsgefängnis. Der „Vorwärts“ hat übrigens damals wiederholt über den Kampf dieser Warschauer Arbeiterblätter berichtet, und es liegt wahrhaftig kein Grund vor, jene glänzende Episode in der Geschichte des Kampfes gegen den Zensurismus und für Pressefreiheit plötzlich mit einem Federstrich auszuwischen und von einem „ersten“ Arbeiterblatt in Warschau zu fabeln.

Ferner aber existiert das besagte angeblich erste Blatt „Neues Wort“ vorläufig noch nicht. Vor einem Monat erschien eine Probenummer, in der das Erscheinen des Blattes angekündigt wurde, doch ohne nähere Angabe des Termins seines Erscheinens.

Und endlich haben wir vor uns den Prospekt, welcher das Erscheinen eines politischen Wochenblattes in Warschau ankündigt, das streng auf dem Boden der Klasseninteressen der Arbeiter stehen wird.

## Letzte Nachrichten.

### Edward Grey über den Balkankrieg.

Newcastle, 6. November. (W. L. B.) Sir Edward Grey hat hier heute eine kurze Rede gehalten, in der er sagte, Europa habe eine Krise überstanden, der Balkankrieg sei nicht gut für den Handel gewesen; aber wie groß wäre die Störung gewesen, wenn der Krieg sich auf die Großmächte ausgebreitet hätte? Die Politik, welche das Auswärtige Amt verfolgt habe, sei die Politik des Premierministers und des Kabinetts gewesen. Zur Zeit, als diese Politik verfolgt worden sei, seien die Bogen der Parteipolitik hoch gegangen, aber die Opposition habe sich nicht nur enthalten, aus den Schwierigkeiten der Regierung politisches Kapital zu schlagen, sondern sogar wirksamen Beistand geleistet.

### Serbisch-montenegrinische Grenzregelung.

Belgrad, 6. November. (Weldung des I. I. Tel.-Bor.-Bureaus.) Die serbisch-montenegrinische Grenzfrage ist zwischen den beiden Regierungen endgültig dahin geregelt worden, daß Montenegro außer Pleßje und dem westlichen Metohidagebiet noch Datowika überlassen wird.

### Der Kongreß für Aufhebung des Waffenausfuhrverbots nach Mexiko.

Washington, 6. November. (W. L. B.) Die Politik des Präsidenten Wilson gegenüber Mexiko findet die größte Billigung seitens der großen Mehrheit des Kongresses. Die große Anzahl der Senatoren, die durch ihre Geschäftsbeziehungen bedeutendes Interesse an der Entwicklung der Dinge in Mexiko haben, ließen den Präsidenten Wilson davon verständigen, daß eine Aufhebung des Waffenausfuhrverbots nach Mexiko ihre Zustimmung finden würde, wenn auf diesem Wege eine Niederwerfung des Regimes Huertas zu erwarten sei.

### Fabrikbrand infolge einer Kesselexplosion.

Girsan, 6. November. (W. L. B.) In der Kammfabrik von Goffemart u. Koblenger erfolgte heute eine Kesselexplosion. Das Fabrikgebäude ist vollständig niedergebrannt.

# A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Keine Zusendung.

Fleisch	Gemüse	Obst	Butter u. Käse	Fische
Pa. Schmorfleisch . . . Pfd. 1.00	Weisskohl . . . . . Pfd. 3 Pf.	Amerikan. Aepfel . Pfd. 18 u. 22 Pf.	Koch- und Backbutter Pfd. 1.12, 1.18	Kabeljau ganz. Fisch. Pfd. 17, 23 Pf.
Rostbeef Pfd. 1.00, o. Knoch. Pfd. 1.50	Rot- u. Wirsingkohl . Pfd. 4 Pf.	Kochäpfel . . . . . Pfd. 13 u. 18 Pf.	Tischbutter Pfd. 1.28, 1/2 Pfd.-Pak. 64 Pf.	Seelachs . . . . . Pfd. 22 Pf.
Filet i. ganz., unausgesch. Pfd. 1.00	Spinat 2 Pfd. 10, Grünkohl 2 Pfd. 10 Pf.	Ananas-Aepfel . . . Pfd. 15 u. 18 Pf.	Tafelbutter Pfd. 1.36, 1/2 Pfd.-Pak. 68 Pf.	Schellfisch . . . . . Pfd. 14, 20 Pf.
Filet ausgeschält . . . . . Pfd. 1.60	Kohlrabi . . . . . Mdl. 10 Pf.	Kochbirnen . . . . . Pfd. 14 u. 16 Pf.	Schmalz . . . . . Pfd. 68 Pf.	Rotzungen . . . . . Pfd. 20 Pf.
Ochsenbrust und Kamm Pfd. 80 Pf.	Sellerie-Knollen . . . 3, 5, 10 Pf.	Weiche Amoretten . . Pfd. 25 Pf.	Pflaumenmus . . . . . Pfd. 25 Pf.	Schollen . . . . . Pfd. 12, 25 Pf.
Frisch. Schinken i. Ganz. Pfd. 85 Pf.	Rote Rüben . . . . . 3 Pfd. 10 Pf.	Almeria-Wein . . . . . Pfd. 35 Pf.	Echter Emmentaler Käse Pfd. 1.10	Steinbutten . . . . . Pfd. 70 Pf.
Schweinekoteletts . . . . . Pfd. 1.00	Mohrrüben . . . . . 5 Pfd. 15 Pf.		Bayer. Schweizerkäse . Pfd. 88 Pf.	Frische Karpfen . . . . . Pfund 55 Pf.
Schweinekamm u. Schuft Pfd. 90 Pf.	Schwarzwürzeln . . . . Pfd. 10 Pf.		Holländer Käse . . . . . Pfd. 75 Pf.	Frische Bachforellen . . Pfd. 95 Pf.
Rückenfett Pfd. 70, Liesen Pfd. 80 Pf.	Radieschen . . . . . 8 Bund 10 Pf.		Romatour-Käse . . . . . Stück 28 Pf.	Lebende Hechte . . . . . Pfd. 95 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfd. 80 b. 95 Pf.	Echte Teltower Rübchen Pfd. 10 Pf.		Limburger Käse . . . . . Pfd. 45 Pf.	Lebende Karpfen Pfd. 75, 85, 95 Pf.
<b>Australisches Hammelfleisch</b>				
Koulo Pfd. 75 Pf., geteilt Pfd. 85 Pf.	<b>Prima Winter-Kartoffeln</b>		Brie-Käse vollfett . . . . Pfd. 78 Pf.	Lebende Krebse Mdl. 25 Pf. bis 4.00
Rücken Pfd. 65 Pf., geteilt Pfd. 75 Pf.	magnum 1.85, Daberach 2.40	Ungarische Puten . . . . Pfd. 88 Pf.	Camembert-Käse . . . . . Stück 20 Pf.	Seemuscheln . . . . . 100 Stück 30 Pf.
Dicke Rippe Pfd. 65, Dünnung 55 Pf.	Zusendung durch d. Paketfabr. Ztr. 40 Pf. Stück 25 Pf. Pfad	Suppen-Mühner . . . . . Stück 1.45 bis 2.60	Faust- u. Spitzkäse . . . 3 Stück 25 Pf.	Maikrelen-Bücklinge . . Stück 10 Pf.
		Fasanen . . . . . Stück 1.35 bis 2.75	Kuh- u. Landkäse . . . 2 Stück 35 Pf.	Lachs-Bücklinge . . . . 3 Stück 20 Pf.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine **Monats-Garderobe direkt an Private.** Anzüge und Paletots von 10 M. an. **Friedrichstr. 108** Eingang Johannisstr. vis-à-vis der Karlstraße.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

**Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté, Konzert. — Nur erste Künstler!**

**Sie brauchen kein Geld dazu**  
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — Unser trichterloser Apparat ist

**das Neueste vom Neuen**

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns monatlich nur 3 Mk., bei Nichtgefallen nur die ganz minimale Hin- und Rückfracht zu zahlen.

**Die Lieferung erfolgt sofort!**

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!

Unser Luxus-Modell besitzt ein feinpoliertes, großes Eichengehäuse von 37x37x20 cm, hat bunte Holzverkleidung und Bronze-Knöpfe an den Türen, einen extra starken, geräuschlos arbeitenden Motor. Der Plattenteller von 25 cm Durchmesser, der Tonarm sowie alle übrigen Metallteile sind vernickelt. Die verstellbaren Türen ermöglichen eine beliebige Dämpfung d. Schalles.

**Jll. Spezial-Kataloge über andere Sprechapparate, Violinen, Celli, Mandolinen, Zithern, photo. Apparate, Waffen, Uhren, Ferngläser usw. gratis**

**Bial & Freund**  
Breslau II

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Fa. Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/646

Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit edler Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 Doppelseitig bespielten, 29 cm großen Pathé-Platten. Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Ihre Adresse franko zurückschicke, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose 60 — Mark und für die 10 Pathé-Doppelseitigen à 3.30 Mark 3 Mark vom Ablauf der Probezeit beginnend. Erfüllungsort ist Breslau.

Vor- und Zunahme: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_ Ort und Datum: \_\_\_\_\_  
Straße - Platz - Nr. \_\_\_\_\_

**Enthaarung!!**

Gesichtshaare und alle hässlichen Körperhaare vernichtet sofort schmerzlos und radikal. „Depilator“ durch Absterben der Wurzeln allmählich u. für immer. Garantiert unschädlich! 3 M. Für stark. Wuchs 3 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**Reinigungsmitel**

Gicht, Gliederreihen, Nerven-schmerzen, Hüftweh, Gichtwurst usw. sind oft unerträglich, daher gebrauche man **Reichel's Elektricum**

(Gedtes Nichten-nadelwaldwölfl) ein reines und schäbliches Naturprodukt ohne Alkohol. Elektricum wirkt nicht nur momentan wie spirituelle Einreibungen auf den Körper, sondern ist von kräftig durchgreifender, schmerz-füllender Wirkung.

Nach **Reichel's Elektricum** nehme nur 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 — 7 — 8 — 9 — 10 — 11 — 12 — 13 — 14 — 15 — 16 — 17 — 18 — 19 — 20 — 21 — 22 — 23 — 24 — 25 — 26 — 27 — 28 — 29 — 30 — 31 — 32 — 33 — 34 — 35 — 36 — 37 — 38 — 39 — 40 — 41 — 42 — 43 — 44 — 45 — 46 — 47 — 48 — 49 — 50 — 51 — 52 — 53 — 54 — 55 — 56 — 57 — 58 — 59 — 60 — 61 — 62 — 63 — 64 — 65 — 66 — 67 — 68 — 69 — 70 — 71 — 72 — 73 — 74 — 75 — 76 — 77 — 78 — 79 — 80 — 81 — 82 — 83 — 84 — 85 — 86 — 87 — 88 — 89 — 90 — 91 — 92 — 93 — 94 — 95 — 96 — 97 — 98 — 99 — 100

Kleine Anzahl, geringe Anzahl.  
**Ev. ohne Anzahlung:**  
Portieren, Gardinen Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Leib- und Bettwäsche, Betten, Gaskronen, Herren- und Damen-Garderobe, Postkarte oder Beach arbeiten.

**J. Antel, Brückenstr. 2.**

**Schubert's Armeesohle**

hergestellt aus reiner hydrophiler Baumwolle.

Aerztl. anerkannter bester Schutz gegen **Kälte und Schweiß.**

Kein Wundlaufen!  
Keine Erkältung!  
Keine harte Haut!  
Keine Blasen!

Für ältere Leute unentbehrlich. Schont Schuhe u. Strümpfe.

Fabrikant: Orwald Schubert, Harthau bei Chemnitz.

**Täuschung oder Suggestion?**

Man bietet dem Publikum seit Jahren Mundwässer an, die recht gut parfümiert sind. Das Publikum braucht diese, weil sie recht gut schmecken, ohne darüber Betrachtungen anzustellen, ob sie auch irgendeinen medizinischen Wert besitzen. Würde es hierüber nachdenken, so würde es nicht den Hauptwert nur auf den guten Geschmack legen, sondern auch nach den desinfizierenden Bestandteilen fragen. — Auch ist es nicht einerlei, ob das Mundwasser einen unangenehmen Geruch nur verdeckt, oder ob es ihn wirklich beseitigt. Ein gutes und wirksames Mundwasser soll nicht nur parfümieren und unangenehmen Geruch verdecken, sondern es soll alle Gärungs- und Ansteckungsstoffe zerstören, unangenehmen Geruch beseitigen und trotzdem erfrischend wirken.

Nach diesen Grundsätzen ist Pfefferminz-Lysoform hergestellt. Pfefferminz-Lysoform ist nach den wissenschaftlichen Forschungen auch dem bisher als besten bekannten Mundwasser um das Sechsfache an Wirkung überlegen. Da man zu einem Glase Mundwasser nur 10—15 Tropfen Pfefferminz-Lysoform benötigt, so reicht man mit einer Spritzflasche volle drei Monate aus.

Eine Original-Spritzflasche Pfefferminz-Lysoform kostet eine Mark; in Apotheken und Drogerien erhältlich.

**Möbel**

Komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl auf **Kredit**

Kleine Anzahl, geringe Anzahlung.  
**Ev. ohne Anzahlung:**  
Portieren, Gardinen Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Leib- und Bettwäsche, Betten, Gaskronen, Herren- und Damen-Garderobe, Postkarte oder Beach arbeiten.

**J. Antel, Brückenstr. 2.**

**Nur ein Preis!**

Frühe fetts junge, 7—15 Pfd. schwere **Gänse** pro 72 Pfd.

Nur allererste Qualität!  
Gänserümpfe, 1/2 Gänse, 1/3 Gänse, Suppenhühner, Brathühner, Tauben empfiehlt

**F. Wegner, Berlin SO.**  
nur Mariannenstr. 34.

**Flüssiges THERMAL SHAMPON**

wirklich Haarpflegemittel  
Unerreicht in seiner Wirkung.  
Preis pro Flasche 30 Pf.  
Zu haben in allen Drogerien

Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterel. — Auf Wunsch Teilzahlung.

**35** Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

**Knopflinien**

mit Brut vernichtet radikal Nadomachers Goldgeist, gns. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Einzig die Kopfhaut v. Schuppen, beförd. d. Haarwuchs, verbüt. Zuzug von Parasiten. — Wichtig für Schulkinder, Tausende v. Anerkennungen. FL & O. 50 u. 1.00 M. in Apotheken und Drogerien. Man waise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen!

**Goldgeist!**

Verkaufsstelle: Fritz Kratz, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 119.  
Engrosniederlage: A. Neumann, W. 57, Potsdamer Str. 65.

**Blendol**

Was ich mir zum Putzen hol'? Einzig und allein **Blendol**

Der gute Metallputz.

In Glas- u. Blechflaschen überall erhältlich. — Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg.  
Metall-Verh. : Alfred Wietzky, Reußstr. Informatenl. Verantw. : G. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Viergu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

**Würzburger Hühneraugenmittel**

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei Eine Zweiseitige bequeme u. wirksame Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
Berlin (90 St.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. — Groß-Apotheke, Barnimstr. 33. — So nicht, zu haben: Rosen-Apotheke, Würzburg.

**Zigarrengeschäfte**

mache ich aufmerksam auf meine Santabat-Spezialitäten:  
**Skandia-Skraa**  
und **Solidaritäts-Tabak**

**Max Ziegenhals, Neue König-Str. 70**  
(Königsstadt: 3047).  
Zämtliche eingeführte Fabrikate in Zigarren, Tabaken, Zigarren zu billigen Preisen.

Gewerkschaftliches.

Das Haupttarifamt im Malergewerbe zu den Tarifbrüchen.

Das Haupttarifamt im Malergewerbe beschäftigte sich am 3. und 4. November mit 16 Anträgen und Beschwerden zu den Differenzen, die noch als Folge der Ausperrung im Malergewerbe bestehen.

- 1. Gau II ist tarifbrüchig.
2. Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe ist gemäß § 9 Abs. 1 des Reichstarifvertrages verpflichtet, die im Gau II organisierten Meister aus ihrer Organisation auszuschließen.

Begründung:

Der Hauptverband der Arbeitgeber hat den Tarifvertrag und damit auch die Schiedssprüche der Unparteiischen anerkannt. Diese Anerkennung wirkt gegen alle im Arbeitgeberverband organisierten Mitglieder ohne Rücksicht darauf, ob einzelne Mitglieder bei der Abstimmung in der Minderheit geblieben sind.

Der Gau II war zugestandenemmaßen im Augenblick der Abstimmung durch den Hauptverband Mitglied dieses Verbandes und fiel daher ohne weiteres unter die verpflichtenden Bestimmungen des Reichstarifvertrages.

Da der Gau II diesen Verpflichtungen trotz wiederholter Vorstellungen, insbesondere auch seitens des Hauptverbandes der Arbeitgeber beharrlich nicht nachkommt, so unterlag von vornherein keinem Zweifel, daß der Gau II die ihm aus seiner Zugehörigkeit zum Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände erwachsenden Verpflichtungen in bewusster Weise verletzt hat und daher in vollem Umfange tarifbrüchig ist.

Art. 2 der Entscheidung ergibt sich ohne weiteres aus § 9 des Reichstarifvertrages.

Berlin, den 3. November 1913.

Die Unternehmer im Rheinland haben bereits neue Kampfmaßregeln in nahe Aussicht gestellt. Sie wollen den Reichstarifvertrag in vier wichtigen Positionen verschlechtern. Die festgesetzte Lohnerhöhung von 6 Pf. wollen sie auf 4 Pf., die von 5 Pf. und 4 Pf. auf 3 Pf. und die von 3 Pf. auf 2 Pf. heruntersetzen.

In der Sitzung des Haupttarifamtes wurde ferner die Frage der allgemeinen Lohnerhöhung im Sinne des Antrages der Gehilfenvertreter dahin entschieden, daß einer Ablehnung der allgemeinen Lohnerhöhung mit Erfolg der Einwand entgegengesetzt werden kann, daß sie dem Geiste der protokollarischen Erklärung widerspricht.

Aus der hier gemeinten protokollarischen Erklärung glauben nämlich die Unternehmer folgern zu können, daß sie nicht auch die Löhne der schon über den Minimallohn hinausbezahlten Gehilfen erhöhen müßten.

Zu der für eine Anzahl Städte wichtigen Frage des Verfahrens für die Festsetzung der über den Schiedsspruch hinaus errungenen Löhne während der Ausperrung machten die Unparteiischen einen Vorschlag, der, weil er den Unternehmervertretern zu weit ging, den Gehilfenvertretern aber nicht bestimmt genug war, keine Mehrheit fand.

Fragen, mit denen sich das Tarifamt noch beschäftigte, haben weniger allgemeines Interesse.

Es ist nun vor allem abzuwarten, ob der Unternehmerverband seine ihm auferlegte tarifliche Pflicht, den tarifbrüchigen Gauverband Rheinland-Westfalen auszuschließen, erfüllen wird und welche Konsequenzen sonst noch aus dem Abfall dieser Unternehmergruppe entstehen werden.

Berlin und Umgegend.

Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit im Schneidergewerbe.

Bereits seit vorigem Jahre wird über schlechten Geschäftsgang im Schneidergewerbe geklagt. Die großen Massen von Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen sind nicht in der Weise arbeitslos, wie dies in Verufen ohne Heimarbeit der Fall ist, sondern sie werden infolge Arbeitsmangels ganz allgemein schlecht beschäftigt.

Als der Streik der Herrenkonfektionschneider im April zu Ende war, fehlte es auch in dieser Branche an genügender Beschäftigung. Zu Zeiten, wo sonst in der Herrenkonfektion reichlich zu tun ist, haben sich in diesem Jahre Arbeitslose wochenlang vergeblich um Arbeit bemüht.

Wenigstens zum Teil noch schlechter, sind die Verhältnisse in anderen Branchen, insbesondere in der Damenkonfektion. Die im Schneidergewerbe bestehende Arbeitslosigkeit kommt daher nicht in der Zahl der Arbeitslosenifferenz zum Ausdruck, sondern zur Beurteilung der Zustände muß die Differenz im Einkommen der zurzeit noch Beschäftigten gegen früher festgestellt werden.

Nicht nur in vollkommener Arbeitslosigkeit sondern auch in dem erheblich niedrigeren Einkommen ist eine Notlage zu erblicken. Hier von werden zum Teil Arbeiter betroffen, deren Angehörige im Schneidergewerbe beschäftigt sind, während sie selbst wochenlang arbeitslos sind und daher die geringere Verdienstmöglichkeit im Schneidergewerbe doppelt hart empfinden.

Um die derzeitige wirtschaftliche Lage im Schneidergewerbe zu beleuchten, wird der Verband der Schneider in den Kreisen seiner Mitglieder Feststellungen darüber treffen, inwieweit dieselben vollständig arbeitslos oder in ihrem Einkommen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres schlechter gestellt sind. Bei der großen Zahl Arbeiterfrauen und Töchter, die im Schneidergewerbe beschäftigt werden, dem Verband der Schneider jedoch nicht angehören, ist es empfehlenswert, diese auch zu veranlassen, sich an den Erhebungen des Schneiderverbandes zu beteiligen, da sich aus einer derartigen Feststellung beachtenswerte Rückschlüsse auf die Notlage der Arbeiterschaft im allgemeinen ziehen lassen.

Die Fragearten sind im Bureau des Schneiderverbandes, Sebastianstr. 37/38, zu haben.

Die „gelben“ Bankbeamten.

Die maßregelnde Direktion der Deutschen Bank kann aufatmen. Es gibt noch brave Kinder, die da einsehen, daß das gute Einvernehmen zwischen Direktion und Beamtenchaft nicht gelöst werden darf. Und diese Braven kamen am Mittwoch in den „Arminialhallen“ zusammen, um sich nun auch — auf ihre Art — über den Maßregelungsfall bei der Deutschen Bank zu unterhalten.

Kleines feuilleton.

Ein ägyptischer Begas. Im ägyptischen Museum sind von Freitag ab die letzten Funde aus Tell el-Amarna den Besuchern zugänglich. Sie vermehren ganz ungemein und fast pikant die Kenntnisse von der Lebensführung jener Ägypter, die vor etwa dreitausend Jahren im Gebiete des Nils Kultur schufen.

Musik.

Der Satansweg im königlichen Opernhaus. Die Hofmusikleitung am Kassaniendischen veripart ab und an den Erfolg, sich in der Livree eines Columbus redivivus zu zeigen. Nicht etwa, um Reizend für die Musik und für aufstrebende tonschöpferische Talente zu entdecken, Gott bewahre!, sondern um eine altverdohlene, nebstbei tantienemfreie Oper auszugeben.

Das Revolutionäre der königlichen Bestimmung ergibt sich aus den Steinruinen. Man sieht erstarkt vor Zeugnissen eines ausgeprochenen Naturalismus. Jeweils möchte man kaum glauben, daß diese bewegliche, epifodenhaft berichtende, und lyrische Kunst dem Land der summen Epithymen zugehöre. Alle die Köpfe, Statuen und Reliefs, die wir nach Amenophis dem Vierten, seiner Frau, seinen Kindern und seinem Papa bereinigt finden, gehören der Werkstätte eines und desselben Bildhauers. Vorchardt hat die Werkstatt dieses ägyptischen Begas aufgespürt; er fand eine bedeutsame Anlage, bestehend aus einem Meisteratelier, aus Häusern für den Werkführer und die Gesellen, aus einer Modellkammer, einer Gipsformerei u. a.

Eine Tragödie des Herzens. Im Münchener Schauspielhaus konnte am Dienstag Paul Apel, der erfolgreiche Autor von „Das Sonnenstörchens Abenteuer“, den lauten Beifall eines be-

und beliebt. Das letztere allerdings weniger bei den Angestellten als bei den Direktoren.

Unsere Leser können sich nach dieser Mitteilung unschwer denken, mit welcher Eucht der Redner für die Direktionen zu Felde zog. So betrachtete Herr Fürstenberg das gestern von uns Besprochene Rundschreiben der Direktion der Deutschen Bank nach einem Bericht des „V. Z.“ als einen ersten Schritt des Entgegenkommens an die Beamtenchaft. Dabei muß berücksichtigt werden, daß in diesem Rundschreiben wieder von der Unfähigkeit des entlassenen Herrn Baron die Rede ist, obgleich dieser elf Jahre im Hause tätig war und obgleich in dem Kündigungsschreiben direkt von der Verantwortung gesprochen wird, die der Herr in die Reihen der Beamtenchaft getragen hat.

Wenn überhaupt noch ein Zweifel an einer Maßregelung möglich gewesen wäre, die Mitteilungen des Herrn Marx in der großen Bankbeamtenkundgebung der vorigen Woche müßten ihn zerstreuen. Wie lauteten doch die Wiedereinstellungsbedingungen der Direktion? Es wird gut sein, sie den Herren um Fürstenberg etwas ins Gedächtnis zurückzurufen.

- 1. Der Beamte soll sich verpflichten, keine Druckschriften zu verteilen;
2. der Beamte soll sein Vorstandsamt im Allgemeinen Verband der Bankbeamten niederlegen;
3. soll er sich verpflichten, keine Reden mehr zu halten und
4. soll er sich eine Gehaltsverminderung gefallen lassen.

Und trotz dieser Wiedereinstellungsbedingungen steht der Vorsitzende einer Angestelltenorganisation in der unsern Lesern bekannnten Erklärung der Direktion einen ersten Schritt des Entgegenkommens. Es ist traurig, daß ein Beamter eines Angestelltenverbandes so etwas auszusprechen wagt, trauriger allerdings ist noch, daß ihn nicht ein Entrüstungsturm davonjagt.

Doch noch eine Bemerkung; auf die Gefahr hin, daß sie uns wieder vom „Berliner Tageblatt“ abelgenommen wird. Im Verlag Rudolf Mosse ist scheinbar die Arbeitsteilung bis aufs Äußerste durchgeführt. Die Interessen der Bankdirektionen nimmt das „Tageblatt“, die Interessen der Bankbeamten die im gleichen Verlag erscheinende „Berliner Volkszeitung“ wahr, was gelegentlich der Bankbeamten-Maßregelung wieder besonders deutlich in die Erscheinung tritt.

Bei der Kundgebung der 6000 Bankbeamten — die sich gegen die Direktionen richtete — beschränkte sich das „Berliner Tageblatt“ auf die Wiedergabe der Resolution, während die „Volks-Zeitung“ zwei Berichte brachte. Jetzt von der Scheinbewegung, die in Wirklichkeit eine Rettungsaktion für die Direktion sein sollte, bringt das „Tageblatt“ einen ausführlichen Bericht, während die „Volks-Zeitung“ nur wenige Worte übrig hat.

Es lebe die Arbeitsteilung.

Deutsches Reich.

Streik von Arbeitswilligen.

In der Ascherslebener Maschinenbauanstalt haben die Arbeitswilligen aufgehört. Sie erhielten für einen Abzug von 80 Pf. täglich Kost und Logis. Zur Belohnung gab es zu jeder Mahlzeit eine Flasche Bier — täglich drei Flaschen. Nun wollte die Firma kein Bier mehr liefern. Die arbeitswilligen Former aber inszenierten einen „Hungerstreik“, indem sie das Frühstück ohne Bier unberührt ließen. Sie stellten als weitere Folge die Arbeitsbefreiung in Aussicht. Bei den Verhandlungen mit den rebellischen Geistern handelte es sich nachher nicht mehr allein um die Bierlieferung, sondern es wurden auch Lohnforderungen gestellt. Die Arbeitswilligen konnten nämlich statt der versprochenen 80—90 Pf. Akkordverdienst nur 55 Pf. die Stunde erreichen. Sie erklärten, es sei

vergingen. Außerdem sind da noch andere Reize: eine dekadente lustige alte Schachtel Aurora von Giffenville usw. Das Reizendste an diesem Spiel harmloser Zufälle ist einzig die Musik. Wo bleibt denn dort ein so feines Vertrauenssein mit dem Geist und Charakter der mozarthischen Diktion, daß man an eine Kopie glauben möchte. Ist's aber nicht. Vielleicht stand Volldieu dem göttlichen Wolfgang Amadeus von allen Nachfahren am nächsten, was den Lander der Melodien und einen wahrhaft befreienden Humor angeht — so wenig sich im übrigen seine Musik von der jener Zeit abhebt. Einige Arien, Rezitative, Duos und gesungene Szenen sind wirklich ganz köstlich.

Richard Strauß ist der beste Interpret, diese von Mozarts Wesen umflügelte Musik düstig erklingen zu lassen. Die Ausführung des zwielichtigen Werkes, an der in den tragenden Rollen die Herren Hoffmann und Sommer sowie die Damen Andrejewskilowa und Scheele-Müller beteiligt waren, zeichnete sich denn auch aus durch peinliche Sauberkeit und Korrektheit. Raffinesse und Herabgehen wird man allerdings im Hofkonservatorium vergeblich wünschen. Zum Schluß wurde das Tanzballett Slavische Prantwerbung gegeben. Virtuositäten, schreibartiger Jahrmarkt! ek.

Notizen.

Die verbotene Jesustragödie. Das thüringische Oberverwaltungsgericht, das in Jena haust, hat das Aufführungsverbot nicht aufgehoben, das vor zwei Jahren über Karl Baifers dreiteiliges Jesudrama verhängt wurde. Eine Verleumdungsschrift des im Sommer verstorbenen Dichters wurde verlesen, aber es soll bei dem zöflichen Verbot bleiben. Sein Lebenswerk soll durchaus als Herabwürdigung der Person Jesu aufgefaßt werden. Die Tragödie ist bekanntlich in der Neclamschen Universalbibliothek gedruckt worden.

— Kunstchronik. Das seit Albert Hertels Tode verwaiste Meisteratelier für Landschaftsmalerei an der Berliner Akademie der Künste soll nun endlich wieder besetzt werden. An Ulrich Häbner, einen führenden der ehemaligen Sezession, soll es übergehen. Wann wird der ministerielle Sämedentrott auch die Erledigung der anderen akademischen Valenzen erledigen haben?

— Ein Kriegsschatz für Monismus. Ernst Haedel, dessen achtzigsten Geburtstag der kommende Februar bringt, bittet alle persönlichen Ehrungen, die ihm zugebracht werden, in Geld umgerechnet auf eine Stiftung zu übertragen, die er unter dem Titel „Ernst Haedel-Schatz für Monismus“ dem deutschen Monismus zur Verfügung stellen möchte.

— Der Literaturpreis der Nobelstiftung soll, wie jetzt als entschieden verifiziert wird, an Peter Rosegger fallen.

— Fluch der Geduld! Das Denkmal Oskar Wildes auf dem Berg Lausanne zu Paris ist endlich enthüllt worden. Die Kirchhofsbehörde wollte sich das Werk so, wie Max Epstein es geschaffen, nicht gefallen lassen, verbot die Enthüllung und ließ auf ihre Erlaubnis auch dann noch warten, als Epstein die als anständig empfundene Nische mit einem Schmelzglas verhängelt hatte. Jetzt haben die Freunde des Dichters zur Eigenbilse ge-griffen: sie vollzogen die Enthüllung einfach ohne Erlaubnis.

— Der Bahndreher der drahtlosen Telegraphie. In Caernarvon in Wales ist gestern Henry Breese im Alter von 79 Jahren gestorben. Die Forschungen Barwells haben Breese zu Versuchen angeregt, Vorkosten auf drahtlosen Wege zu übermitteln. Diese Versuche führten später zur Entdeckung der drahtlosen Telegraphie.

ihnen jetzt begreiflich, warum die Former streifen. Dem Direktor wurden Worte an den Kopf geschleudert, die, wie er selbst erklärte, ihm von den draußensiehenden Streckenden niemals geboten worden seien. Nach längerem Wortstreit verlangten fünf Former ihre Entlassung, auf der sie auch beharrten, als ihnen besserer Verdienst in Aussicht gestellt wurde.

Eine erneute Ausperrung im rheinisch-westfälischen Malergewerbe kündigt der Syndikus des Unternehmerverbandes für Rheinland-Westfalen Dr. G. o e l s c h in W armen schon für die nächste Woche an. Alle Vorbereitungen sollen von den Unternehmern schon dazu getroffen werden.

#### Ausland.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Filiale Riga der Firma Karl J e h n in J e n a stellen Lohnforderungen. Sie verlangen eine Lohn-erhöhung von 10 Proz., Regelung der Arbeitszeit und einige sanitäre Einrichtungen im Betriebe. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen 9 Kopfen pro Stunde, die der bezahlten Mechaniker im Durchschnitt 23 Kopfen. Die Firma lehnt allgemeine Lohnserhöhungen ab und will nur nach Verdienst zulegen. Die Arbeiter sind sämtlich einig mit Ausnahme eines Polen, der im Betriebe stehen geblieben ist. Am Fernhalten des Zuguges von Riga wird gebeten.

Der amerikanische Malerverband, der kürzlich seinen Kongress abschloß, steigerte nach der Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz seine Mitgliederzahl in den letzten vier Jahren von 65 032 auf 81 032. Darunter 3552 Mitglieder in Kanada. Insgesamt betreiben 1005 angegliederte Lokalgewerkschaften in den 644 bestehenden Vereinen stieg der Durchschnittslohn von 2,97 Dollar pro Tag in 1909 auf 3,45 Dollar in 1913. In 520 dieser Vereine ist der Achtstundentag vollständig durchgeführt, in 106 der Achteinstundentag, während der Zehnstundentag noch an 14 Orten besteht. 254 Vereine haben auch schon den freien Sonnabend-nachmittag, und 146 unter ihnen sogar schon seit vier Jahren, einführen können.

### Stadtverordneten-Versammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 6. November 1913, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende M i c h a e l e t eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Stadtd. P a b e w i g (K. L.) eröffnet den Ausschußbericht über die Vorlage wegen Abänderung und Erweiterung des Ortsstatuts zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung. Der Ausschuß hat mit einigen nicht erheblichen Modifikationen die Vorschläge des Magistrats genehmigt, die die Ausdehnung des städtischen Schutzes einiger Stadtteile, namentlich der Umgebung der städtischen Parks, über das sonst baulich zulässige Maß hinaus auf Grund der im Geleise von 1907 gegebenen Befugnis erziehen. Weirischen hat der Ausschuß aus dem Verzeichnis der dem erhöhten Schutz in der Vorlage unterstellten Ortsteile u. a. die Villenkolonie Wilhelmshöhe an der Bellealliancestraße und die Klopffeldstraße.

Stadtd. W i t t i c h e r (K. R.) beschließt auch die Streichung der Straße in den Zeiten und der Herwarthstraße, da der besondere Charakter dieser Straßen, der die Unterstellung unter das neue Ortsstatut rechtfertigen würde, sich seit 20 Jahren völlig geändert habe. Man würde lediglich dem Wohnbedürfnis der Bevölkerung und den berechtigten Hausbesitzern Interessen empfindlichen Schaden zufügen.

Stadtd. R o b l e r (K. L.), der den bezüglichen Antrag gestellt hat, schließt sich der Argumentation des Vorredners an.

Bürgermeister Dr. R e i d e: Der Magistrat hat die Einbeziehung dieser beiden Straßenzüge für wünschenswert erachtet; die in der Vorlage getroffene Auswahl ist ohnehin schon eine beschränkte. Sollte die Mehrheit anders entscheiden, so glaube ich freilich auch nicht, daß der Magistrat das Ortsstatut daran scheitern lassen wird.

Mit großer Mehrheit wird der Antrag Robler und sodann der so veränderte Entwurf angenommen.

Um 8 Uhr schreitet die Versammlung zur Vornahme der Wahl von acht unbesoldeten Stadträten.

Es scheiden mit Ende dieses Jahres aus die Stadträte Buchow, Jacoby, Kollisch, Raas, Marggraf, Koffe, Dr. Straßmann und Bengtz. Sie sind von dem eingesehten Ausschuß sämtlich zur Wiederwahl empfohlen; die Wahl erfolgt auf 6 Jahre.

Der bisherige unbesoldete Stadtrat Buchow wird mit 112 Stimmen wiedergewählt; 1 Stimme entfällt auf Kollisch, 2 Jettel sind unbeschrieben, also ungültig.

Der zweite Wahlgang ergibt die Wiederwahl des bisherigen Stadtrats Jacoby, der 75 von 81 gültigen Stimmen erhält. Auf Stadtrat Kollisch fallen 2 Stimmen, Stadtd. Bengtz erhält 1 Stimme; 3 Stimmzettel sind weiß.

Im dritten Wahlgang wird Stadtrat Kollisch mit 73 von 79 gültigen Stimmen wiedergewählt, 41 Jettel sind weiß; 3 Stimmen fallen auf den Stv. Bengtz, 2 auf den Stv. Jacoby.

Mit 111 Stimmen erfolgt die Wiederwahl des Stadtrats Handelsrichter R a a s, je eine Stimme erhalten Stadtrat Marggraf und Stv. Bengtz, 3 Jettel sind unbeschrieben.

Der bisherige unbesoldete Stadtrat Ehrenbürger von Berlin Marggraf wird mit 109 Stimmen aufs neue in den Magistrat berufen; 8 Stimmen gesplittelt, 5 Jettel sind ungültig.

Stv. Justizrat K o f f e wird ebenfalls wiedergewählt, und zwar mit 111 Stimmen, 5 Stimmen gesplittelt, ein Jettel ist weiß.

Der sechste Wahlgang führt zur Wiederwahl des Stadtrats Straßmann, der 104 Stimmen erhält. Daneben 2 gesplittelt, 8 unbeschrieben.

Endlich wird auch der bisherige unbesoldete Stadtrat Bengtz wiedergewählt, und zwar mit 78 Stimmen; 5 Stimmen gesplittelt, 30 Jettel sind weiß.

Das Wahlgeschäft hat genau zwei Stunden in Anspruch genommen. Nach 8 Uhr wendet sich die Versammlung zur weiteren Erledigung der Tagesordnung zurück.

Die Versammlung hatte am 2. Oktober er. die Petition von drei Hilfsarbeiterinnen im Stützbüreau um Gleichstellung mit den Gemeindebeamtinnen im Städtischen Bureau dem Magistrat zur Berücksichtigung überreicht. Der Magistrat teilt jetzt mit, daß er dem Antrage nicht entsprechen kann, vielmehr auch die Anstellung von Hilfsarbeiterinnen im Städtischen Bureau (von wo die drei Damen zum Stützbüreau übergetreten waren) als Beamte in Zukunft nicht mehr erfolgen soll, da man den Grundsat durchzuführen wolle, Anstellungen mit Beamtengehältern nur noch vorzunehmen, wo eine rechtliche Notwendigkeit dafür besteht, d. h. wo es sich um die Ausübung von obrigkeitlichen Funktionen handelt.

Die Versammlung nimmt von der Mitteilung des Magistrats Kenntnis.

Den Versammlungsbeschlüssen betr. die Regelung der Angelegenheiten des Arbeitsnachweises ist der Magistrat beigetreten.

Der Abdampf der Pumpstation VI in der Urbanstraße soll, einer Anregung der Versammlung entsprechend, zur Wassererwärmung des Volksbades Barwalderstraße nutzbar gemacht werden. Die Kosten der Einrichtung belaufen sich auf 86 000 M.

Die Versammlung bewilligt den Betrag ohne Diskussion. Der Betrieb der städtischen Straßenreinigung ist zurzeit mit 40 Straßenreinigungsmaschinen mit elektrischem Antrieb ausgerüstet. Der Gesamtbestand soll auf 60 gebracht und in den Etat für 1914 der Kostenbetrag für die 20 neuen Maschinen mit 250 000 Mark eingestellt werden. Die Versammlung stimmt zu.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, Beschlussempfehlung über die Gewährung eines Kredits von 1 Million M. an die Genossenschaft Berliner Hausbesitzer zur Beschaffung und Sicherung von Hypotheken wird auf Vorschlag des Vorsitzenden von der Tagesordnung abgeseht.

Der Vorbericht bringt zur Kenntnis der Versammlung, daß bei der Beratung des Ortsstatuts gegen die Verunstaltung Berlins im-

sofern eine Anstimmigkeit unterlaufen ist, als zwar die „Herwarthstraße“ in der Diskussion als eine Straße erwähnt sei, die von der beabsichtigten Beschränkung ausgenommen werden müsse, im Antrage Robler aber nicht Erwähnung gefunden habe.

Der Antrag des Vorsitzenden, ob eine nochmalige Eröffnung der Diskussion zugelassen werde, steht Stv. P a f f m a n n (Soz.) Widerstreit entgegen. Die Angelegenheit ist damit erledigt. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 10 Uhr.

### Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

In der am Mittwoch fortgesetzten Generalversammlung wurde zunächst die Wahl von fünf turnusmäßig zur Neuwahl stehenden und drei auf Grund der beschlossenen Statutenänderung neu zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern vollzogen. Während der Feststellung des Wahlergebnisses wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung behandelt.

Zu dem Konflikt zwischen der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und den Buchdruckern lag schon der ersten Generalversammlung am 20. Oktober eine vom Genossenschaftsrat angenommene Resolution vor. Inzwischen ist, wie unsere Leser wissen, der Konflikt durch eine Aussprache beider Teile erledigt, und die Beteiligten haben den Wunsch ausgedrückt, daß in der Presse und in Versammlungen nicht weiter über diese Angelegenheit diskutiert werde. — Der Vorsitzende St ä h m e r teilte diese Sachlage der Generalversammlung mit und fügte hinzu, daß die Buchdrucker, welche Mitglieder der Konsumgenossenschaft sind, erklärt haben, sie hätten die Angelegenheit für erledigt.

Es entstand eine längere Diskussion, in der allseitig betont wurde, daß man zu dem Konflikt selbst natürlich nicht mehr Stellung nehmen wolle, da derselbe durch die Beteiligten erledigt sei. Aber es sei notwendig, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß die Mitglieder der Genossenschaft das Verhalten Kaufmanns unbedingt verurteilen. Es müsse ihm klar gemacht werden, daß er als Leiter der Verlagsanstalt nicht den Unternehmerstandpunkt zu vertreten habe. Vor allem müsse verlangt werden, daß Kaufmann aus der Unternehmerorganisation der Buchdruckereibesitzer austrete, wo er durch Beiträge zum Streikfonds der Unternehmer die scharfmacherischen Bestrebungen direkt unterstützt habe. Kaufmann sei durch sein Verhalten nicht nur mit den Buchdruckern in Konflikt geraten, sondern er habe sich im Gegensatz zur gesamten Arbeiterschaft gestellt. Es müsse verlangt werden, daß so schwere Konflikte wie der zwischen den Buchdruckern und der Verlagsanstalt nicht mehr vorkommen in genossenschaftlichen Betrieben. Aus diesen Gründen könne die vorliegende Resolution auch jetzt noch angenommen werden. — Ein Redner stellte unter lebhaftem Beifall die Forderung: Falls Kaufmann nicht spätestens innerhalb eines Jahres aus der Unternehmerorganisation ausgetreten sei, solle die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend der Verlagsgesellschaft das Kapital von 100 000 M., womit sie an dieser beteiligt sei, entziehen. —

Nach Schluß der Diskussion wurde die Resolution angenommen. Sie lautet:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß es Genosse Kaufmann als Leiter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine fertiggebracht hat, den vor allen Instanzen erledigten Konflikt in der Verlagsdruckerei in scharfmacherischer Weise in der Versammlung der Unternehmerorganisation gegen die organisierten Buchdrucker auszuspielen zu lassen und in Gemeinschaft mit dem technischen Leiter der Verlagsdruckerei, Steinhorst, dabei tätig mitzuwirken. Die Versammlung fordert von den Aufsichtsinstanzen der Verlagsgesellschaft, daß den Leitern dieses Arbeiterunternehmens, welches dem Selbstbestimmten der organisierten Arbeiterschaft sein Entstehen verdankt, klar gemacht wird, daß sie kein Recht haben, die Genossenschaftsbewegung durch ihr arbeitserfeindliches Verhalten fortgesetzt zu diskreditieren.“

Die Versammlung hat weiter sein Verständnis dafür, daß die Leiter eines Arbeiterunternehmens Mitglieder einer Unternehmerorganisation sind und sogar hervorragend tätigen Anteil an deren arbeitserfeindlichen Bestrebungen nehmen.“

Ein aus Mitgliederkreisen gestellter Antrag, den Dreher zu begründen, verurteilt, daß das Gehalt des 1. Vorsitzenden auf 5000 M. erhöht wird. Der Antrag wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem ein Vorstandsvertreter darauf hingewiesen hatte, daß nach dem Statut nicht die Generalversammlung, sondern der Aufsichtsrat und Genossenschaftsrat über Anstellungen und Gehaltsfragen zu entscheiden habe.

Ein Antrag, Pfenningmarken einzuführen, wurde nach kurzer Diskussion mit großer Mehrheit abgelehnt.

Das Ergebnis der Wahl zum Aufsichtsrat ist folgendes: Wiedergewählt sind Metallarbeiter F. D i e s e, Kupferschmied E. F r i e, Tischler J. H a n e l, Chauffeur J. R a e n z, Kranken-assenkomitee C. B u c h h o l z. Neugewählt an Stelle eines zurückgetretenen Mitgliedes ist Stadtarbeiter E. E n g e l m a n n. Neugewählt auf Grund der neuen Statutenbestimmung sind L. D o j e l, G. H e i l b e r, F. H e n s e l. Als Ersatzpersonen sind gewählt: Schriftföhrer B a l l e i r o, Arbeiter B o h m, Schlosser F r ö h l i c h, Buchhalter R u c h n i w i c z, Holzarbeiter W i e c h e r l.

### Soziales.

#### Ausgleichsquittung.

Die Frage der Ausgleichs- oder Generalquittung spielte wiederum in einem Prozeß, der gestern vor dem Gewerbegericht verhandelt wurde, eine Rolle.

Ein Voderklage gegen die Projektions-K. G. „Union“ auf Zahlung von Lohn für acht Tage wegen kündigungloser Entlassung. Die beklagte Firma wendete ein, der Kläger habe durch ungebührliches Verhalten berechtigten Grund zu sofortiger Entlassung gegeben, er habe auch durch Ausgleichsquittung auf weitere Ansprüche verzichtet.

Die Verhandlung ergab, daß lediglich gegen Witangestellte ein ungebührliches Verhalten vorgekommen war. Nach der Gewerbeordnung ist das kein Grund zur kündigunglosen Entlassung. Beim Abgang waren zwei Quittungen vorgelegt, zunächst eine Ausgleichsquittung, diese unterschrieben. Als ihm dann auch die andere Quittung zur Unterschrift vorgelegt wurde, wurde ihm gesagt, daß er bereits auf weitere Ansprüche verzichtet habe. Daraus weigerte er sich, das zweite Formular zu unterschreiben.

Das Gericht kam zur Zurückweisung der Beklagten, weil der Sachverhalt klar ergibt, daß der Kläger unabweislich zum Ausdruck gebracht hat, daß eine Verzichtleistung nicht in seiner Absicht lag.

In diesem Fall ist es dem Arbeiter gelungen, zu beweisen, daß er bei Unterzeichnung der Quittung sich im Irrtum befand. Aber hervorheben möchten wir, daß auch eine bis am Fälligkeitstage ausgestellte Generalquittung, selbst wenn sie ernstlich gemeint ist, unglücklich ist. Das Gesetz schreibt in § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes vor, daß jede Verfügung des Arbeiters über den Lohn durch eine Fassung, Verständigung oder irgendein anderes Rechtsgeschäft ohne rechtliche Wirkung ist, wenn sie vor Ablauf des Fälligkeitstages vorgenommen ist. Der Gesetzgeber hat also den Arbeiter zu seinem Schutz in der Verfügung über den Lohn beschränkt, damit er in den Besitz des Geldes für die vorgeschaffene Arbeitskraft gelange. Das Gesetz hat diese Vorsicht gegeben, weil der Arbeitsvertrag diejenige ökonomische Zustandsstufe des Arbeiters ist und ohne einen Schutz gegen Zugriff Dritter an dem Lohn der Arbeiter subsistenzlos wäre. Es ist der Verzicht ein „Rechtsgeschäft“. Der Verzicht hat sogar weitergehende Wirkungen als die Verpfändung oder Abtretung des Lohnes. Zu einem Verzicht auf seinen Lohn ist der Arbeiter erst nach Ablauf des Fälligkeitstages imstande, sein vorher ausgesprochener Verzicht ist „ohne rechtliche Wirkung“.

### Die Alters- und Invalidenrenten in Berlin im Jahre 1912.

Nach dem Bericht der Landesversicherungsanstalt wurden im Jahre 1912 insgesamt 6662 neue Rentenansprüche gestellt. Hieron entfielen 6188 auf die Invaliden- und 474 auf die Altersrenten. Aus dem Vorjahr kommen noch hinzu 523 unerledigt gebliebene Invaliden- und 8 Altersrentenanträge. Insgesamt lagen demnach 6693 Invalidenrenten- und 482 Altersrentenanträge zur Bewilligung vor. Hieron wurden 4177 Invalidenrenten und 333 Altersrenten bewilligt und 1799 Invalidenrenten- und 41 Altersrentenanträge abgelehnt. Die Zahl der bewilligten Altersrenten ist sich in den drei letzten (1910, 1911 und 1912) Jahren gleich geblieben. Die Ablehnungen der Altersrenten sind fast ausschließlich auf die Nichterfüllung der Wartezeit zurückzuführen. Von 100 Altersrenten entfielen 88 auf die Männer, 12 auf die Frauen. Durchschnittlich kommen seit 1891 bis 1912 auf 100 Altersrenten 80 Männer und 20 Frauen. Nach Berufsarten die Altersrentner gegliedert stehen die Metallarbeiter mit 60 an erster Stelle, ihnen folgen die Holzarbeiter mit 43, die Bauarbeiter mit 30, das Handwerks- und Gewerbe mit 29, die Textilindustrie mit 18. Interessant ist die Auffassung der Berliner Anstalt über die Herabsetzung der Altersgrenze zur Erlangung der Altersrente. Der Bericht sagt darüber folgendes: „Auf Ersuchen des Reichsversicherungsamts sind Feststellungen über die Herabsetzung der Altersgrenze gemacht worden. Würde die Herabsetzung der Altersgrenze auf 68 Jahre erfolgen, dann würden noch 3830 neue Rentenanwärter hinzukommen und dadurch würde eine Steigerung der Altersrenten auf 150 Proz. eintreten.“

Der Berichterstatter fürchtet, daß dann eine erhebliche Belastung der Invalidenrenten die Folge sein würde, weil die Altersrentner alsdann die Altersrente in die höhere Invalidenrente umwandeln lassen würden. Diese Furcht der Anstalt Berlin erscheint unbegründet. Inwiefern selbst wenn dieser Fall eintreten würde, so liegt kein Grund vor, darüber zu jammern. Denn die Anstalt Berlin ist keine Sparkasse, die Millionen anhäufen soll.

Am Schluß des Jahres 1912 waren insgesamt 2253 Altersrentner vorhanden.

Die Invalidenrentenbewilligungen bei der Anstalt Berlin sind auch im Berichtsjahr ganz erheblich zurückgegangen. Insgesamt lagen 6693 Anträge vor; hieron wurden 4177 Invalidenrenten bewilligt, das ist 62,37 Proz. aller Anträge, und 1799 Anträge = 28 Proz. wurden abgelehnt.

Die Bewilligung der Invalidenrenten bewegt sich seit dem Jahre 1908 in stetem Abnehmen, wie die folgenden Ziffern beweisen. An Renten wurden bewilligt:

1908	1909	1910	1911	1912
5110	5004	4398	4210	4177

Die Zahl der Ablehnungen betrug im Jahre 1911 1680, im Jahre 1912 dagegen 1799 = einer Zunahme um 110.

Das ungewöhnliche Verhältnis zwischen Bewilligungen und Ablehnungen sucht der Bericht dadurch zu erklären, daß infolge einer Verfügung des Reichsversicherungsamtes die Anträge bei dem zuständigen Versicherungsamt ihres Aufenthaltsorts gestellt werden müssen. Da nun die Fernanstalten außerhalb Berlins liegen, gehen die Anträge aller dieser Kranken von der Anstalt Berlin ab. Daher nehmen die Rentenbewilligungen bei der Anstalt Brandenburg zu und bei der Anstalt Berlin ab; so der Berichterstatter. Aber diese Verfügung besteht erst seit 1912, das unnatürliche Verhältnis zwischen Bewilligungen und Ablehnungen ist dagegen schon seit dem Jahre 1908 festzustellen.

Inwiefern der Berichterstatter erklärt den Rückgang der Invalidenrentenbewilligungen auch noch durch „Einwirkung der besseren wirtschaftlichen Verhältnisse, die seit zwei Jahren eingetreten hat“. Zum mindesten muß stark bezweifelt werden, daß wir 1912 noch von einer Hoch- bzw. guten Wirtschaftskonjunktur reden können.

Geradezu besahmend für die Anstalt Berlin ist die Tatsache, daß die Berliner Anstalt mit den Rentenbewilligungen noch unter dem Durchschnitt des Reiches steht. Während im Deutschen Reich auf 100 erledigte Invalidenrenten 80 Bewilligungen und nur 20 Ablehnungen entfallen, kommen bei der Anstalt Berlin nur 70 Bewilligungen und 30 Ablehnungen. Eine Differenz von 10 Proz. zugunsten Berlins.

#### Ablehnungen der Invalidenrenten.

Allein 1433 Fälle = 79,7 Proz. wurden abgelehnt, weil Erwerbsunfähigkeit noch nicht eingetreten war. Das heißt: die Vertrauensärzte der Landesversicherungsanstalt haben es fertig gebracht, die Antragsteller gesund und voll leistungsfähig zu schreiben. Die eigenartige Auffassung der Berliner Versicherungsanstalt über „soziale Fürsorge“ offenbart sich auch in den Ergebnissen der von den Versicherern angeforderten Ablehnungsbescheide. In 193 Fällen hat das Oberversicherungsamt die Bescheide der Anstalt aufgehoben und den Versicherern die Invalidenrente zuerkennend.

Insgesamt waren am Jahreschluß (31. Dezember 12) 81 800 Invalidenrentner, darunter 14 779 Frauen vorhanden.

#### Dinterlebenrenten.

Die Invalidenversicherung hat mit dem 1. Januar 1912 durch die Reichsversicherungsordnung eine Erweiterung infolieren erfahren, als den Dinterlebenrenten — im Falle des Todes ihres Erbschafters — Witwen- bzw. Waisenrente, Witwengeld und Waisenaussteuer gewährt wird. Es ist nicht viel, was der Bericht darüber sagt; immerhin zeigt sich, wie elend es in Bezug mit der Feinheit mit großem Lantam geschaffenen sogenannten Dinterlebenrentenfürsorge in der Praxis aussieht. Im Berichtsjahr wurden 285 Anträge auf Witwen-, 558 auf Waisenrente; 184 Anträge auf Witwengeld und 2 auf Waisenaussteuer gestellt; davon wurden bewilligt: 102 Witwen-, 448 Waisenrenten; in 136 Fällen Witwengeld. Die Witwenrente wird erst dann gewährt, wenn die Witwe „dauernd völlig erwerbsunfähig“ ist, d. h. wenn sie nicht mehr das „ordentliche Lebensbedürfnis verdienen kann. Daher sind auch noch in 123 Fällen „Anwartschaftsbescheide“ erteilt worden. (D. h. der Anspruch ist anerkannt, nur wird die Rente nicht gewährt, weil die Witwe noch nicht invalide ist.)

Die Waisenrente schwankt zwischen 32 bis 41 M. pro Jahr; durchschnittlich betrug dieselbe 33,58 M. Die Witwenrente betrug durchschnittlich 79,28 M. pro Jahr. Das Witwengeld (Witwen, die selbst versicherungspflichtig sind, also Marken haben und keine laufende Rente beziehen können, aber eine einmalige Summe erhalten) betrug im Durchschnitt 78 M. Wie man bei diesen mehr als bescheidenen Rentensätzen noch von einer Dinterlebenrentenfürsorge sprechen kann, ist jaft unverständlich.

### Aus Industrie und Handel.

#### August Scherl G. m. b. H.

Und wird geschrieben:

Die Hofemil, welche Herr Otto von Goitberg im „Berliner Lokalanzeiger“ gegen den Oberstaatsanwalt im Krupp-Prozeß führt, hat die Vermutung geweckt, daß ein harter und treibender Wille hinter dem Verfasser steht. Herr Otto von Goitberg, der Oldenburg des „Lokalanzeigers“, soll ein ehrlicher Mann sein, und haben keinen Anlaß, die Richtigkeit dieser Charakteristik zu bezweifeln. Wohl aber ist es möglich, daß das Temperament dieses Herrn für eine Sache entflammend ist, deren nicht einwandfreie Umstände ihm unbekannt geblieben sind. Wer die Finanzentwicklung der Scherl G. m. b. H. kennt, der weiß jedenfalls, daß ein großkapitalistischer Reinigungszwang diesem Verlage gegenüber keineswegs ausgeschlossen ist.

Jeder, der sich die Zeit nehmen will, kann aus dem Handelsregister Berlin-Mitte (Nr. 1435 und Nr. 518) erfahren, wie sehr sich Herr August Scherl, der Geschäftsführer der Scherl G. m. b. H., in den letzten Jahren dem Bankeneinfluß hat beugen müssen. In früheren Jahren schon hatte die Berliner Handelsgesellschaft

die damals Anleihermittlerin der Scherl G. m. b. H. war, sich in den Statuten der „August Scherl, Deutsche Anleihermittlerin G. m. b. H.“, deren Anteile die August Scherl G. m. b. H. inzwischen sämtlich erworben hat, wesentliche Gesellschaftsrechte vorbehalten. Ob und inwieweit die Berliner Handelsgesellschaft diese Rechte geltend gemacht hat, geht aus den Registerakten nicht deutlich hervor. Wohl aber ist daraus zu ersehen, daß die Scherl G. m. b. H. mit den Krediten, die ihr die Berliner Handelsgesellschaft gewährt hat, nicht auskommen konnte, daß vielmehr Herr August Scherl, der noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit sämtliche Stammanteile des Unternehmens in seiner Hand vereinigte, inzwischen eine sehr wesentliche Quote seines Vermögens zu Vorzugsbedingungen anderen Kreditgebern hat überlassen müssen. An der Spitze des ziemlich umfangreichen Konzerns der Scherl-Darlehner stehen die Allgemeine Kreditanstalt Leipzig und die Diskonto-Gesellschaft in Berlin. Nach dem Stande vom 1. Januar 1913 sah die Liste der Gesellschafter der August Scherl G. m. b. H. folgendermaßen aus:

August Scherl	11 920 000 M.
Diskonto-Gesellschaft	980 000
Allg. Kreditanstalt in Leipzig	1 060 000
Norddeutsche Bank in Hamburg	880 000
Mitteldeutsche Kreditbank	500 000
Gebr. Arnold, Dresden	160 000
Friedr. Rogge, Düsseldorf	100 000
Hr. Rietammer, Chemnitz	80 000
Wilhelm Förster, Dresden	20 000
Otto Schärer, Erfurt	20 000
Wilhelm Schärer, Erfurt	20 000
Südd. Diskonto-Gesellschaft, Mannheim	180 000
Barmer Bankverein	180 000
Stahl u. Federer, Stuttgart	180 000
Ragdeburger Bankverein	200 000
Strauß u. Co., Karlsruhe	300 000
v. Dirksen, Brestl. Ges. Rat.	280 000
E. Heimann, Breslau	180 000
Bank für Thüringen	380 000
Bayer. Diskonto- u. Wechselbank	80 000
Kudolf Rolfe	1 420 000
R. Hefft u. Co., Berlin	400 000
23 gemäß § 4 des Statuts zurückgezahlte Stammeinlagen	400 000
	20 000 000 M.

Man sieht, die Finanzgewalt der Banken in der Scherl G. m. b. H. ist schon an und für sich nicht gering. Sie wird aber noch größer durch die Bestimmungen des Statuts. Die Anteile der Scherl G. m. b. H. zerfallen in Stammanteile und Vorzugsanteile. Für die Besitzer der Vorzugsanteile läßt die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig die Treuhänderschaft aus. Und zwar hat die Treuhänderin das Recht, ihre Zustimmung oder ihr Veto bei der Tilgung der Vorzugsanteile, bei der Errichtung neuer Geschäftsgegenstände, bei der Angliederung neuer Verlagsunternehmungen, bei Veränderungen in der Höhe des Stammkapitals, in den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages usw., abzugeben. Ferner kann die Treuhänderin zwei Mitglieder des sogenannten Verwaltungsausschusses der August Scherl G. m. b. H. ernennen, und Herr August Scherl, der Präsident dieses Verwaltungsausschusses, kann diese Mitglieder nicht abweisen, wenn sie dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat einer der an der Gesellschaft beteiligten Banken oder Bankfirmen angehören. Die anderen beiden Mitglieder ernannt Herr Scherl, und wenn auch, ihn eingerechnet, drei Stimmen gegen zwei stehen, so ist es doch ohne weiteres klar, daß im Zusammenhang mit den sonstigen Befugnissen des Treuhänders die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt als Mandatarin der Vorzugsanteilsbesitzer den bestimmenden Einfluß in der Scherl G. m. b. H. hat. Man hat zwar den Widerruf der Bestellung des Herrn August Scherl als alleinigen Geschäftsführer der Gesellschaft statutenmäßig ausgeschlossen, aber nur solange Herr August Scherl als Geschäftsführer die Majorität der Stammanteile besitzt, es sei denn, daß wichtige Gründe den Widerruf notwendig machen. Es folgt also, daß sowohl die Geschäftsführerschaft des Herrn August Scherl wie die Präsidentenschaft des Verwaltungsausschusses sehr mächtige Qualitäten sind. Der Verwaltungsausschuß hat außer anderen wichtigen Rechten auch seine Stimme abzugeben, wenn die politische oder sozialpolitische Richtung der Verlagsunternehmungen der Scherl G. m. b. H. geändert werden soll. Was das bedeutet, braucht wohl kaum spezifiziert zu werden.

Schon diese Darlegungen zeigen zur Genüge, wie sehr die Scherl G. m. b. H. an Großkapital interessiert ist und umgekehrt. Nun war aber die Wende des Oktober eine sehr kritische Zeit für Herrn August Scherl, der sehr erhebliche Privatverpflichtungen hat. Man sprach schon von einer Eliminierung Scherls, aber so weit scheint es bisher noch nicht gekommen zu sein. Vielleicht will man sich die Zugkraft des Namens nicht entgehen lassen, vielleicht ist es auch noch nicht gelungen, Herrn Scherl soviel Anteile abzurufen, daß man ihn aus seiner geschäftlichen Wirkungssphäre in der Scherl G. m. b. H. beseitigen könnte. Nebenfalls aber sind alle möglichen Interessenten am Werke, den „Lokalanzeiger“ mehr noch als bisher ihren Zwecken dienstbar zu machen. Es verlautet mit ziemlicher Bestimmtheit, und auch der „Vorwärts“ hat es ja schon ausgesprochen, daß hohe Regierungsvertreter als Darlehensvermittler tätig sind. Unter diesen Regierungsvertretern soll sich auch ein früherer preussischer Finanzminister befinden, der jetzt im rheinischen Industriegebiet eine einflussreiche Stellung einnimmt. Von wem das Darlehen oder die Darlehen herrühren, bezw. von wem sie Herrn Scherl gegeben werden sollen, darüber sind bisher nur Gerüchte im Umlauf. Man spricht davon, daß die betreffenden Regierungsvertreter mit ihrer Vermittlungsfunktion bei rheinischen Großindustriellen Erfolg gehabt haben. Vielleicht untersucht Herr Otto von Gollberg diese Angelegenheit mal etwas genauer, und vielleicht findet er noch Aufklärung der Sachlage ein anderes Kampffeld. Wenn die Regierungsvertreter wirklich sich für die Milderung der Finanznöte des Herrn August Scherl verwendet haben, so ist das natürlich nicht der schönen Seiten des Herrn Scherl wegen geschehen. Wir würden dann vielmehr Großindustrie, Großbanken und Regierung als ein Syndikat betrachten müssen, das aus ganz bestimmten Gründen einen bestimmten Einfluß auf einen der größten deutschen Zeitungskonzerne nimmt.

**Betriebsbeschränkung.** Eine der größten Stahlwarenfabriken im Solinger Revier, die Fabrik von Friedr. Herber, Abraham u. Sohn, die etwa 1000 Arbeiter beschäftigt, hat eine Betriebsbeschränkung durch Einlegung von 2 Feiertagen wöchentlich vorgenommen.

**Unklare Finanzlage in Indien.** Die Finanzlage von Indien ist fortwährend sehr unsicher. Viele nationalindische Banken haben ihre Tore geschlossen. Auch die Volksbank schloß ihre Pforten. Man glaubt, daß man vor einer großen finanziellen Krise steht, wie sie Indien noch niemals zu verzeichnen hatte.

**Zwangskurs des mexikanischen Papiergeldes.** Infolge der mexikanischen Wirren hat die Geldnot der mexikanischen Regierung ihren Höhepunkt erreicht. Nach einer Meldung der „New York Tribune“ aus Mexiko City hat die mexikanische Regierung dem Papiergeld Zwangskurs verliehen. In einem Erlass wird das Publikum aufgefordert, die Noten der Mexikanischen Nationalbank und der anderen Banken in Zahlung zu nehmen. Gleichzeitig

müssen 50 Cent-Stücke an Stelle der mexikanischen Silberdollars in unbegrenzter Höhe in Zahlung genommen werden.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Explosion auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin.

Am Dienstag hatte der preussische Eisenbahn-Fiskus sich vor dem Reichsgericht wegen der Folgen der Explosion zu verantworten, die am 17. August 1911 im Betriebsgebäude des Potsdamer Bahnhofs erfolgte und unter anderen sieben mit dem Zug eben angekommene Reisende schwer verletzte.

Die Explosion war dadurch entstanden, daß wegen Gasgeruchs ein Schloffer zum „Ableuchten“ geholt wurde. Infolge des Ableuchtens entstand jene gewaltige Explosion, die auch sieben Reisende verletzte. Einer dieser Reisenden lagte gegen den zahlungsunlustigen Fiskus auf Schadenersatz. Zur Begründung seines Anspruchs behauptet er u. a.,

daß die Explosion durch das Ableuchten der Röhre verursacht sei und daß der Fiskus in seinen Betriebsanordnungen schuldhafterweise dieses Ableuchten mit offenem Licht noch zuließ, obgleich ihm die englische Gasanstalt, die Gaslieferanten, bereits mitgeteilt hatte, daß sie nach den neuesten Erfindungen der Technik es nicht mehr für angebracht halte, die Gasröhre abzuleuchten, da mit dem Abfeilen der Röhre die undichten Stellen genau so sicher zu entdecken sind.

Das Landgericht und das Kammergericht verurteilten den Fiskus. Diesem wollte durchaus nicht in den Kopf, daß es zu seiner Pflicht gehöre, sich die neuesten Erfahrungen der Technik zu eigen zu machen und daß er deshalb das „Ableuchten“ hätte verbieten und das Abfeilen hätte anordnen müssen.

Das Reichsgericht legte dem Fiskus durch Zurückweisung seiner Revision dar, daß es dieselbe, übrigens seit je betätigte Auffassung hat.

Gegen Zugführer, Schaffner, Eisenbahnarbeiter wird bei Eisenbahnunfällen auch in Fällen, wo es recht zweifelhaft ist, ob ein vertretbares Verschulden diesen Personen zur Last fällt, ein Strafverfahren eingeleitet. Wird nunmehr wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung auch gegen den hohen Beamten ein Strafverfahren eingeleitet werden, der für die Fehler der Betriebsanordnungen verantwortlich ist?

### Durch eigene Schuld vier Jahre Irrenhaus?

Anläßlich eines Strafverfahrens wegen Körperverletzung, das gegen den Berliner Kellner H. Schmidt, war dessen Frau mit der Behauptung hervorgetreten, er sei geisteskrank. Dieser Versuch, um die Bestrafung herumzukommen, kostete H. vier Jahre Irrenhaus. H. selber benahm sich nämlich derart, daß die Ärzte der Charité seine Heilwirkung in die Irrenanstalt für notwendig erachteten. Der Vater, der später zu seinem Pfleger ernannt wurde, stellte wiederholt vergeblich Anträge auf Entlassung. Auch ein in seinem Auftrag von A. H. Dr. Ehrenfried gestellter Antrag wurde abgelehnt, da der Polizeipräsident durch eine Verfügung Widerspruch erhob. Nach vergeblicher Beschwerde beim Oberpräsidenten wurde Klage erhoben, die der Rechtsanwalt vor dem Ober-Verwaltungsgericht in mehreren Terminen vertrat. Hierbei machte er geltend, der H. sei ein Opfer der Simulation geworden. Der Antrag ging auf Aufhebung der Verfügung der Widerspruchsverfügung des Polizeipräsidenten.

Ein vom Gericht eingeholtes Gutachten des Arztes Dr. Pfleger ließ als wahrscheinlich erkennen, daß H. seinerzeit mindestens stark übertrieben habe. Ein dann nach auf Beschluß des Gerichts erhaltener Gutachten des königlichen Medizinalkollegiums in Berlin kam zu folgendem Schlussergebnis: Das Kollegium könne sich dem anschließen, daß H. gegenwärtig ein ganz anderer Mensch sei, als wie er sich seinerzeit nach den gutachtlichen Äußerungen der Ärzte in der Charité gezeigt habe. Möglicherweise sei er damals von starker Erregung befallen war. Aber es sei auch sicher, daß er die dadurch bedingten natürlichen Krankheitserscheinungen stark übertrieb. Gegenwärtig sei von der früheren krankhaften Erregung nichts wahrzunehmen. Schwere Affektäußerungen seien nicht zu befürchten. H. sei in seiner Jugend etwas zurückgeblieben. Aber sein gegenwärtiger Zustand sei ein solcher, daß er ihn bei strafbaren Handlungen nicht entschuldigen würde.

Auf Grund dieses Gutachtens wurde H. mit Zustimmung der Behörde aus der Irrenanstalt entlassen, bevor es wieder zur Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht kam. Der Oberpräsident stellte Entscheidung über die Kosten anheim. Der Anwalt beantragte, die Kosten dem Oberpräsidenten aufzulegen.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte am Donnerstag den Streitfall in der Hauptsache durch die Entlassung H.'s aus der Anstalt für erledigt. Es legte aber die Kosten dem Kläger auf. Maßgebend wäre hierfür, daß der Polizeipräsident beim Erlass der angeordneten Verfügung Widerspruch gegen die Entlassung auf Grund von gutachtlichen Äußerungen der Ärzte der Irrenanstalt habe annehmen können, die tatsächlichen Voraussetzungen für die Unterbringung in einer Irrenanstalt lägen noch vor. Denn damals hätten die Anstaltsärzte (Direktion) bescheinigt, daß nach Heilwirkung der Direktion der angeborene Schwachsinn und die krankhafte Erregbarkeit noch vorhanden seien, und daß nicht abzusehen wäre, ob es nicht wieder zu Affektionen führe, wenn H. in die Außenwelt hinaussträte. Danach wäre der Polizeipräsident damals noch berechtigt gewesen, den Widerspruch gegen die Entlassung zu erheben. Somit fielen die Kosten dem Kläger zur Last, da jener Zeitpunkt entscheidend sei.

### „Dr. med. Gräfin Margot von Bülow.“

Das Opfer einer Heiratsschwänlerin, die mit recht plumpen Mitteln gearbeitet hatte, ist der Ingenieur Lautbach geworden, der gestern als Zeuge vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I erscheinen mußte, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Günther eine Anklage wegen Betruges im straffahrenden Rückfalle gegen die Buchhalterin Margarete Oulek zu verhandeln hatte.

Eines Tages bemerkte L. in der Leipziger Straße eine junge Dame, die sein Interesse fesselte und ihn veranlaßte, ihr „nachzusehen“. L. sprach sie an und war nicht wenig erstaunt, als sich die schöne Unbekannte als die „Gräfin Dr. med. Margot von Bülow“ zu erkennen gab und erzählte, daß sie als Assistentin in der königl. Charité, Abteilung für Geschlechtskrankheiten, angestellt sei. Am nächsten Tage erzählte die angebliche Gräfin dann, daß sie von ihren Eltern, die in Hannover wohnen, 30 000 M. ausgezahlt erhalten habe und vorläufig davon lebe. Da L. dann einen Brief erhielt, der eine Krone und die Initialen „M. v. B.“ trug, glaubte er tatsächlich, die Bekanntheit einer Gräfin gemacht zu haben und war überglücklich, als diese ihm nach dreitägiger Bekanntheit ins Ohr flüsterte, daß sie sicher erkrant sein würde, wenn sie von ihm möglicherweise bald ein kleines lebendiges Unterpfand ihrer Liebe erhalten würde.

Die „Gräfin“ hat dann wiederholt um kleinere Geldbeiträge unter falschen Vorpiegelungen den in die Gräfinenschaft beschaffenen Ingenieur erlittet. Als sie nicht mehr von sich hören ließ, stellte dieser Ermittlungen an und erfuhr, daß die „Gräfin von Bülow“ die wegen Betruges zweimal verurteilte frühere Buchhalterin Margarete Oulek war. Auf die Anzeige des L., den dieses Liebesabenteuers 100 M. gekostet hatte, wurde die O. verhaftet. Hierbei stellte sich heraus, daß auch noch einem Sanger Eisenbahn 30 M. abgenommen hatte.

Vor Gericht war die Angeklagte im vollen Umfang geistig. — Mit Rücksicht auf ihre Vorstrafen, andererseits aber auf die Tatsache, daß ihr die Betrugsereignisse ziemlich leicht gemacht worden waren, erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 6 Monate Gefängnis, eine mit Rücksicht auf die Eigenart der Repperlei immerhin noch beträchtlich hohe Strafe.

## Aus aller Welt.

### Brand eines Petroleumdampfers.

Einem glücklichen Schicksal erlag ein Teil der Besatzung des Petroleumtransportdampfers „Lwington“, der im indischen Hafen Turritkorin in Brand geriet. Das Feuer griff so schnell um sich, daß alle Ausfluchten, es erfolgreich zu bekämpfen, hoffnungslos erschienen und aufgegeben wurden. Die aus fünfzig Mann bestehende Besatzung des Schiffes und eine Anzahl Kulis stürzten sich auf die Rettungsboote des Schiffes, doch gelang es nur einem Teil der Mannschaft, sich auf diese Weise zu retten. Ein Rettungsboot schlug um, die Insassen fielen ins Meer, das auf etwa 20 Meter im Umkreis des Schiffes infolge des ausströmenden Petroleum in Flammen geraten war. Innerhalb dieses Flammengürtels spielten sich schreckliche Szenen ab. Vergebens bemühten sich verschiedene Leute der Besatzung unter Aufbietung aller Kräfte durch den Flammengürtel hindurch ins freie Meer zu gelangen. Auf der See stand eine Anzahl von Menschen versammelt, die versuchten, Hilfe zu bringen. Verschiedene Boote gingen auch in See, mußten aber unrichtiger Sache umkehren, da sie infolge der großen Hitze und hoch aufliegenden Flammen nicht vorwärtskommen konnten. In einiger Entfernung von dem brennenden Brand hatten sich im Ru zahlreich Haisische versammelt, die nach den Leichnamen suchten. Ein Kuli, dem es gelungen war, das Meer zu erreichen, wurde ein Opfer der Tiere, bevor es möglich war, ihn in ein Boot aufzunehmen.

Während nach der einen Meldung behauptet wird, daß mindestens dreißig Menschen bei dem Unglück ums Leben gekommen seien, erklärt die Besitzerin des Schiffes, die Burma Del-Co. in Glasgow, daß sechs Personen den Tod gefunden hätten.

### Die Eisenbahnkatastrophe bei Melun.

Soweit bisher ermittelt werden konnte, hat der Zugzusammenstoß bei Melun 40 Todesopfer gefordert. Nur 14 davon konnten identifiziert werden, die Körper der übrigen sind so verlost, daß man weder die Person noch das Geschlecht feststellen konnte.

Das Verschulden an dem fürchterlichen Unglück scheint nicht zum geringsten bei der Verwaltung der Bahnlinie zu liegen. Die Föderation der Eisenbahner hat gegen die Verhaftung des Lokomotivführers Dumaine Protest erhoben und will eine Abordnung in das Ministerium entsenden. Die Angestellten behaupten, daß die Signale verschiedener Eisenbahnlinien, speziell diejenigen des Bahnhofes von Melun, so schlecht und unzuverlässig plaziert seien, daß es nicht in äußerster seltenen Fällen möglich sei, sie gut zu sehen. Wir haben, so sagen sie, in unserem Archiv ein großes Aktienstück hierüber angelegt und bereits häufig bei der Eisenbahnverwaltung gegen die Anlage dieser Signale Protest erhoben.

### Der Ritualmordprozess in Kiew.

Die Ritualmordklage ist jetzt nach endlosen Zeugenvernehmungen und Sachverständigengutachten glücklich bis zum Plaidoyer des Staatsanwalts gelangt. Dieser brave Mann ist entsprechend den Weisungen seiner Auftraggeber nach wie vor vom Mord aus rituellen Gründen überzeugt. Er sagte u. a. in seinen Ausführungen: „Die Frage, was für eine jüdische Sekte Blut brauche und zu welchen Zwecken, sei nicht zu entscheiden. Er wolle nicht die jüdische Religion als solche, die in vielem mit der christlichen übereinstimme, beschuldigen; es handle sich vielmehr um einzelne Fanatiker oder um eine Sekte, die noch nicht näher bekannt sei. Die Geschworenen sollten aus jüdisch-christlichen Märtern den Missetätigen, ihr Urteil gemäß ihrem Gewissen abgeben; der Jude Weiss solle den Russen jüdisch-christlich vor ihren Augen nicht in den Hintergrund treten lassen; jüdisch-christlich Grab werde lange eine Stätte der Wallfahrt und des Gebetes sein.“

### Der zweite Pégoud.

Dem französischen Flieger Chevillard ist es gelungen, die Kunststücke seines Landmannes Pégoud gleichfalls auszuführen. Chevillard stieg Donnerstagsvormittag auf dem Flugfeld von Buc mit seinem Farman-Doppeldecker auf und vollführte mit seinem schweren Flugzeug die häufigen Wendungen und jähren Stürze. Das zahlreiche erschienene Publikum verfolgte die halbdreherischen Evolutionen des Fliegers mit großer Spannung. Es gelang ihm jedoch immer wieder, zur rechten Zeit seinen Apparat aufzurichten. Während einiger Minuten flog er wie Pégoud mit dem Kopf nach unten und überschlug sich über den einen Flügel. Bei seiner Landung wurde er vom Publikum mit großem Applaus begrüßt. Chevillard beabsichtigt, am Sonntag in Juvy seine Flüge zu wiederholen.

### Kleine Notizen.

**Eisenbahnunfall in Medlenburg.** In der Nähe der Station Sponholz fuhr am Mittwochabend gegen 1/12 Uhr ein von Hamburg kommender D-Zug auf zwei Güterwagen auf. Ein Bahnschaffner und zwei Leute des Fahrpersonals sind erheblich verletzt worden.

**Typhusepidemie?** Nach einer Meldung aus Soldap sollen beim 44. Infanterieregiment zahlreiche Erkrankungen vorgekommen sein, bei denen Typhus befürchtet wird. Eine Referentenliste soll als typhusverdächtig festgestellt sein. Da zurzeit Referenten dort ihre Hebung machen und auch am 20. d. Mts. ein neuer Transport eintrifft, besteht die Gefahr der Erkrankung zahlreicher Familienmitglieder.

**Vom Röhrlenzug überfahren.** Zwei Grubenarbeiter legten sich während der Nachtzeit auf der Schiefergrube bei Deuthen auf die Gleise der Grubenbahn und schliefen ein. Ein elektrischer Röhrlenzug überfuhr beide. Der eine wurde getötet, der andere lebensgefährlich verletzt.

**Die Beulenpest in Triest.** Ein Verläder des Dampfers der Austro-Americana „Sophie Hohenberg“ ist Donnerstag nach vier-tägiger Krankheit gestorben. Der Obduktionsbefund ergab Beulenpest. Der Dampfer wurde sofort desinfiziert.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 6 Uhr, wenn der Treppen-Gang frei ist, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Rückhaken und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht versandt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**N. 3734.** Besten Dank. Beifolgt unter Handl.

**N. 3731.** Schwere ehrenrührende Beleidigungen berechtigen zum sofortigen Aufhören und zu dem Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes für die Abmündungsdauer. Ob derartige Beleidigungen vorliegen, läßt Ihr Schreiben nicht erkennen. Für die Klage wäre das Gewerbegericht zuständig. — **G. 2. 216.** Rein. — **G. 2. 9.** Rein. — **Nr. 29281.** Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. 2. 100.** Sie bedürfen der Auseinandersetzungsbekanntmachung, die beim Vormundschaftsgericht zu beantragen ist. — **N. 141.** Ohne Kenntnis der Tatsachen lassen sich die Fragen nicht beantworten. — **N. 2.** 27. Sie können dem Raschmeyerfabrikanten den Rechtsanspruch anbieten und die Lieber-

Frage der Rechte aus dem Abgangsvertrage auf Sie beanspruchen. — **N. H. 10.** 1. 10 Jahre, 2. 5 Jahre. — **M. C. 56.** Es bestand nur ein Anspruch auf Befreiung von der Staatsrentensteuer. — **D. Z. 32.** Dagegen kann nur der Eigentümer etwas einwenden. — **H. B. 8.** 1. Für Ausübung sämtlicher Gründe reicht der Name des Pächters nicht aus. 2. Nur dann zu beantworten, wenn die Anzahl der etwa vorhandenen Kinder und anderweit der etwaige Verdienst der Frau mitgeteilt wird. — **H. 50.** 1. und 2. Ja. — **S. 7.** In dem Briefpaß ist eine Be-

leidigung zu erklären. — **E. 2. 10.** Neutücht. Sie sind zahlungs-pflichtig. — **S. 2. 10.** Sofern Sie ein steuerpflichtiges Einkommen haben, sind Sie auch zur Bezahlung der Steuer verpflichtet. Ob gegen das fragliche Urteil noch Rechtsmittel zulässig sind, läßt Ihr Schreiben nicht erkennen. — **E. 8. 100.** Ja. — **E. 3. 31.** 1. In der Regel wird das nicht für zulässig erachtet werden. Die theoretische Möglichkeit besteht jedoch auf Grund des § 199 Reichsstrafgesetzbuch, sofern nicht Abhandlung an-genommen werden kann. 2. Für die Zeit bis einschließlich Dezember 1913.

3. Ja. 4. Bis zur Vollendung des 4. Lebensjahres. 5. Nach Vollendung des 10. Lebensjahres, bis dahin zur Hälfte. — **Fischer 1.** 1. Die Sache ist recht zweifelhaft. Sie können zur Erhebung einer Klage auf Lösung des Mietvertrages nicht raten. 2. Nein. Jedoch in der Charité, Sprechzeit von 9 bis 11 Uhr. — **H. G. 43.** 1. Ja, da der Vorstehende kein Aus-gestellter ist. 2. und 3. — **H. M. 453.** Dazu können wir nicht raten. 3. **G. P. 111.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage bitte noch einmal. — **H. M. 82.** Sie müssen persönlich zum Polizeirevier gehen. — **H. L. 3a.**

## Todes-Anzeigen

**Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.**

Am Mittwoch, den 5. November, verstarb nach längerem Leiden unser lieber Freund und Parteigenosse

# Hermann Werner

in seinem 55. Lebensjahre.

In Hermann Werner verliert die Berliner Partei einen selbstlosen, opferbereiten Kämpfer für die Sache des Proletariats. Schon unter dem Ausnahmegesetz tätig, gönnte er sich auch in den letzten Jahren keine Ruhe und keine Erholung, trotzdem ihn seine Leiden oft schmerzlich quälten. Hermann Werner war einer der Mitbegründer unseres Verbandes und bis zu seinem Tode unermüdet tätig an dem Ausbau der Berliner Parteiorganisation.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

**Der Zentralvorstand.**

Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 4 Uhr auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

## Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Mata, Blutuntersuchung,  
Schnell, sich. Heilung. Mäßige Preise.

**Dr. med. Wockentafel,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

**Enorm billig!**  
**Ulster und Anzüge**  
von 25 bis 60 M.  
**Gehrock - Anzüge**  
**Smokings auf Seide**  
**Billige Hosenwoche.**  
**Versandhaus „Germania“**  
Unter den Linden 21.

Jahresbisse, Flein, Stammol,  
Duedüber, Retalikauf, Spezial-  
geschäfte, Hallesche Str. 66. 15148\*

## Öffentliche politische Versammlungen.

# Vierter Wahlkreis.

Sonntag, den 9. November, abends 6 Uhr

## Öffentliche Versammlung

bei Bocker, Weberstr. 17.  
Tagesordnung:

1. Vortrag des Landtagsabgeordneten, Genossen Adolf Hoffmann über: „Der Verzweiflungskampf der preussischen Reaktion.“
  2. Diskussion.
- Resultatverkündung von der Stadtverordnetenwahl.**
- Nachdem: Gemütliches Zusammensein mit Tanz.
- Der Einberufer:**  
L. Degenhardt, Große Frankfurterstr. 124.

Am 5. November verstarb plötz-  
lich infolge Schlaganfalls unser  
Bater und Großvater

### Hermann Werner

in 55. Lebensjahre.

Im stillen Beileid bitten  
**Herm. Werner**  
**Ida Werner geb. Aders**  
**Bernhard Werner.**

Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 8. November,  
nachmittags 4 Uhr, von der Halle  
des Zentralfriedhofes zu Friedrichs-  
felde aus statt. 29005

**Sozialdemokr. Wahlverein**  
für den  
**2. Berl. Reichst.-Wahlkr.**

Die Beerdigung unseres Ge-  
nossen 208/17  
**Hermann Werner**  
findet morgen, Sonnabend,  
nachmittags 4 Uhr, von der  
Halle des Zentralfriedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

# Bebel-Porträt

Nach einem Gemälde von Tronnier-Hannover  
Kunstvoll in fünf Farben ausgeführt  
**Preis 1.— Mark**

Diese Bilder sind auch gerahmt zum Preise von  
2.—, 2.75, 3.— und 3.25 Mark  
vorrätig

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstraße 69

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr:

## Allgemeine Versammlung

in den Kinos beschäftigten Personen  
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31.  
Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Adolf Cohen.
  2. Stellungnahme zur Freigabe des Heiligabend.
- Kinoangehörige! Beweist durch einen Massenbesuch, wie ernst es Euch um die Wahrnehmung Eurer Interessen zu tun ist. Nur durch ein einheitliches Zusammengehen könnt Ihr Euren berechtigten Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen.  
**Die Ortsverwaltung.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.  
Montag, den 10. November, finden die Mitglieder-  
versammlungen für die Bezirke und Branchen statt.  
Die Tagesordnung und die Versammlungslokale werden  
am Sonntag bekannt gegeben.

## Ginseker.

Die Bezirksversammlungen finden der Kommunalwahlen  
wegen erst am Sonntag, den 16. November, statt.  
91/11 Die Ortsverwaltung.

## Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Bureau: Kaiser-Wilhelm-Strasse 20.

Heute Freitag, den 7. November 1913, nachm. 5 Uhr,  
im Lokal von G e r d e s, Reinickendorfer-West, Eichborn- Ecke Waldstraße:

## Öffentliche Versammlung

sämtlicher bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik  
Wittenan beschäftigt. kaufmännischen Angestellten sowie der Lager-  
schreiber, Kartothekführer, Werkstattschreiber u. Schreiberrinnen.  
Tagesordnung:

1. Die diktatorische Gewalt eines Vorgesetzten und das Recht der freien Persönlichkeit. Referent: Redakteur Lohmann.
2. Freie Aussprache.

## Vorwärts - Bibliothek.

Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen

# 1000 Mark Belohnung

Kriminalroman von Hans Hyan.  
Preis gebunden 1.— Mark.  
**Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69**

### Nachruf.

Am Mittwoch, den 5. November,  
vormittags, verstarb plötzlich unser  
langjähriger treuer Mitarbeiter,  
der Expeditor

### Herm. Werner

in 55. Lebensjahre.  
Sein ehrlicher, lauterer Cha-  
rakter, seine in langjähriger  
Tätigkeit bewiesene Pflichttreue,  
Gewissenhaftigkeit und Fleiß sichern  
ihm ein dauerndes, ehrendes An-  
denken.

Die Haupt-Expedition des  
„Vorwärts“.

### Verband d. Brauerei- u. Mühlen- arbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Crisöverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass am 3. November der Kollege,  
Fischkellerarbeiter

### Fritz Pape

(Wilmerscher Brauhaus), nach  
schwerer Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Friedrichshalle des Aufrethaltungs-  
Richthofes in Weichensee, Licht-  
berger Str. 110-126, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
44/13 Die Ortsverwaltung.

### Zentral-Kranken-Unterstützungs- verein der Schmiede

und verw. Gewerbe Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege

### Georg Wutz

Kazarettstr. 52  
am 3. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr von  
der Halle des städtischen Friedhofes  
in Friedrichsfelde aus statt. 294/2  
Die Ortsverwaltung.

# Sechster Wahlkreis.

## Öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen

am Freitag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr

für den **26. u. 27. Kommunalwahlbezirk (5. u. 6. Wahlkreis)**  
in **Büttners Festsälen, Schwedterstraße 23/24**  
Referent: Landtagsabgeordneter **H. Ströbel** und Stadtverordneter **Dr. H. Weyl**;

für den **30. Kommunalwahlbezirk**  
in den **Schönhauser Festsälen, Schönhauser Allee 129**  
Referent: Stadtverordneter **Dupont**;

für den **33. Kommunalwahlbezirk**  
in **Frischs Viktoriagarten, Badstraße 12**  
Referent: Reichstagsabgeordneter **Emanuel Wurm**;

für den **34. Kommunalwahlbezirk**  
in den **Borussia-Sälen, Ackerstraße 6/7**  
Referent: Stadtverordneter **Adolf Ritter**;

für den **38. Kommunalwahlbezirk (1., 5. u. 6. Wahlkreis)**  
im Restaurant **Café Gärtner, Holsteiner Ufer 27/28**  
Referent: Reichstagsabgeordneter **Ferdinand Ewald**;

für den **41. Kommunalwahlbezirk**  
im **Moabiter Gesellschaftshaus, Wicteffstraße 24**  
Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Zubell**.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie im Roten Hause.
2. Freie Diskussion.

Die sozialdemokratischen Wahlkomitees.

# Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma  
**Kohnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.**

Größtes Spezialgeschäft dieser Art.  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.  
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

# Arbeiter! befolgt den Schnapsboykott-Beschluß!

## Fort mit dem Junferfusel!

### Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Zur Beachtung für die Kommunalwähler!

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung werden in Berlin von der dritten Wählerklasse am

Sonntag, den 9. November,

vollzogen.

Aus einer Zusammenstellung, die heute dem „Vorwärts“ beigegeben ist, ergeben unsere Leser,

welche Wahlbezirke

diesmal an den Wahlen teilzunehmen haben und in welchen Wahllokale

jeder Wahlberechtigte seine Stimme abzugeben hat. Wir empfehlen, diese Zusammenstellung bis zum Tage der Wahl aufzubewahren. Jeder Wahlberechtigte hat in demjenigen Bezirk und Bekannte darauf hinweisen, wo sie zu wählen haben.

Die Berechtigung zur Teilnahme an den Kommunalwahlen beginnt mit Vollendung des 24. Lebensjahres. Sie setzt voraus eine Schätzung des Jahreseinkommens zu mindestens 660 M., so daß man auch bei Veranlagung zu einer Steuer von 4 M. pro Jahr, die nicht erhoben wird, noch das Kommunalwahlrecht hat. Als

wahlberechtigt

gilt, wer in der Wählerliste steht, die am Anfang Juli aufgestellt wurde und in der zweiten Hälfte des Juli auslag. Jeder Wahlberechtigte hat in demjenigen Bezirk zu wählen, für den er nach seiner damaligen Wohnung in die Liste aufgenommen worden ist. Wer inzwischen die Wohnung gewechselt

hat, zählt als Wähler auch zu dem Wahlbezirk seiner früheren Wohnung und wählt dort.

Die Wahl dauert von

vormittags 10 Uhr bis 6 Uhr abends,

doch sollte kein Wähler die Erfüllung seiner Wahlpflicht bis auf die letzten Stunden verschleppen. Je zeitiger die Wähler den Gang zum Wahllokal erledigen, desto mehr erleichtern sie unseren am Tage der Wahl die Schlepparbeit leistenden Genossen ihre Mühe.

Dringend ist zu raten, daß jeder Wähler sich mit einer

Legitimation

versehe. Als solche dient am besten die Karte, die vom Magistrat ausgefertigt und dem Wähler übersandt worden ist. Wer sie etwa nicht erhalten hat — sie kann besonders bei inzwischen verzogenen Wählern ausgeblieben sein — der legitimiert sich durch Steuerquittung oder Mietkontrakt, nötigenfalls auch durch Invalidenkarte oder Militärpapier.

Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Wähler dem Wahlvorsteher den

Namen des Kandidaten

sagt. Man achte darauf, daß der Name richtig und deutlich angegeben ist.

Wähler der dritten Klasse können — auch das wollen man beachten! — vernünftigerweise

nur Sozialdemokraten

ihre Stimme geben. Das Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts weist Hunderttausende von minderbemittelten Wählern in die dritte Klasse und referiert die zweite und die erste Klasse einer kleinen Zahl von Wohlhabenden und Reichen. Diese bevorrechteten Wähler der ersten und der zweiten Klasse wählen freisinnige, weil sie dem Freisinn sich die beste Vertretung ihrer Interessen in der Stadtverwaltung versprechen. Die dritte Wählerklasse aber, zu der neben dem Arbeiter auch der kleine Gewerbetreibende und der kleine Beamte gehört, hat längst

zum Freisinn kein Vertrauen mehr.

Jeder Wähler der dritten Klasse möge am 9. November dafür sorgen, daß dieser Tag

dem Freisinn neue Niederlagen,

der Sozialdemokratie neue Siege bringt.

### Wie der Kommunalfreisinn wirkt.

Die Freisinnigen machen alles mobil, um ihre Stiche in der 3. Abteilung zu behaupten und uns eventuell einige abzunehmen. Besonders Gewicht legen sie auf den 26., 38. und 41. Bezirk. Dieser Tage wurde folgendes Rundschreiben verfaßt:

Berlin, den 1. November 1913.

Sehr geehrter Herr!

Durch Rundschreiben vom 15. Oktober erbaten wir Ihre pekuniäre Unterstützung für den Kampf mit der Sozialdemokratie. Die Wahl eines bürgerlichen Vertreters im 38. Bezirk der 3. Abteilung (alleiniger Kandidat: Herr Obermeister Bitterhof) ist schwer bedroht. Fällt dieser Wahlkreis, so hat die Sozialdemokratie damit die ganze 3. Abteilung an sich gerissen und kann dann in ihren Forderungen, die nicht mit der Steuerkraft der Bürgerschaft im Einklang stehen, gar keine Grenzen mehr.

Wir glauben daher, unsere Bitte um einen Geldbeitrag zu den außerordentlich hohen Wahlkosten wiederholen zu dürfen. Ein Schauspiel für Wüter ist es, diesen Hilferuf zu lesen. Weil unsere Partei den Freisinnigen einen Bezirk abnehmen könnte, kann dann die Sozialdemokratie in ihren Forderungen keine Grenzen mehr. Als ob unsere Genossen bisher ihre kommunalpolitische Tätigkeit danach eingerichtet hätten, ob ein Mitglied mehr oder weniger im Noter Hause sitzt. Nein! Wir wissen ja, daß infolge eines infamen Dreiklassensystems, verbunden mit dem Hausbesitzerprivileg, der Geldsack im Noter Hause dominiert. Das wird auch nicht anders werden, wenn die gesamte dritte Abteilung der Sozialdemokratie gehört, wie wir das hoffen. Bestände für die Stadtverordnetenversammlung das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht, so

würde in Berlin der Freisinn wohl weggefegt werden. Denn die große Masse der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins erkennt nur in der Sozialdemokratie ihre wahren Vertreter, nicht aber in dem reaktionären Berliner Kommunalfreisinn.

### Beschwerden über die Wählerlisten.

Die Klagen über die Erledigung der Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten häufen sich. Wieder werden uns Bescheide vorgelegt, nach denen die Beschwerdeführer mit ihren Einsprüchen abgewiesen worden sind, weil sie im letzten Jahre ihre Steuern nicht bezahlt hätten. Die Beschwerdeführer legen aber ihre vier Steuerquittungen vor, aus denen erhellt, daß der genannte Abweisungsgrund zu unrecht besteht. Ganz abgesehen von der Unvollkommenheit der Wählerliste scheint auch die Art der Erledigung der Einsprüche wenig zweckmäßig zu sein. Die Beschwerdeführer erfahren nämlich den Grund ihrer Nichtaufnahme in die Wählerliste erst nach Abschluß der Prüfung durch die Stadtverordneten-Versammlung und sind nun wehrlos. Dieses Verfahren könnte doch leicht geändert werden. Man teile den Einspruchsbeklagenden zunächst nach Erhebung ihres Einspruchs die Gründe der Nichtaufnahme in die Wählerliste mit; dann kann der Nichtaufgenommene sofort die Beweismittel beschaffen und vorlegen, um festzustellen, ob die Nichtaufnahme zu Recht oder Unrecht besteht. In diesem Falle könnte auch dem zur Prüfung der Einsprüche eingesetzten Stadtverordnetenausschuß das Material vorgelegt werden und es könnte eine sachgemäßere und objektivere Prüfung eintreten, als das heute der Fall ist.

Das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung ist schlecht genug, um alles aufzubieten, den wirklich Wahlberechtigten auch zu ihrem Wahlrecht zu verhelfen. Wie die Prüfung der Beschwerden heute erfolgt, so läuft dieselbe vielfach direkt auf Wahlentziehung hinaus.

Die Uebersicht über die zur Wahl stehenden Stadtverordneterwahlbezirke für Berlin, Charlottenburg und Schöneberg liegt der heutigen Nummer bei. Wir bitten die Genossen, sich die Uebersicht aufzubewahren.

### Kommunale Wahlbewegung.

Die öffentliche Wählerversammlung für den 7. Kommunalwahlbezirk,

welche am Mittwoch in Habels Saal in der Bergmannstraße stattfand, war gut besucht. Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann hatte das Referat übernommen. Seine Ausführungen gipfelten in einer scharfen Kritik des Freisinns, namentlich in seiner Art der sogenannten Kommunalpolitik, dessen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung es nicht mal über sich gebracht habe, das geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für die Kommunalwahlen zu fordern. Dieser Haltung unserer vielgepriesenen freisinnigen Helden entspreche natürlich auch ihre Haltung in allen anderen Fragen, die zum Arbeitsgebiet der Stadtverordnetenversammlung gehörten. Redner zeigte das an einer Reihe von Beispielen aus dem Berliner kommunalen Leben, wobei er besonders das Vergehen des Freisinns in sozialpolitischer Beziehung beleuchtete. Seit Jahrzehnten seien es einzig und allein die sozialdemokratischen Vertreter gewesen, die vorwärts drängten. In der Steuerungskommission sei man mandamental nur mit Mühe und Not und nur einer Stimme Mehrheit einen Schritt vorwärts gekommen. Den privaten Profit nur gar nicht zu hören, darum sei es den liberalen Herren zu tun. In Arbeiterangelegenheiten komme man ebenfalls nur stückweise vorwärts. Auch in der Frage der Arbeitslosenunterstützung sei Berlin zurück hinter anderen Städten, die doch wenigstens einen Anfang gemacht hätten. Hier zeige sich die ganze Hilflosigkeit des Freisinns. Welche Schäden die Fürsorgeerziehung aufweise, das habe kein anderer besser gezeigt als der langjährige Vertreter des 7. Bezirks in der Stadtverordnetenversammlung, der Genosse Dr. Alfred Bernstein. Sein Verdienst sei es, wenn hierin einigermaßen Remedur geschaffen wäre. Nur auf einem Gebiete habe der Kommunalfreisinn Großes geleistet, auf dem Gebiete des Ueberpatriotismus. Wieder mit dem Kommunalfreisinn müsse der Kampfpraktik lauten. Und mit Ehre müßten wir den Kampf bestehen; mit größerer Stimmenzahl als das letzte Mal müsse Genosse Alfred Bernstein wiedergewählt werden. (Großer Beifall.)

Genosse Dr. Alfred Bernstein nahm dann das Wort zu einer Ansprache. Auch er legte in eindringlichen Worten dar, welche dringenden Aufgaben die sozialdemokratische Fraktion im roten Hause im steten Kampfe mit der freisinnigen Mehrheit zu erfüllen habe. Unter anderem erörterte er die Bestimmungen zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit. Eine Ruhmestadt hätten unsere Genossen vollbracht, indem sie auf diesem Gebiete im Rathaus den ersten Stein legten und eine Grundlageläufung zur Bekämpfung des infektiösen Darmkatarrhs. Hierbei erinnerte Redner an das scheinbare Auftreten unseres verstorbenen Genossen Dr. Freudenberger. Mit besonderer Wärme behandelte Redner den Gegenstand seines eigenen brennendsten Interesses, die Erziehung der Fürsorgepfleglinge. Er betonte, daß auch hier noch viel zu wirken sei. Denn wenn auch der Freisinn gezeichnet wäre, existierten doch noch viele kleine Waisenhäuser. — Viel Kleinarbeit, so schloß Redner, sei noch überall zu leisten; sie werde zum Segen gereichen, wenn sie im Sinne unserer großen Kulturideale geleistet werde. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende erwähnte dann noch die Versammlungen, die paar Tage bis zur Wahl tüchtig zu agitieren, damit Genosse Dr. Alfred Bernstein am Sonntagabend mit großer Stimmenzahl wiedergewählt sei.

### 32. Kommunalwahlbezirk.

Genosse Stadthagen referierte vor der noch den „Rissalen“ einberufenen gut besuchten Versammlung. Er begrüßte das Zusammengehen unserer Gegner als eine erfreuliche Tatsache, die bei keinem einen Zweifel über die Situation aufkommen läßt. Der Kommunalfreisinn habe sich stets als reaktionär, ja selbst nach oben, brutal nach unten erwiesen. Deshalb fehle auch der erste Wille zur Selbstverwaltung. Auf dem Gebiete des Verkehrswezens, der Elektrizitätserzeugung usw. finde die Sozialdemokratie in ihrem Streben nach städtischer Regie beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten, die ihre Wurzeln in den entgegenstehenden Profitinteressen der bürgerlichen Mehrheit habe. Auch sonst sei es lediglich der Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter zuzuschreiben, wenn z. B. das Volksschulwesen einige Verbesserungen gegen früher aufzuweisen hat. Unendlich viel bleibt noch zu tun; Gegenüber der Klassenfrequenz, Unregelmäßigkeit der Lehr- und Lernmittel, Schulspesen und ähnliche dringende

Forderungen sind noch unerfüllt. Beschämend sei die Rückgratlosigkeit des Magistrats gegenüber der Forderung der Regierung, den Turnverein „Fichte“ aus den städtischen Räumlichkeiten zu exzultieren. Ebenso muß die Brutalität geißelt werden, mit der die Armenverwaltung auf Grund des Nährpflichtigengesetzes vorgeht; hier fehle jede Spur eines Verständnisses der sozialen Zusammenhänge. Das gelte auch gegenüber der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge. Mit einer scharfen Herausarbeitung der prinzipiellen Bedeutung des Stadtverordnetenwahlkampfes als eines Teiles des allgemeinen Klassenkampfes wandle sich der Redner zum Schluß, der in wichtigen, anfeuernden Worten ausklang.

Dan ergriff der Kandidat, Genosse Leid, das Wort, um zu eifriger Arbeit anzuapornen. Eine Diskussion fand nicht statt.

### 44. Kommunalwahlbezirk.

Die Kommunalwähler dieses Bezirks hatten sich zahlreich bei Franke, Badstraße, eingeladen, wo der Genosse Theodor Fischer ein anschauliches Bild des circa 30jährigen Arbeitens der Sozialdemokratie im roten Hause gab. Wie lächerlich das Gerücht der Gegner ist — die Sozialdemokratie stelle nur Anträge aus agitatorischen Gründen —, bewies Fischer an Hand reichhaltigen Materials. Mit ändernder Kritik zerpfückte er dann des Freisinns Sündenregister. Wie haben sich die „Freisinnigen“ gemüht! Gefühl, einer freisinnigen Regung statzugeben. Im Gegenteil; denn noch heute gehört die Stadt der Intelligenz, Berlin, zu den 33 Proz. preussischer Städte, die den reaktionären Oberverwaltungsgerichtspruch hochhalten, welcher bei noch zu zahlenden Krankenhaustkosten den Verlust des Wahlrecht nach sich zieht. Wenn auch durch unsere Initiative auf dem Gebiete der Wohnungspolitik, der Schule usw. mancher Fortschritt zu verzeichnen ist, so bleibt doch noch Genügendes zu leisten übrig. Mehr zu erreichen, das sozialdemokratische Programm zu verwirklichen, das ist unser Ziel. Darum heißt es die Organisationen ausbauen und bei der am Sonntag stattfindenden Wahl durch erdrückende Stimmenmehrheit den Bürgerlichen ein fühlbares Renetel einzubrennen. — Reicher Beifall lohnte die Ausführungen Fischers.

### Welches Interesse haben die Frauen an den Stadtverordnetenwahlen?

Mit diesem Thema hatte der 6. Wahlkreis am Mittwoch eine öffentliche Frauenversammlung nach „Fuhlmanns Theater“, Schönhauser Allee 147, einberufen. Zahlreich waren die Frauen erschienen, um den Worten der Genossin Clara Wehl zu lauschen. Mit zwingender Logik und erschöpfender Sachkenntnis wies die Rednerin nach, warum die Frauen, und insbesondere die Arbeiterfrauen ihr größtes Interesse den kommenden Stadtverordnetenwahlen zuwenden müßten. Die mangelnde, unzureichende Fürsorge auf dem Gebiete des Krankenwesens, der Wöchnerinnen- und Säuglingspflege, der Heilstätten usw. bot reichlich Gelegenheit, Kritik zu üben und zu beweisen, wie überaus berechtigt die Forderungen der Sozialdemokratie, wie sie sie in ihrem Kommunalprogramm aufstellt, sind.

Und wenn schon einiges besser geworden sei in den letzten Jahren, so nur infolge der rückhaltlosen Kritik, des unermüdbaren, energischen Wirkens der sozialdemokratischen Vertreter.

Diese sind jedoch in der Minderheit, um so mehr sei es Pflicht der Arbeiterfrauen, auch ihrerseits freudig mitzuarbeiten bei den kommenden Wahlen, zu agitieren und zu wirken, damit wenigstens die dritte Klasse bis auf den letzten Mann von Arbeitervertretern besetzt werde. Im Verlaufe ihrer Ausführungen ging die Rednerin auch auf die Schulfrage ein, deren eminente Bedeutung sie an der Hand von allfälligen Beispielen nachweisen konnte. Schulärzte, Schulpflege, Schulspeisung, alles Dinge, die sicherlich das brennendste Interesse der Proletarierinnen auslösen müssen. Dasselbe trifft für die Wohnungsfrage zu und auch hier konnte die Referentin erschütternde und empörende Zustände den Zuhörerinnen vorführen. Und dies alles in der großen, schönen, reichen Stadt Berlin! Hier sei es besonders nötig, radikale Besserung herbeizuführen, was aber wieder bedinge, daß die Macht des Hausbesitzertums im Stadtparlament gebrochen werde. Eine durchgreifende Fürsorge für die Arbeitslosen, die weitgehende Versorgung der Bevölkerung mit guten, preiswerten Lebensmitteln setze einen größeren Einfluß der sozialdemokratischen Vertreter voraus. Mit eindringlichen Worten an die Frauen, mitzuarbeiten und mitzuhelfen, schloß die Rednerin ihren inhaltreichen Vortrag unter dem allseitigen Beifall der Anwesenden.

Eine Diskussion schloß sich nicht an das Referat.

Nach einem anfeuernden Schlußwort der Vorsitzenden Louise war die Versammlung zu Ende.

Warum aber vor der Tür ein uniformierter und im Saale ein geheimer Schuhmann postiert war, wird wohl ein Geheimnis der Polizei bleiben.

### Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 9. November, findet eine Herrenpartei nach Grünheide statt. Treffpunkt früh 8 Uhr am Bahnhof. Für Nachzügler 10 Uhr in Woltersdorf, Restaurant Seehof.

Reinickendorf-West. Am Sonntag, den 9. November, mittags 12 1/2 Uhr, treffen sich die Genossen zum Besuch der Wohlfahrtsausstellung im Lokale von Hallmann, Scharnweberstr. 53.

Adlershof. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Fiege, Bismarckstr. 10: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Kirche und Sozialdemokratie. Referent: Genosse Emil Unger.

Alt-Ostende. Heute Freitag: Wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. — Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Terrassen-Restaurant, Rudower Str. 54. Tagesordnung: „Heraus aus der Landeskirche“. Referent: Genosse Emil Unger-Berlin.

Vorsigwalde-Wittenau. Sonntag, den 9. November 1913, findet in den Vorsigwalder Festsälen, Conradstraße (Ecke Spandauer Straße) eine Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung statt. Dieselbe ist geöffnet von mittags 12 bis abends 8 Uhr. Anschließend daran: Öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Jugendschriften und Wandschmuck im proletarischen Heim.“

### Berliner Nachrichten.

#### Vom russischen Fleisch.

Das von der Stadt Berlin eingeführte russische Fleisch erobert sich immer mehr die Gunst des Publikums. Der Absatz hat sich in den letzten Tagen um durchschnittlich 50 Proz. gesteigert. Da jetzt dem Warschauer Viehmarkt die für Berliner Verhältnisse geeigneten Viehsorten zugeführt werden, sind die dortigen Berliner Vertreter in der Lage, von Markt zu Markt immer günstiger einzukaufen. Die jüngst eingetroffenen Ochsen

und Schweine sind von guter Qualität, es kann daher den Käufern tadelloses Fleisch geliefert werden. Seit der Eröffnung des Schlachthofes sind in der städtischen Ausgabestelle auf dem Schlachthof bis heute rund 2000 Ochsenviertel und 1100 ganze Schweine an die städtischen Verkäufer abgegeben worden. Bei der guten Qualität und den billigen Verkaufspreisen ist auf eine weitere erhebliche Steigerung des Umsatzes zu rechnen.

Die Einäscherung des verstorbenen Genossen Wilhelm Schröder findet heute Freitag nachmittags 3 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf statt. Die Adresse der Familie ist Hotel Gewerkschaftshaus.

### Der Leichenfund an der Waisenbrücke aufgeklärt.

Schneller als man geglaubt, ist die Persönlichkeit der ermordeten Frau, deren Leiche man am Dienstag an der Waisenbrücke landete, festgestellt worden. Die Ermordete ist die im Jahre 1888 geborene Frida Gerhardt, die im Hause Prinz-Handjery-Strasse 39 in Neuloh bei ihrem Bräutigam, dem Schlosser Julius Goble wohnte. Beide lebten bereits seit sechs Jahren zusammen und diesem Verhältnis waren zwei Kinder entsprossen, von denen das eine aber bald nach der Geburt gestorben ist, das andere sich in Oberstwalde in Pflege befindet. Die Gerlach stand unter sittenpolizeilicher Kontrolle und war in Prostituiertenkreisen bekannt. Aus diesen Kreisen haben sich auch die Zeugen gemeldet, mit Hilfe deren die Identifizierung der Toten möglich wurde. Der Bräutigam ist seit 3 Wochen krank und erkrankte sich in letzter Zeit durch Herstellung von Holzbrandmalerei. Nach seinen Angaben hat sich die Gerlach in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober, also vom Sonntag zum Montag, aus der Wohnung entfernt; sie ist hierauf nicht mehr zurückgekehrt.

Ein Zeuge will die Gerhardt schon am Sonntag, den 26. Oktober, abends um 10 Uhr, in der Prinz-Handjery-Strasse gesehen haben. Möglicherweise ist das. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß sie nachdem ihr Geliebter eingekerkert war, bald ausgegangen ist. Es liegt nun nach wie vor daran, gerade darüber Aufklärung zu bekommen, wo das Mädchen gleich nach jener Zeit und in den nächsten Tagen gesehen worden ist. Nach dem Gutachten der Ärzte, die den Oberkörper obduzierten, kann dieser 8 bis 6 Tage im Wasser gelegen haben. Die Tötung kann nach dem Befund der inneren Organe auch kaum viel länger zurückliegen. Hiernach müßte das Mädchen seit Verlassen der Wohnung noch etwa acht Tage gelebt haben, wenn sich das ja auf den Tag nicht jagen läßt. Aufklärung über den Verbleib während dieser Zeit wird nur mit Hilfe des Publikums geschaffen werden können.

### Die Suche nach dem Mörder.

Nachdem es gelungen ist, die Persönlichkeit der Toten festzustellen, hat die Kriminalpolizei umfangreiche Ermittlungen eingeleitet, um möglicherweise dem Mörder auf die Spur zu kommen und das Verbrechen aufzuklären. Durch Umfragen bei Prostituierten und Zufälligen, die mit der G. befaßt waren, soll festgestellt werden, wann und wo sie zuletzt gesehen worden ist, und ob sie sich in Begleitung eines Mannes befand. Ihrem Gewerbe ging sie meistens auf den Neulohener Landengeländen nach, begleitete auch häufig Männer in deren Wohnungen. Bei einem derartigen Besuch dürfte sie ermordet worden sein. Es wird berichtet, daß sie die Gelegenheit benutzte, in fremden Wohnungen Diebstähle auszuführen und ist auch wegen solcher mehrfach bestraft worden. Vielleicht ist sie bei einem Diebstahl ertappt worden und mit dem Gestohlenen in Streit geraten. Die Durchsuchung der Wohnung des Goble hat nichts zutage gefördert, was einen Anhalt für die Verfolgung hätte geben können. Zurzeit ist ein Heer von Beamten mit der Abklärung der in Frage kommenden Gelände in Neuloh beschäftigt.

Zu dem Leichenfund wird uns weiter berichtet, daß es bisher nur gelungen ist, mit Bestimmtheit festzustellen, daß die Gerhardt zuletzt am Sonntag, den 26. v. M., abends um 10 Uhr gesehen worden ist. Sie trug zu dieser Zeit einen kleinen, schwarzen, weichen Strohhut mit einer schwarzen, flach aufgelegten Straußenfeder und einer kleinen Ripschleife hinten. Befestigt war der Hut mit zwei Nadeln, deren eine einen Glasknopf hatte. Ueber den beiden beschriebenen Hüfen trug sie ein halblanges schwarzes Jackett mit zwei Seitentaschen, das zweireihig war, sechs bis acht Knöpfe hatte und außerdem an den Ärmeln mit Knöpfen versehen war. Unter einem langen grauen Rock, der hinten und vorn mit Knöpfen verziert war, hatte sie einen blauen Tuchrock und einen weißen Rockendrock. Ihre Strümpfe waren ebenso wie die Schuhe schwarz. Letztere hatten Lackspitzen und waren schon stark abgelaufen. Ihre nächsten Rundgänge pflegte sie an verschiedenen Stellen zu machen. So fuhr sie zuweilen nach dem Mariannenplatz, wo sie dann durch die Pringens-, Reander- und Brückenstraße sowie dem Brandenburger Ufer entlang ging. Dann fuhr sie auch nach dem Kottbuser Damm hinaus und ging hier durch die Friedelstraße und in der Nähe des Hermannplatzes umher. Auch den Görliger Bahnhof besuchte sie, wo sie dann vornehmlich die Wiener Straße durchstreifte. Nach diesen Feststellungen wurden nach am gestrigen Abend viele Beamte dorthin entsandt, um in den Lokalen dieser Gegend und an anderen Stellen Nachforschungen anzustellen. Bei den Ermittlungen der Kriminalpolizei kommt es hauptsächlich jetzt zunächst auf drei Feststellungen an und zwar: 1. Den Tatort ausfindig zu machen, 2. die Zeit der Ausführung zu ermitteln und 3. den Verbleib des Unterkörpers.

### Wann werden die Wahlen des Ausschusses für die Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Niederbarnim vorgenommen?

Antw. Bekanntmachung vom 22. Juli 1918 „Arbeiterversorgung“ Nr. 27 Seite 635 Abs. b des Ministers für Handel und Gewerbe sollen die Wahlen zu den Organen der Kassen so beschleunigt werden, daß am 1. Januar 1919 die ihre Funktionen ausüben können. Diese Bekanntmachung scheint aber für das Versicherungsamt Niederbarnim nicht zu gelten. Nachdem bis zum 15. September er. die Wählerlisten eingereicht wurden, auch vor Wochen bereits im Kreisrat die Beratung der Satzungen stattgefunden hatte, mußte man annehmen, daß nun so schnell wie möglich die Wahlen ausgeschrieben würden; aber weit gefehlt. Allerorten ist man eifrig bei der Arbeit, um sich mit der neuen Materie zu beschäftigen, die Kassenorgane sind bereits vorhanden, nur im Kreise Niederbarnim herrscht eine betwundernswürdige Ruhe. Ist es doch bei Innehaltung der Fristen ganz unmöglich, daß der Vorstand vor Anfang Februar 1919 seine Funktionen übernehmen kann. Deutliche Verschleppungen müssen aber den Anschein erwecken, als ob absichtlich die künftigen Kassenmitglieder in ihrem Selbstverwaltungsrecht erheblich beeinträchtigt werden sollen, da bekanntlich das Versicherungsamt solange die Funktionen des Vorstandes übernimmt, bis der Vorstand gewählt ist. Wäre es nicht überhaupt schon angebracht gewesen, die wichtigsten Teile des Statuts öffentlich bekannt zu geben, damit Arbeitgeber wie Versicherte sich frühzeitig über ihre Pflichten und Rechte informieren können und dadurch den Geschäftsgang erleichtern helfen? Alle zurzeit im Kreise vorhandenen Ortskrankenkassen, bis auf zwei, werden am 31. Dezember d. J. geschlossen, alle Verträge sind daher gekündigt, von Verhandlungen über Abschluß neuer Verträge hat man jedoch bis heute noch nichts gehört. Welches Kräftefeld wird die neue Kasse haben? Was geschieht mit den jetzigen Angehörten? Herrscht doch gerade unter den letzteren infolge der Unsicherheit über ihre fernere Zukunft eine ziemliche

Erregtheit. Es ist hohe Zeit, daß endlich das Versicherungsamt Niederbarnim den ihm durch Gesetz übertragenen Pflichten nachkommt.

Die Verlegung der Großmarkthalle für Obst und Gemüse nach dem Terrain am Bahnhof Duessestraße ist vom Ausschuss mit großer Mehrheit angenommen. In drei langen Sitzungen, welchen auch der Oberbürgermeister beiwohnte, wurde das für und Wider der Verlegung gerade nach diesem Terrain erörtert. Da dem Ausschuss einige dreijährige Projekte zur Begutachtung vorgelegt wurden, war die Wahl nicht allzuleicht. Es wurde von vornherein Wert darauf gelegt, die Halle nur auf Berliner Terrain zu errichten; infolgedessen fanden die Angebote am Teltsowplatz, in Blöhensee, Reinickendorf, Panlow, Rummelsburg usw. keinerlei Berücksichtigung. Wesentlich in Betracht kamen außer dem Terrain an der Duessestraße nur noch der Platz der Stadt an der Aniprobestraße, welcher schon lange für die Großhalle erworben war, und das Terrain des ehemaligen Johannesstifts, welches für den Besthafen bestimmt ist. Das Terrain an der Aniprobestraße wurde abgelehnt, weil bereits größere Teile für den Straßenbahnhof verwendet waren, vom Polizeipräsidenten auch die Aufstellung des gesamten Wagenverkehrs auf dem Terrain gefordert wurde, auch der Eisenbahnananschluß 60 000 Quadratmeter erforderte. Unter diesen Umständen reicht das Terrain nicht aus. Ebenso lagen die Verhältnisse für das Terrain des Besthafens, für welches einige Mitglieder des Ausschusses eintraten. Hier blieben nach Errichtung des Hafens immer noch 80 000 Quadratmeter übrig, die nach Ansicht der Befürworter des Platzes für die Markthalle ausreichen müßten.

Von den Magistratsvertretern Geheimrat Krause und Stadtrat Berndt wurde nachgewiesen, daß für den Eisenbahnananschluß allein 70 000 Quadratmeter gebraucht würden und daß die Eisenbahndirektion unter keinen Umständen den Anschluß nach dem Verkehr Güterbahnhof genehmigen würde. Der Anschluß nach Bahnhof Charlottenburg aber zwingt uns, über das jetzt anzulaufende Terrain zu gehen und würde somit sehr hohe Kosten verursachen. Von unseren Genossen wurde noch betont, daß sowohl für den Besthafen als auch für die Großmarkthalle genügend Terrain rezerbiert werden müsse, um beiden Anlagen eine weitere Ausdehnung zu ermöglichen; dies sei aber unmöglich, wenn beide auf dem Terrain des Johannesstiftes ausgeführt würden.

Nachdem noch bekanntgegeben wurde, daß die Aktiengesellschaft Berlin-Nord den Preis um 40 M. pro Quadratrute ermäßigt habe, wurde beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung den Verkauf der Terrains der Gohengemeinschaft Berlin-Nord, des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels und der Firma Kupfer u. Co. zu den angebotenen Preisen zu empfehlen, gegen die Firma Gebauer jedoch das Enteignungsverfahren einzuleiten.

Da die Stadtverordnetenversammlung dem Beschluß des Ausschusses zweifellos beitreten wird, ist für die so notwendige Verlegung der Großmarkthalle endlich eine der Stadt würdige Lösung gefunden. Sowohl die Fleischgroßhalle an der Landsberger Allee als auch die Errichtung der Obst- und Gemüsehalle an der Duessestraße lassen jede notwendige Erweiterung zu. Namentlich der große Eisenbahnananschluß, der eine gleichzeitige Entladung von 150 Waggons zuläßt und auch die Wasserfront in einer Länge von 1200 Meter bieten die Gewähr dafür, daß für die billige Zufuhr der notwendigen Lebensmittel alle Maßnahmen getroffen sind.

Einen Kampf zwischen Einbrechern und Wächtern gab es in der Nacht zu gestern auf dem Grundstück Spenerstr. 4. Dort hat die Bauanfalt für Näh- und Schreibmaschinen von Hamann u. Junke in einem Hofgebäude eine Niederlage mit Kontorräumen. Einen Laden im Erdgeschoß an der Straße benutzte sie, um ihre Erzeugnisse auszustellen. Auf die Maschinen, die dort standen, hatten es zwei Einbrecher abgesehen. Sie öffneten gegen Mitternacht die Laubtüre an der Straße und einer hatte bereits eine Nähmaschine auf die Schulter genommen, um sie wegzutragen, als ein Wächter der Berliner Wache und Schließgesellschaft dazukam. Dieser hielt den Mann sofort an, als er mit seiner Last auf die Straße kam. Der Einbrecher warf dem Wächter, um ihn an der Festnahme zu verhindern, die Maschine vor die Füße, so daß sie in Stücke ging. Es gelang aber dem Wächter trotzdem, ihn zu fassen. Jetzt sprang der Schmiedestecher aus der Türschwelle des gegenüberliegenden Hauses hervor und stürzte sich auf den Wächter, um seinen Spiegelgesellen zu befreien. Zum Glück traf nunmehr ein zweiter Wächter ein, der die beiden Einbrecher in Schach hielt, bis auch Vorübergehende eingriffen und die Gefangenen nach der Wache brachten.

Größere Zelte auf Rummelpätzen als genehmigungspflichtige bauliche Anlage. Der Berliner Polizeipräsident hatte von H. dem Direktor eines Kinematographentheaters, durch Verfügung verlangt, er solle seine auf einem sogenannten Rummelpfad errichteten Zelte abbauen, weil die baupolizeiliche Genehmigung fehle. — H. beschwerte sich beim Oberpräsidenten und machte unter anderem geltend, es sei überhaupt keine baupolizeiliche Genehmigung erforderlich.

Der Oberpräsident vertwarf die Beschwerde und führte aus: Die beiden Zelte seien als „Baulichkeiten“ im Sinne der Baupolizeiverordnung anzusehen. Für die Erfüllung des Begriffs der baulichen Anlage sei eine feste Verbindung mit dem Erdboden nicht erforderlich. Es genüge, wenn die fragliche Anlage unbeweglich, das heißt zum Fortschaffen in ihrer Gesamtheit nicht geeignet sei. So lägen die Dinge hier. Es sei die baupolizeiliche Genehmigung erforderlich gewesen, denn es läme die Ausnahmebestimmung für „keine Anlagen“ nicht in Frage, weil es sich hier um eine Baulichkeit von größerer wirtschaftlicher Bedeutung handele. Die Verfügung des Polizeipräsidenten sei somit gerechtfertigt.

Das Oberverwaltungsgericht billigte den Bescheid des Oberpräsidenten, indem es die dagegen gerichtete Klage des Beschwerdeführers abwies.

Im Berliner Aquarium sind jetzt alle drei existierenden Arten von elektrischen Fischen zu sehen. Bekanntlich verlegen diese Fische ihren Segnern recht spürbare elektrische Schläge. In der Seewasserabteilung im Erdgeschoß ist der Zitterrochen in vier Exemplaren untergebracht. Er ist ein Rüsstenbewohner und vergräbt sich gern im Sande. Im ersten Stock erblickt man den brasilianischen Zitteraal, einen 7/8 Meter langen Fischen, dessen Schläge recht gefährlich werden können und von Mensch und Tier bei Flußübergängen gefährdet werden. Er ist, wie bemerkt sei, imstande, den Arm eines Menschen durch seinen Schlag ganz wehrlos zu machen. In seiner Nachbarschaft befindet sich der afrikanische Zitterwels in einem recht stattlichen Exemplar, der als Elektriker gleichfalls sich sehr erfolgreich seiner Haut zu wehren versteht.

Die Antialkoholaussstellung des Arbeiter-Abstinentenbundes, Aktionsausdruck Groß-Berlin, im Gewerkschaftshaus, Engelshof 13, erfreut sich eines regen Besuches seitens der Berliner Arbeiterschaft. Bedauerlicherweise wird die Ausstellung am Sonntag, den 9. November, abends 9 Uhr geschlossen, da die Räume für eine andere Veranstaltung frei gemacht werden müssen. Es kann daher nur empfohlen werden, die Ausstellung baldigst zu besuchen, um so mehr, als der Eintritt frei ist. Besuchszeit von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Berliner Sängerkorps. Der vor neun Wochen ins Leben getretene Verein (ca. 200 Sänger) veranstaltete am Sonntag, den 9. November, in der Brauerei Friedrichshagen ein großzügig angelegtes Konzert. Zum Vortrag gelangen u. a. „Sieg der Freude“ und „Enteiled“ unter Mitwirkung des „Berliner Konzerthaus-Orchesters“; außerdem Chöre von Hegar, Kawn, Thulle usw. Da der Eintrittspreis in Anbetracht des Gebotenen ein mäßiger ist, werden die Besucher auf ihre Rechnung kommen. (Siehe heutiges Inserat.)

Zwei größere Brände beschäftigten die Feuerwehr in der letzten Nacht in der Krautstr. 28 und in der Swinemünder Straße 73. An der ersten Stelle stand ein Stallgebäude und an der zweiten ein Keller mit Vorräten an Stroh und Holzwohle in Flammen. Hier wie dort mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. In der Swinemünder Straße wurden die Löscharbeiten durch eine starke Rauchentwicklung sehr er-

schwert. Erst als ein Rauchschubapparat in Benutzung genommen wurde, konnte wirksam gegen den Brandherd vorgegangen werden. — Ein böswilliger Mann führte die Feuerwehr nach der R a d e r s - b o r f e r Str. 63. Der Täter, der den Weiber unbefugterweise gezogen hatte, ist leider entkommen.

Das Automobilunglück bei Königs-Wusterhausen, über das wir in unserer Donnerstagnummer berichteten, ist glücklicherweise nicht so gefährlich verlaufen, wie es uns dargestellt wurde. Die wir nachträglich erfahren, ist weder der Chauffeur, noch sein Begleiter verletzt worden, beide kamen vielmehr mit dem Schreden davon. Von dem Automobil ist ebenfalls nur das Vorderteil durch den Vorortzug beschädigt worden.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Berlin, 8. November. Am 21. Oktober 1918 ist in Bellow bei Potsdam die Leiche eines unbekannt, etwa 40 Jahre alten Mannes aufgefunden worden, dessen Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte. Der Tote ist etwa 1,60 Meter groß, mittelstark, schlecht genährt, hat kurzes, dunkelblondes, etwas meliertes Haar, etwas helleren Schnurbart, graumelierten, kurz geschnorenen Kinnbart, vollständige, aber schlechte Zähne, an der rechten Halsseite eine haselnußgroße Gräßbeulegeschwulst. Bekleidet war er mit graugestrichelter Hose und Weste, grauwelchem, blaugestricheltem Hemde, grauer Mütze und gut erhaltenen Schmirkschuhen. Nachrichten über die Persönlichkeit des Toten erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 349, zu 4451, IV. 5. 13.; auch nimmt jedes Polizeirevier Mitteilungen entgegen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Der Verwaltungsbericht der Stadt Charlottenburg für das Rechnungsjahr 1912 ist als erster von den Groß-Berliner Verichten soeben vom Statistischen Amt herausgegeben. Das Jahr 1912 war für die Stadt Charlottenburg von besonderer Bedeutung durch den Tod des Oberbürgermeisters Schusterhaus und den Weggang des Bürgermeisters Raiting. Von mächtigeren Ereignissen sei besonders die Eröffnung des Deutschen Opernhauses hervorgehoben. Der Bericht enthält eine ausführliche Darstellung der inneren Gestaltung und des äußeren Aufbaus der Gesamtanlage des neuen Theaters mit zahlreichen den Text erläuternden Illustrationen. Im übrigen gewährt der Bericht einen übersichtlichen und interessanten Einblick in die gesamten städtischen Verhältnisse Charlottenburgs.

### Wilmerdorf.

Die hiesige Ortskrankenkasse nahm in ihrer Generalversammlung zu einigen Änderungen des neuen Statuts Stellung, die vom Oberversicherungsamt vorgelegt waren. Im § 24 wurde das Sterbegeld der Ehegatten auf zwei Drittel, der Kinder unter fünf Jahre auf ein Drittel und der Kinder über fünf Jahre auf die Hälfte des dem Versicherten zustehenden Sterbegeldes festgelegt. § 53 erfuhr einige Streichungen. In der veränderten Form heißt es u. a.: „Die Beiträge sind wöchentlich vom Arbeitgeber einzuzahlen. Der Vorstand ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Beiträge abholen zu lassen.“ § 61 setzt in der nunmehr veränderten Form die Beiträge für unständig Beschäftigte nur auf 3/4 Proz. des Ortslohnes fest. Dafür erhalten sie bloß die Regelleistungen. Im § 79 wurde festgelegt, daß Arbeitgeber, die nur einen Versicherungsobligierten beschäftigen, nur eine Stimme führen. Diese Statutenänderungen wurden einstimmig angenommen. Dann schritt die Generalversammlung zur Wahl einer dreigliedrigen Rechnungsprüfungskommission. Dabei verlangte der Arbeitgebervertreter Herr Laub, daß an ihrer Stelle ein vereidigter Bücherrevisor mit der Kassenrevision betraut werde, und zwar sollte dieser noch im laufenden Jahre die Revision vornehmen, weil möglicherweise im neuen Vorstand ganz neue Personen seien. Der Vorsitzende Laub benachrichtigte den Vorstand gegen das im Antrag enthaltene, unbedeutende Mißtrauen und wies auf das Ungeheuliche des Antrages hin. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Unter Vorsitzendem wurde in eine Besprechung des Geschäftsberichts für 1912 eingetreten. Hier hatte Herr Laub einige Monotonien an den Ausgaben der Kasse. Genosse Nibel wies diese als unberechtigt zurück. Laub habe übrigens jahrelang dem Vorstand angehört und müsse die Verbuchungsart der einzelnen Posten kennen. Alsdann gab Herr Laub eine Uebersicht über das Geschäftsjahr 1913. Die Mitgliedszahl ist auf rund 15 000 gestiegen. Durch die vorgenommene Beitragserhöhung war das Finanzgebahren ein außerordentlich günstiges. Es kann ein Teil des aufgenommenen Darlehns zurückgelegt werden. Am 1. Oktober d. J. war die zweite Hypothek von 40 000 M. fällig. Auf dem Darlehenswege war sie nicht zu erhalten. Das Oberversicherungsamt erteilte dann die Genehmigung, die Summe dem Reservefonds zu entnehmen. Das Geld konnte aber aus laufenden Mitteln aufgebracht werden. Das Vermögen besteht aus dem auf dem Hause stehenden Gelde, dem Anteil an dem Gemeinshaus Großbessern, dem Inventar in den Kassenräumen und der Zahnklinik und 22 800 M. Vorräten. Läßten schätze dann die noch bevorstehenden Einnahmen bis zum Jahresabschluss auf 175 000 M., die Ausgaben auf 150 000 M., so daß voraussichtlich etwa 20 000—25 000 M. dem Reservefonds überwiesen werden können. Da die Gemeinshaus Ortskrankenkasse mit Beginn des neuen Jahres in eine „Allgemeine Ortskrankenkasse“ umgewandelt wird, scheiden am Jahresabschluss 1900 bis 1400 Mitglieder von Schamargendorf und Grunewald aus. Die im Mai dieses Jahres errichtete Zahnklinik sei ein Janoske gewesen. An Vergleichszahlen wies der Redner nach, daß die Klinik schon jetzt 200 M. Ueberfluß gebracht habe. Das Institut sei nicht nur ein Vorteil für die Kasse, sondern in erster Linie für die Mitglieder. Die Zahnärzte würden durch ihre Geschäftspraktiken aus diesen 4000 M. mehr herausgeholt haben, als was die Kasse zu bezahlen gehabt hätte.

Diese Ausführungen wurden von Nibel und Engelhardt noch ergänzt. Zum Schluß gab Laub noch einen Ueberblick über die Entwicklung der 1894 gegründeten Kasse. Als besonderes Merkmal wies sie ein ständiges Steigen der Beiträge auf. 1894 betrug der Beitrag 1. Klasse 66 Pf., heute 1,20 M. und vom 1. Januar 1914 auf voraussichtlich 1,83 M. Das sei nicht auf Mißwirtschaft, sondern auf die Steigerung des Grundlohnes und der immer höher geschraubten Leistungen der Kasse zurückzuführen.

### Lichterfelde.

Der Gemeindevorstand hat in jüngster Zeit zwei Mitglieder, die Gemeindegewählten Kubold und Weber, durch Tod bezw. Weggang verloren. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurden diese beiden Posten wieder besetzt durch die Wahl des Gemeindevorstandes Rentier S p e r l e und des Gemeindegewählten T i e g e n. Selbst in bürgerlichen Kreisen wird man dieser Wahl mit sehr gemischten Gefühlen gegenübersehen. Eine Gemeinde von solcher Entwicklungsmöglichkeit und Größe wie Lichterfelde, beeinflusst von allen wirtschaftlichen Verhältnissen Groß-Berlins und gleichzeitig bedrängt von der Konkurrenz der übrigen westlichen Vororte, verlangt für seine Verwaltung Männer von Initiative und Weitblick. Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis der praktischen kommunalpolitischen Tätigkeit der beiden neuen Schöffen erscheint es unferes Erachtens allerdings zweifelhaft, ob die Gemeinde in ihnen diejenigen Kräfte gefunden hat, die sie braucht zur Durchführung der sich häufenden neuen und komplizierten Aufgaben.

Wir denken dabei im Augenblick nicht einmal an das Gebiet der sozialen Tätigkeit der Gemeinde, auf dem bekanntlich die Gemeindevorsetzung Lichterfelde in ihrer heutigen Zusammenfassung eine Pflicht überhaupt nicht anerkennt. In dieser Beziehung wird sie sicherlich von den beiden oben erwähnten Vorstandmitgliedern gewissenhaft unterstützt werden.

Mögen nun recht erhebliche Zweifel bestehen, ob die beiden neuen Männer auch auf dem rechten Posten stehen, so tröstet uns doch andererseits wenigstens die eine Sicherheit, daß sie

wenigstens durch den Landrat bestätigt werden. Als Vertreter der Gemeinde im Zweiterband wurde der Schöffe Dr. Lengner gewählt. Die Stelle des Gemeindevorstandes, dessen Gehalt zwischen 12-14000 M. festgesetzt werden soll, wird auf Beschluß ausgeschrieben und zur Sitzung der einlaufenden Offerten wurde eine Kommission gewählt. Der Referent Gemeindevorstand Dirich gab bekannt, daß die Gemeindeverwaltung die Absicht gehabt habe, den Schöffen Lange, der sich besondere Verdienste um die Gemeinde erworben, zum Gemeindevorstand zu wählen; Lange habe jedoch abgelehnt und diese Ablehnung mit Gründen motiviert, die als berechtigt anerkannt werden müßten. — Der notwendige Erweiterungsbau des Rathhauses soll nunmehr zur Ausführung gelangen. Die Kosten mit 273 000 M. wurden bewilligt mit der Maßgabe, daß die neuen Räume längstens zum Oktober 1914 bezogen werden können. Zugestimmt wurde den Abänderungsvorschlägen zur Gemeinde-Umlagesteuer, um den Grundstücksbesitzern, die unermüßlich sind in der Erfindung neuer Tricks zur Umgehung der Umlagesteuer, das Handwerk zu legen.

Auf der Tagesordnung der nächsten öffentlichen Sitzung stand auch eine Interpellation der Gemeindevorstand. Geldermann und Gen. über die Maßnahmen zur Beschleunigung der Arbeiten am Bahnhofs-Di und ferner darüber, welche Maßnahmen vom Gemeindevorstand gegen die Verhinderung der Arbeit der Unterführung gegen die Straßenschiffe getroffen worden sind. Wie die Angelegenheit, die eminent öffentliche Natur ist, in den geheimen Teil der Sitzung verschoben werden konnte, ist unbegreiflich. Diese „Vorführung“ wird nur verständlich durch die Tatsache, daß der Gemeindevorstand mit Recht annehmen mochte, bei einer öffentlichen Besprechung der Sache keine Vorbehalten zu ernten und daß dabei auch die Allgemeinheit auf die dem Eingeweihten längst bekannte Verfahrenheit und Disharmonie innerhalb der Gemeindeverwaltung aufmerksam werden könnte. G. V. Geldermann stellte den Antrag auf Beratung in öffentlicher Sitzung, der Annahme fand. Er schilderte dann die Mißstände und die schweren Unzulänglichkeiten, die das langsame Fortschreiten des Bahnhofsbaues für den Verkehr mit sich bringe und verlangte energische Schritte des Gemeindevorstandes, um den Eisenbahnbau zum Beschleunigung der Arbeiten zu veranlassen. Gemeindevorstand Dirich ging auf den zweiten Teil der Interpellation ein. Die Verhinderung der Unterführung gegen die Straßenschiffe habe sich erst gezeigt, nachdem der Bauzustand gefallen war; die hohe Betonwand rage erheblich über die Straßenschiffe hinaus; die ganze Anlage schaffe einen unangenehmen und unerwünschten Anblick. Die Eisenbahnbehörde fügte sich auf den landespolizeilich genehmigten Plan; das Bauamt habe leider die Interessen der Gemeinde nicht gewahrt und es unterlassen, auf die Pläne zu achten und rechtzeitig Einspruch zu erheben.

Gemeindevorstand Tiegen bestritt das Verschulden des Bauamts, konnte jedoch keinen plausiblen Grund angeben, warum das Bauamt bzw. der Gemeindevorstand gegen den öffentlich ausgelegten Plan keinen Einspruch erhoben. Nach längerer Diskussion, in der wiederholt auf das „gute Zusammenarbeiten“ und „die glänzende Beratung“ der Gemeinde ironisch angespielt wurde, kam ein Beschluß zustande, wegen der zu ergreifenden Schritte beim Eisenbahnbau behufs Beschleunigung des Bahnhofsbaues in nächster öffentlicher Sitzung weiter zu beraten. — Wenn die Gemeindevorstand schon vorher durch den Herrn Gemeindevorstand „so glänzend beraten“ war, warum hat sie ihn dann noch nach zum Schöffen erkürt?

### Neukölln.

Sonntag, den 9. November, veranstaltet der Spielklub einen Ausflug für Kinder über 8 Jahre nach Adlershof zu Wollstein. Treffpunkt vormittags 11 Uhr am Ringbahnhof Neukölln. Für Hahngeld und Kaffeebrot sind 30 Pf. mitzubringen; außerdem werden die Eltern gebeten, den Kindern etwas gemahlene Kaffee mitzugeben. —

Mittwoch, den 12. November, nachmittags 5 Uhr, findet wieder eine Märchenvorlesung bei Barisch, Hermannstr. 49, statt. Eintritt frei. Es wird eruchtet, nur schulpflichtige Kinder zu schicken. Um recht rege Beteiligung ersucht der Ausschuss.

### Reinickendorf.

Die „Deutsche Fleischerzeitung“, das Organ der Innungsbrüder, sucht in einer ebenso täppischen wie dreisten Art unsere in der Dienstagsnummer veröffentlichte Kennzeichnung der hiesigen Innungsbrüder, die sich weigern den russischen Fleischverkauf zu übernehmen, als das Produkt ungefertigter Russen hinzustellen. Das Blatt geht zwar nicht auf den Inhalt der Notiz ein, nicht auf das egoistische Gebahren einer kleinen Berufsgruppe gegenüber der breiten Masse der Bevölkerung, sondern heulandiert über den angeblich rüden Ton der Notiz, die übrigens noch von einer schlechten Schulbildung des Verfassers Zeugnis ablegen soll. Eine solche, von keinerlei Objektivität getriebene Epistel der „Fleischerzeitung“ rührt uns nicht. Für sie sowohl als auch für ihre Innungsbrüder, deren einseitige Interessen die „Fleischerzeitung“ ja nur wahrnimmt, war unsere Notiz nicht geschrieben. Was kam es lediglich darauf an, der Bevölkerung zu zeigen, wie die Fleischerinnung eine von der Gemeindeverwaltung geplante Rosstandsaktion in einseitigem Interesse zu vereiteln sucht.

### Weißensee.

Wie soll der diesjährige Fleischverkauf geregelt werden? Diese Frage wurde in zwei Sitzungen der Wohlfahrtskommission besprochen. Der russische Fleischverkauf im vorigen Jahre durch einzelne Ladenbesitzer hat nicht befriedigt und man wollte auch nicht wieder mit Berlin konkurrieren. Angeblich will man von Berlin nicht die Ware erhalten haben, die man erwünscht hatte. In diesem Jahre hatten die Ladenbesitzer den Verkauf russischen Fleisches abgelehnt; zwei Marktbesitzer wollen den Verkauf übernehmen. Der von unseren Genossen gewünschte Wunsch, eine eigene Verkaufsstelle zu errichten, fand seine Friedigung darin, daß die Kommission eine Verfrachtung der städtischen Verkaufsstelle in Wilmerdorf vorzuziehen. Hieran erhoben die bürgerlichen Herren so viel Einwendungen, daß von vornherein nicht damit gerechnet werden konnte, eine ständige Fleischverkaufsstelle einzurichten. Den hier bestehenden 40 Ladenbesitzern, so sagte man, dürfe keine Konkurrenz gemacht werden. Der Antrag wurde gegen die zwei Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Als letztes Mittel blieb noch der russische Fleischverkauf mit Hilfe von Berlin übrig. Es soll nun in der Gegend des Antonplatzes ein Laden gemietet und der Verkauf in eigene Regie übernommen werden. Die heute, Freitag, stattfindende Gemeindevorstandersitzung soll zu diesem Zweck 3000 M. bewilligen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß der ganze Plan wieder vernichtet wird, denn erst nach langer Debatte entschlossen sich die Kommissionsmitglieder, unseren Wünschen zu folgen. In der vorigen Saison brachte der russische Fleischverkauf einen Uberschuß von 240 M., die an Berlin zu zahlenden Unkosten betragen 750 M., so daß die Gemeinde eine Unterbilanz von annähernd 500 M. hatte. Der ständige Fleischverkauf findet bei dem Fischhändler Reimann, Panghandstr. 146, zu den von der Gemeinde festgesetzten Preisen statt.

### Bris.

Die zweite Männerabteilung der Freien Turnerschaft Neukölln-Brig feiert am Sonnabend, den 8. November, das 25. Stiftungsfest bei Schöneberg, Brig, Rudower Str. 88. Ein ausserordentliches Programm verspricht einen genussreichen Abend. Da die Freie Turnerschaft bei Parteiveranstaltungen uneigennützig ihre Mitwirkung beizubringen, wird um recht zahlreichen Besuch des Festes ersucht.

### Treptow-Baumshulentweg.

Der Fleischverkauf der Gemeinde hat bereits am 6. November begonnen. Er findet für den Berliner Ortsteil im Hause Beer- mannstraße 9 Mittwoch und Freitag, für Baumshulentweg im Hause Nießingstraße 256 Donnerstags und Sonnabends statt. Es ist zu wünschen, daß nun von der gebotenen Gelegenheit,

frisches ausländisches Fleisch billig einzukaufen, auch reger Gebrauch gemacht wird. Daneben geht der Seefischverkauf der Gemeinde Donnerstags und Freitags in den beiden Läden Graefstr. 16 und Baumshulentweg 256 weiter.

### Friedrichshagen.

In der letzten Gemeindevorstandersitzung wurde zunächst in der geheimen Sitzung Fortmeister Dr. Rohlf als Schöffe wiedergewählt. Der Ferienkolonie sind die Ueberreste von zwei Wohltätigkeitsveranstaltungen in Höhe von 262,88 M. überzulesen. Bei dieser Gelegenheit berichtete der Dezernent Gemeindevorstand Woller, der im letzten Sommer 14 Kinder auf Kosten der Ferienkolonie an die See geschickt seien. Die Kommission habe beschlossen, für das nächste Jahr 15 Plätze für unsere Ort zu belegen. Vor einiger Zeit ist das Schulgeld für ortsfremde Schüler des Gymnasiums von 140 M. auf 200 M. erhöht worden. Auf Antrag des Kuratoriums wurde beschlossen, für auswärtige Besucher der Schule, die in Friedrichshagen in Pension sind, das Schulgeld auf 180 M. zu ermäßigen. Zu der Beschaffung von Musikinstrumenten für die hiesigen Schulen teilte der Bürgermeister Dr. Stiller mit, daß die Verwaltung durch ein günstiges Angebot einen Pechstein-Flügel und ein Harmonium für 1200 M. beziehen könne. Der Flügel soll dem Gymnasium und das Harmonium der 1. Knaben- und Mädchen-Schule überwiesen werden. Letzteres soll gleichzeitig dem Jugendheim und für sonstige Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Genosse Wieke erludete, das Harmonium auch bei künstlerischen Veranstaltungen der Arbeiterkassette, insbesondere aber dem Arbeiter-Jugendheim zu überlassen; er kritisierte gleichzeitig den Beschluß der Schuldeputation, wonach dem Bildungsausschuss und dem Arbeiter-Stenographenverein die Schulräume für Unterrichtszwecke vorbehalten worden sind. Der Bürgermeister erwiderte, die Abolektion sei erfolgt, weil schon ein Stenographenverein die Schulräume benutzte, und für ein besonderes Arbeiter-Jugendheim sei an Orte kein Bedürfnis vorhanden, weil in dem bestehenden Jugendheim alle Jugendlichen willkommen seien. Genosse Wieke bemerkte hierzu, daß man es schon der Arbeiterkassette überlassen müsse zu entscheiden, ob in diesem oder jenem Falle ein Bedürfnis vorliege, besondere Einrichtungen zu treffen. Aus der ablehnenden Haltung erziehe man aber, daß man die von der Arbeiterkassette gestellten Anträge nicht herabwürdige und aus diesem Grunde legen die sozialdemokratischen Gemeindevorstanderebene energischer Protest ein. Ein Antrag des Kuratoriums und des Gemeindevorstandes, das Realgymnasium in Zukunft König-Friedrich-Schule zu bezeichnen, wurde, nachdem Genosse Tar now gegen diese Bezeichnung gesprochen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. In der vorletzten Sitzung hatte die Gemeindevorstandung den Antrag der 30 vaterländischen Vereine auf Bewilligung von 150 M. zur Abhaltung eines Kommerzes zur Feier des 18. Oktober mit 8 gegen 8 Stimmen bei Stimmhaltung des Bürgermeisters abgelehnt. Infolgedessen zogen die patriotischen Herren in ihren Vereinssitzungen über den hochverehrten Beschluß her. Ja sie gingen sogar so weit, daß sie eine anonyme Anzeige bei der Regierung wegen des Verhaltens des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit abgibt. Das konnten sich natürlich unsere patriotischen Gemeindevorstanderebene nicht gefallen lassen und in der letzten Sitzung mußten sie alles wieder gut machen, was sie angeblich verübt hatten. Bei dem Antrag betreffend Anlegung des Schmudplatzes E an der verlängerten Kastanienallee stellte Schöffe Ranz im Auftrage der bürgerlichen Vertreter den Antrag, zum Andenken an die Völkerschlacht von Leipzig einen Denkstein auf diesem Platz zu errichten. Genosse Wieke erklärte im Namen seiner Fraktion, daß sie genau wie in der vorigen Sitzung auch gegen diesen Antrag stimmen werde; der Antrag wurde jedoch ohne weitere Diskussion gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Im Anschluß hieran gab dann der Bürgermeister noch die Erklärung ab, daß dieser Beschluß eine treffende Antwort sei auf die unerbittlichen Angriffe aus Anlaß der in voriger Sitzung aus grundsätzlichen Bedenken verweigerten Beihilfe sei. Aus Anlaß unserer Interpellation betreffend der Arbeitslosigkeit war in der vorletzten Sitzung beschlossen worden, nach Möglichkeit Straßenpflasterungen und -regulierungen vorzunehmen. Nachher schon in voriger Sitzung die Pflasterung der Kastanienallee beschlossen war, schlägt nunmehr die Bauabteilung vor, die verlängerte Kurze Straße, den Platz E und die Kaiserstraße bis zur Königstraße mit Reibsteinpflaster zu versehen. Ueber die Art der Pflasterung entspann sich eine lange Debatte. Beschlossen wurde, die verlängerte Kurze Straße und den Platz E zu asphaltieren, und die Kaiserstraße mit Reibsteinpflaster zu versehen. Da in der vergangenen Jahre mit dem Verkauf von russischem Fleisch sehr ungünstige Erfahrungen gemacht worden sind, wurde die Wiederannahme desselben in diesem Jahre abgelehnt. Ein Antrag der freiwilligen Feuerwehr auf Errichtung eines neuen Gerätehauses wurde auf Vorschlag der eingeleiteten Kommission wegen der hohen Kosten von 50 000 M. abgelehnt.

### Hohen-Schönhausen.

Mit dem Verkauf des russischen Fleisches ist am Donnerstag, den 6. d. M., wieder begonnen worden. Das Verkaufsflokal befindet sich diesmal Briegerener Str. 1. Verkauf wird werktäglich von 8-1 Uhr vormittags und 4-8 Uhr nachmittags. Sonnabends bis 9 Uhr abends und Sonntags von 8-10 Uhr vormittags.

### Zossen.

Bei der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl war es leider nicht möglich, unseren Kandidaten der dritten Klasse zum Siege zu verhelfen. Gewählt wurden: Rentier Spiegel und Zimmermeister Nießge. Ein großer Teil der Arbeiter war nicht wahlberechtigt, weil sie kein Bürgergeld bezahlten.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorständen.

Hohen-Neuendorf. Heute Freitag, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal Berliner Str. 48/49.  
Köpenick. Heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Rathhaus.  
Königsplatz-Neuendorf. Heute abend 7 Uhr im Gemeindevorstand in Zepernitz, Dorfstraße.  
Weißensee. Heute Freitag, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Rathhaus, Albertenstr. 6.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Spiel und Sport.

### Turner.

Veranstaltungen am 9. November vom Turnverein „Nichte“.  
2. Männer-Abt.: Raß Eggerdors. Treffpunkt 7 Uhr Schleißer Bahnhof.  
9. Abteilung: Turnfahrt nach Buch-Großensee-Größe-Birkenwerder. Treffpunkt 7 Uhr am Reichelsplatz.  
Das Waffentanz der Freien Turnerschaft Neukölln-Brig bezieht am Sonntag, den 9. November, die Feier des 8. Stiftungsfestes bei Barisch, Hermannstr. 49, und sind alle Turner, Freunde und Gönner dieses Corps hierzu freundlichst eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt nur 10 Pf.

### Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 9. November, werden folgende Touren unternommen:  
Ortsgruppe Berlin: Am diesem Tage finden in Berlin in mehreren Bezirken Stadtverordnetenwahlen statt. Wir erwarten, daß alle Genossen, die in diesen Bezirken wohnen und wahlberechtigt sind, ihrer Pflicht nachkommen und sich nicht an den nachstehenden Touren beteiligen.  
Wieland-Wander-Rund. Abfahrt Steintiner Fernsch. 5.59 Uhr vorm. Straußberg-Böhlce-Etrauberg. Abf. Schleißer Bf. 6.23 Uhr vorm. Zepernitz-Größe-Bienitz. Abf. Steintiner Fernsch. 6.06 Uhr vorm. Stolpe-Doggen-Schöpping-Deinicksdorf. Abfahrt Steintiner Fernsch. 1.20 Uhr nachm.  
Rindertour Buch-Großensee-Zumt-Birkenwerder. Treffpunkt Schif. Bahnhof (Ecke Frucht- und Radolfstraße) 1/2 8 Uhr, Bf. Wedding (Eingang Reichelsplatz) 8 Uhr vorm.  
Ortsgruppe Neukölln: Friedrichshagen-Aranisberg-Ortner. Abfahrt Bf. Neukölln 6.31 Uhr vorm.  
Ortsgruppe Steglitz: Chorinchen-Vampfenberg-Niederpinow. Abfahrt Steintiner Fernsch. 5.59 Uhr vorm.  
Gäste willkommen.

Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Touristenvereins „Die Naturfreunde“ feiert am Sonnabend, den 8. November, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), ihr 5. Stiftungsfest mit einem großen Lichtbildervortrag: „Festigung der Jungfrau-Ben-Danos“. Näheres das heutige Infanat.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 9. November, findet für die nicht an der Stadtverordnetenwahl beteiligten Mitglieder folgende Tour statt:  
Abfahrt 7 Uhr vom Lehrter Hauptbahnhof bis Rauen-Rantenstation-Forkhaus Jagd-Weißacker-Rauen Stadtfest-Schnippelberge-Rantenweg. Weglänge ca. 25 Kilometer. — Gäste willkommen!

### Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin. Touren zum Sonntag, den 9. November.  
Bundesgenossen! Auf zur Stadtverordneten-Wahlhilfe! Sämtliche Touren am Sonntag, den 9. November, fallen wegen der Stadtverordnetenwahl aus.  
5. Abt. Treffpunkt Petersburger Str. 5 bei Böttcher, vorm. 10 Uhr. Alle anderen Abteilungen Treffpunkt in den Startlokalen vormittags 10 Uhr.  
Charlottenburg. Mittags 1 Uhr treffen sich sämtliche Genossen und Genossinnen im Volkshaus, Rosenstr. 3, im Zentralwahlbureau.  
Schöneberg. Sonnabend den 8. November, abends 7 Uhr, alle Genossen der 8. Abt. Stadtverordnetenwahl bei Bf.  
Am Sonntag alle Genossen der 8. Abt. zur Stadtverordneten-Wahlhilfe. Start: 9 Uhr bei Bf. Reimiger Str. 8.  
Neukölln. Sonntag abends 7 Uhr Mittenwalde. Start: 9 Uhr bei Bf. Bf. Bf. 77.  
Niederschönhausen. 1 Uhr: Groß-Beeren (Häfenmädchen). Start: Bf. Bf. 74.  
Tegel. 2 Uhr: Familientour nach Waldmannslust.  
Pankow-Nieder-Schönhausen. 12 1/2 Uhr: Saantwiel. Start: Pankow, Marktplatz.  
Arbeiter-Radsfahrerbund Groß-Berlin. Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr: Streckfahrt durch den Norden. Anfahrtsort: Bf. Prenzlauer Allee. Radweg. 1 Uhr nach Buch (Groß am Bahnhof). Anfahrtsort: Bf. Weißensee.  
Ortsgruppe Ober-Schöneweide. Sonntag, den 9. November, nachm. 1 Uhr: Ahrensfelde, Schneider. Start: Restaurant Schüller, Siemensstr. 28. Gäste willkommen.

### Fußball.

Märkische Spielvereinigung. Bei Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Bormärk-Spartan in Beichenfelde, Reudobahnstraße 40. Dritte III-Weißensee auf dem Tempelhofer Feld, Dritte XI-Allemania auf dem Tempelhofer Feld. Dritte XII-Charlottenburg in Pankow, Köpenicker Str. 11. Oberstra-Bifloria in Reinickendorf, Pankower Allee. Verein für Bewegungsspiele Schöneberg in Friedrichshagen, B. J. B. Platz. Beginn 1/2 8 Uhr.

### Athleten.

Athletenverein „Germania 1887“. Am der Arbeiterkassette des Stadtrats Rosbit Gelegenheit zu geben, Körper und Mäße zu stärken, veranstaltet der Athletenverein „Germania 1887“ (M. d. Vrb.-Athl.-Bundes) am Sonnabend, den 8. November, abends 9 Uhr, im Insel-Restaurant, Pfaffenstr. 97, einen öffentlichen Lebewortabend. Athleten, Freunde und Gönner unseres Sports sind freundlichst willkommen. Unkosten entstehen durch den Besuch nicht.

### Berliner Arbeiter-Schachklub.

Am Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr, nehmen zwei Schachturniere in den königlichen, Neue Königstr. 26, ihren Anfang. Eins für Mitglieder und das andere für jedermann.  
Für Mitglieder ist die Anmeldung bis zum 9. November, vormittags 10 Uhr, an die Turnierleitung zu machen.

### Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr):  
Berlin, 1. Abt. Montag, 10. Nov., Kommandantenstr. 62, Bekers Festsaal (Kunze).  
Berlin, 2. Abt. Montag, 10. Nov., im Ewigenmünder Gefellshaus, Ewigenmünder Straße 42.  
Berlin, 3. Abt. Donnerstag, 13. Nov., Schöneberg, Borbergstr. 9, Restaurant Gendel.  
Berlin, 5. Abt. Freitag, 7. Nov., Reutbahn, Idenkassino, Reichelsstr. 8.  
Berlin, 7. Abt. Dienstag, den 11. Nov., Charlottenburg, Köpenickerstr. 3, Volkshaus.  
Friedrichshagen. Donnerstag, 13. Nov., Friedrichstr. 60, 2. Hof, Partiere.  
Kornawes. Montag, 10. November, Wilhelm-, Ecke Friedrichstraße, bei Schmidt.  
Kornawes (Abt. Potsdam). Mittwoch, 12. November, Kaiser-Wilhelm-Straße, bei Glaser.  
Ober-Schöneweide. Montag, 10. November, Siemensstr. 12, bei Schü.  
Wilhelmsruh. Montag, 10. November, Reinickendorf-DR, Reibensstraße 6, bei Dirch.

### Jugendveranstaltungen.

Tempelhofer-Mariendorf. Heute Freitag, abends, ist eine Besichtigung der Antikafolien-Kunststellung im Gewerkschaftshaus zu Berlin unter besonderer Führung geplant. Treffpunkt bis 1/2 7 Uhr im Jugendheim. Beteiligt Euch rege an dieser Veranstaltung!  
Königsplatz-Neuendorf. Am Sonntag, den 9. November, findet auf dem Spielplatz unseres Jugendheimes ein Fußballspiel statt.

### Frauen-Leseabende.

Jehleudorf (Wannsee). Heute Freitag 8 1/2 Uhr bei Benno Kriden, Potsdamer Str. 25. Die Genossin Breitfeld hält einen Vortrag.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 6. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Ausfall der badischen Landtagswahlen. Von G. A. Lehmann (Rammstein). — Religion. Von R. Kautsky. I. — Die Aufgabe der Parteipresse. Von Gustav Hoch. — Kongress der ungarischen sozialdemokratischen Partei. Von E. Varga (Budapest). — Die Fleischeren und die Revision des Rahmungsmittelegesetzes. Von Konrad Krause. — Wo es uns fehlt? Von Otto Eggerstedt (Ahl).  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Wartpreise von Berlin am 5. November 1913. nach Ermittlungen des Igl. Holzgebräudiums. Weis (misch), gute Sorte 14.40-16.80, mittel 00.00-00.00, geringe 00.00-00.00. Weis (runder), gute Sorte 14.40-16.60, mittleres 4.50. Heu, alt 6.20-8.00.

Wartpreise von Berlin am 5. November 1913. nach Ermittlungen des Igl. Holzgebräudiums. Weis (misch), gute Sorte 14.40-16.80, mittel 00.00-00.00, geringe 00.00-00.00. Weis (runder), gute Sorte 14.40-16.60, mittleres 4.50. Heu, alt 6.20-8.00.  
Wartpreise von Berlin am 5. November 1913. nach Ermittlungen des Igl. Holzgebräudiums. Weis (misch), gute Sorte 14.40-16.80, mittel 00.00-00.00, geringe 00.00-00.00. Weis (runder), gute Sorte 14.40-16.60, mittleres 4.50. Heu, alt 6.20-8.00.  
Wartpreise von Berlin am 5. November 1913. nach Ermittlungen des Igl. Holzgebräudiums. Weis (misch), gute Sorte 14.40-16.80, mittel 00.00-00.00, geringe 00.00-00.00. Weis (runder), gute Sorte 14.40-16.60, mittleres 4.50. Heu, alt 6.20-8.00.

### Witterungsübersicht vom 6. November 1913.

Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (tägliche Mittel)	Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (tägliche Mittel)		
Swinemünde	750	SO	5	bedeckt	7	Cabaranda	755	R	4	bedeckt	0
Damberg	749	SO	4	mollig	9	Berensberg	753	W	1	bedeckt	8
Berlin	750	S	1	bedeckt	9	Seiffen	748	W	6	bedeckt	9
Rauh. a. M.	755	SO	2	Dunst	7	Werben	747	SO	3	wolkig	-1
Wand. a. M.	756	S	4	bedeckt	7	Paris	755	W	3	mollig	7
Wien	753	E	1	bedeckt	9						

Wetterprognose für Freitag, den 7. November 1913.  
Zunächst etwas kühler, zeitweise auffarend bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Erwärmung, Bewölkung und Regen.  
Berliner Wetterbureau.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 7. November 1918.

**Regl. Opernhaus.** Sinfoniefest, Anfang 12 Uhr.  
**Eines Palast am Zoo.** Varieté-Lichtspiele, Anfang 6 Uhr.  
**Eines Nollendorf-Theater.** Varieté-Lichtspiele, Anfang 6 1/2 Uhr.

**Regl. Opernhaus.** Sinfoniefest, Regl. Schauspielhaus, Hans Lange, Deutsches, Lorquato Laffo, Königgräber Straße, Nachb., Circus Busch, Galavorstellung, Circus Schumann, Galavorstellung, Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Direktor Franz Goetz, Mit dem „Imperator“ nach New York, Hofsaal 8 Uhr; Prof. Dr. P. Schumann: Die Welt der Nixen und Nibeliden.

**Kammertheater.** Der verlorene Sohn, Helena, Romanian, Berliner, Die einst im Mai, Theater am Nollendorfplatz, Der lachende Dreieck, Theater des Westens, Polenblut, Deutsches Künstler-Theater, Der Biberpelz, Deutsches Opernhaus, Indine, Deutsches Schauspielhaus, Die heitere Residenz, Neues Opernhaus (Stoll), Geflügel, Thalia, Die Langgängerin, Komödienhaus, Hinter Mauern, Montis Operetten, Die ideale Gattin, Schiller O., Wenn der neue Wein blüht, Schiller Charlottenburg, Rosenmontag, Residenz, Hohheit — der Franz, Metropol, Die Reise um die Welt in 40 Tagen, Kasino, Ferdinand der Jugendhalle, Kleines, Berlin, Lichtspiele, Trianon, Seine Geliebte, Perruchel, Was sagen Sie zu Leibsch?, Wintergarten, Spezialitäten, Reichsbank, Berliner Sänger, Eines Apollo-Theater, Varieté-Lichtspiele, Eines Friedrich-Wilhelmstadt, Varieté-Lichtspiele, Anfang 8 1/2 Uhr.

**Rose.** Am weißen Rößl, Luffen, Die Allwörden, Solies Caprice, Ritter Baldrin, Die Riggert, Das Adoptivkind, Walhalla, Der Liebesonkel, Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Der ledige Hof, Anfang 9 Uhr.  
**Admiralspalast.** Die lustige Puppe, Eines Nollendorf-Theater, Varieté-Lichtspiele.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62  
**Schiller-Theater O.** Berliner-Theater, Freitag, abends 8 Uhr: Wenn der neue Wein blüht, Sonnabend, abends 8 Uhr: Rosenmontag, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Freiwild, Sonntag, abends 8 Uhr: Jugendfreunde.

**Schiller-Theater** Charlottenburg, Freitag, abends 8 Uhr: Rosenmontag, Sonnabend, abends 8 Uhr: Jugendfreunde, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld, Sonntag, abends 8 Uhr: Rosenmontag.

**Deutsches Schauspielhaus** 8 Uhr: Die heitere Residenz, Theater in der Königgrätzer Straße 7 1/2 Uhr: Macbeth, Komödienhaus, 8 Uhr: Hinter Mauern, Berliner Theater, 8 Uhr: Wie einst im Mai, Theater des Westens, 8 Uhr: Polenblut, Sonnt. Km. 3 1/2, II.: Der liebe Augustin, Deutsches Künstlertheater, Sozietät, Nürnberger Straße 70/71, am Zoo, 8 Uhr: Der Biberpelz, Montis Operettentheater, Tägl. Lehar-Novität: Die ideale Gattin, 8 Uhr: Fr. Raffart, R. Spielmann u. G., 8 Uhr: Residenz-Theater, 8 Uhr: Hohheit — der Franz!

**Residenz-Theater** 8 Uhr: Hohheit — der Franz!

**Lessing-Theater.** 8 Uhr: Pygmalion, Aufsp. in 5 Akten v. Bernard Shaw.

**Theater am Nollendorfplatz 5.** 8 Uhr: Der lachende Dreieck, Sonnabend, nachm. 3 1/2, Uhr 3. II. Preisen: Zum I. Male: Frau Holle.

**ROSE-THEATER** Große Frankfurter Str. 132. Im weißen Rößl. Lustspiel in 3 Akten von E. Müntzer u. H. Hübner. Anfang 8 1/2 Uhr. Morgen: Im weißen Rößl. Sonnabendm. 4 1/2 Uhr: Schneewittchen. Sonntag, 3 II.: Der Müller u. sein Kind.

**Metropol-Theater** Abends 7 Uhr 55 präzise: Die Reise um die Erde in 40 Tagen. (Er. Ausstattungsst. m. Gef. u. Tanz in 19 Bild. m. vollst. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romanes von Julius Freund. Musik von Jean Gilbert. In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz. Karl Bachmann, Joseph Giampietro, Guido Thielscher, Alfred Schmasow, Leopold Wolf, Ludwig Wolf, Helene Ballet, Ida Russka, J. de Lande.

**Passage-Panoptikum** 50 wilde Kongoweiber. Männer und Kinder. In einem eigens aufgebauten Kongodorfe in ihren Sitten u. Gebräuchen. Und die anderen Attraktionen. Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volgt-Theater** Badstraße 38. Freitag, den 7. November: Die Kino-Königin. Vorverkauf täglich im Theater. Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Berliner Sängerkhor** Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. — Chorleiter: Franz Bothe.

Sonntag, 9. November, im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain:  
**1. HERBST-KONZERT**

Mitwirkende: das Berliner Konzerthaus-Orchester, Dirigent Fr. v. Blon.  
 Vortragsfolge:  
 1. Ouvertüre zur Oper „Die Zauberflöte“ Mozart  
 2. Phaeton, sinfonische Dichtung Saint-Saëns  
 3. Largo (Harfe: Frau Kaden; Solovioline: Herr Konzertmeister Löblich) Hindel  
 4. Ungarische Rhapsodie No. 1 Liszt  
 5. Sieg der Freude (mit Orchester) Büttner  
 6. Vineta, Tanzgemälde Ksan  
 7. Pilgerchor und Lied an den Abendstern a. d. Oper „Tannhäuser“ Wagner  
 \*8a. Jugend Thulle  
 \*8b. Morgen im Walde Hegar  
 \*8c. Lebenslied Kaun  
 9. Ouvertüre z. Oper „Rienzi“ Wagner  
 10. Pâte nuptiale, romantische Suite Herbert  
 \*11a. Wanders Nachtlied Kuhlau  
 \*11b. Aennchen von Tharau Sileber  
 \*11c. Jägerchor aus „Euryanthe“ Weber  
 \*11d. Erntelied (mit Orchester) Fried  
 Die mit einem \* bezeichneten Stücke werden vom Chor vorgetragen.  
 Einlaß 5 1/2 Uhr. Nach dem Konzert TANZ. Anfang 7 Uhr.  
 Eintritt 50 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. 60/7

**Touristenverein „Die Naturfreunde“** Ortsgruppe Berlin.  
 Sonnabend, 8. November, im Gewerkschaftshaus, Engelder 15 (gr. Saal):  
**5. Stiftungsfest** mit großem Lichtbildervortrag: „Eine Besteigung der Jungfrau—Genf—Davos“. Freunde und Bekannte sind freundlichst eingeladen. Anfang 8 1/2 Uhr. [1/15] Eintritt inkl. Tanz 50 Pf.

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.** Freitag 8 1/2 Uhr: Die Allwörden. Schauspiel in 7 Bildern v. Ritterfeld.  
**Walhalla-Theater.** Täglich 8 1/2 Uhr: Der Liebesonkel. Puffe mit Gesang und Tanz.

**„Clou“** :: Berliner :: Konzerthaus  
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Konzert** des Berliner Lieder-Quartetts, Chorleiter Fr. Steineck, unter Mitwirkung des Berliner Konzerthaus-Orchester. Dirigenten: Komponist Franz v. Blon und Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Alle Vergünstigungen aufgehoben.

**UT** Lichtspiele  
 Union-Palast, Kurfürstendamm 26. Weinbergsweg 16-17 (2 Minuten v. Rosenthaler Tor). Friedrichstraße Ecke Taubenstraße Unter den Linden 21. Reinickendorfer Str. 14.

**Heute Premiere. Der Spuk im Schloß**  
 Detektiv-Roman. — Kolorierter Film.

**Der Liebe Zaubermacht**  
 Romantische Erzählung in einem Vorspiel und 4 Akten. Kolorierter Film.  
 Ferner überall:  
**Reichhaltiges humoristisches Programm**  
 Tom Prince • John Bunny Bubi.  
 Aktualität:  
**Einzug des Braunschweigischen Herzogspaares.**

**Reichhaltiges humoristisches Programm**  
 Tom Prince • John Bunny Bubi.  
 Aktualität:  
**Einzug des Braunschweigischen Herzogspaares.**

**Zirkus Alb. Schumann.**  
 Heute Freitag, den 7. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:  
 Nur noch kurze Zeit!  
**10 Bengal-Königs-Tiger 10** vorgeführt von Herrn Sawado. Neu! **The 2 Coenen** Neu! in ihrem Perche- u. Leiterakt. Neu! **MIB Zoo** Neu! Venus der Lüfte und 10 weitere Attraktionen. Um 9 1/2 Uhr: **Tango vor Gericht!** Pantomimische Burleske in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

**Zirkus Busch.**  
 Heute Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr:  
 Humoristischer Galaabend, u. a. **Geb. Boston** Schmaritz in höchster Solennebung. Das unvergleichliche **Bernett-Trio**. Ferner: Die berühmten **Wenschen-Affen**. Zum Schluß: die neue gr. **Ausfall-Pantomime** **Aus unseren Kolonien**. **Urs!** Sonntag: 2 große Gala-Vorstellungen. Am 3. u. abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags hat jeder Erwachsene ein angelegtes Kind frei auf allen Sitzplätzen.

**Neukölln Circus Barum.**  
 Täglich abends 8 1/2 Uhr: Das grandiose **Programm** mit 22 Weltattraktionen, wie sie die Welt in solcher, jeder Konkurrenz die Spitze bietenden Zusammenstellung noch nie gesehen hat.

**Casino-Theater** Leipziger Str. 37. Täglich 8 Uhr. Der neue Saison-Bossen-Schlager **Ferdinand der Engendhaffe**. Das groß. Stück seit Bestehen d. Theat. Vorher das erff. Spezialität-Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Mutterliebe.

**Folies Caprice.** Ritter Baldrian, Das Adoptivkind, Die Mißgeburt.

**Reichshallen-Theater** Steffiner Sänger, Zidenbeens's Künstler-agentur, Carl v. Reibel, Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Zidenbeens's Künstler-agentur. Log. 1. RR., Balk. 75 Bl., Entree 30 Pf.

**Berliner Prater-Theater** Rastanien-Allee 7-9. 3. Oper. Gastsp. (Dir. Steiner-Sandori) **Die Kino-Königin**. Operette in 3 Akten von Jean Gilbert. Abends 8 1/2 Uhr.

**Trianon-Theater.** Täglich abends 8 Uhr: **Seine Geliebte.**

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Nidelswerder**, an der neuen beim **Alten Freund**.

**Restaurant zum Oder-Spree-Kanal, Wernsdorf i. Mark.**  
 Zur Bußtagpartie da wird geschlacht!  
 Das Schweinchen, das wir jetzt gemacht — Das Lärchen läßt ihr Euch sein Leben — Soll trübe Luft und Wellen geben. — Wir laden Euch zu diesem Schmaus — Kommt zu uns nach Wernsdorf raus. — Bergt es nicht! — denn Schwedlers Schwein — soll jedem Euch ein Glücksschwein sein!  
 Hierzu ladet **Paul Schwedler u. Frau.** (Kochschüssel von Schmückwitz)

Aus der Frauenbewegung.

Soziale Lage und Schulauglichkeit.

Es bedarf kaum einer besonderen Beweisführung für den Einfluß der sozialen Lage auf die Schulauglichkeit des Kindes...

Die körperliche und seelische Entwicklung des Kindes wird bereits verhängnisvoll geschädigt, wenn es der Schule zu früh zugeführt wird...

Das Leuchte ohne weiteres ein, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Verheerungen Rachitis und Skrofulose unter den Kindern des Proletariats anrichten...

Unter den Nerven- und Gehirnerkrankheiten ist es der Schwachsinn, von dem überwiegend sehr arme Kinder betroffen werden...

Im einzelnen läßt sich insbesondere der Einfluß der Wohnungsverhältnisse auf die Schulleistungen nachweisen...

tät unserer Gesellschaftsordnung hingewiesen wurde, die zurzeit in Berlin allein 50 000 fleißige Männer als Arbeitslose auf die Straße setzt...

Die schweren Schädigungen des geistigen und körperlichen Gedächtnis der Kinder durch gewerbliche Arbeit sind oft in unserer Presse und in der Agitation behandelt worden...

In den besitzenden Klassen kann alles nur Denkbares geschehen, um schlummernde geistige Anlagen der Kinder zu wecken und zur Entfaltung zu bringen...

Eltern als Erzieher.

Vor der vollständig versammelten Schulvorleserschaft steht ein zehnjähriger Knabe. Es entwickelt sich folgendes Strafgericht.

Der Präsident: „Worum bist Du die letzten fünf Tage nicht zur Schule gekommen?“ Der Knabe: „Mutter war krank, ich mußte daheim bleiben.“

Der Knabe: „Ich verstehe sie daheim!“ Der Präsident: „Worum tust Du das?“ Der Knabe: „Weil es lustig ist, wenn alle suchen.“

Der Knabe: „Ich verstehe sie daheim!“ Der Präsident: „Worum tust Du das?“ Der Knabe: „Weil es lustig ist, wenn alle suchen.“

Der Knabe: „Ich verstehe sie daheim!“ Der Präsident: „Worum tust Du das?“ Der Knabe: „Weil es lustig ist, wenn alle suchen.“

Der Knabe: „Ich verstehe sie daheim!“ Der Präsident: „Worum tust Du das?“ Der Knabe: „Weil es lustig ist, wenn alle suchen.“

zweite Resolution begrüßt es, daß die Internationale Frauenkonferenz im Jahre 1914 in Wien stattfinden wird. Zu dem Thema „Aufgaben der sozialistischen Frauenorganisationen“ referierten die Genossinnen Therese Schleginger und Emmy Freundlich.

Die guten Erfahrungen, welche in Wien mit den Funktionärinnenkursen gemacht wurden, veranlassen die Konferenz, die Abhaltung solcher Kurse überall dort, wo es möglich ist, zu empfehlen.

Wenn die Frauenorganisationen Feste veranstalten, so sollen sie in erster Linie erheben wirken, und darf deshalb der finanzielle Gesichtspunkt niemals der allein vorherrschende sein.

Die „Proletarische Frau“. Mit ihrer am 1. November herausgegebenen neuen, trefflichen Nummer tritt die „Proletarische Frau“, das alle vierzehn Tage erscheinende Frauenblatt der organisierten holländischen Sozialdemokraten, in ihren 9. Jahrgang.

Unter großen Schwierigkeiten, so frohlockt der Leitartikel der neuen Nummer, wurde das Organ vor acht Jahren ins Leben gerufen. Es hat sich im Laufe der Zeit bewährt und durchgesetzt.

Mutterschutz und Sexualreform.

Cherestrom in den skandinavischen Staaten. Das Vereinigte Parlamentarische Komitee von Schweden, Norwegen und Dänemark hat nach vieljähriger Vorbereitung einen Gesetzentwurf über eine Reform der Ehegesetze ausgearbeitet.

Witwenunterstützung in Dänemark. In Dänemark trat kürzlich ein Gesetz in Kraft, das Witwen mit einem Vermögen unter 4000 Kronen (ungefähr 1330 M.) oder einem Einkommen von weniger als zwei Drittel des steuerfreien Betrages für jedes Kind eine Unterstützung zusichert.

Obligatorischer Mutterschutz. Der Deutsche Bund für Mutterschutz, Ortsgruppe Berlin, hat soeben an die Kreislichen Oberverwaltungsämter die Bitte gerichtet, bei der Prüfung der eingereichten Krankenkassen-Satzungen die Krankenkassen aller Art dazu anzuhalten, den §§ 198, 199 und 200 A.B.O. folgend, Bestimmungen aufzunehmen, bezw. fakultative obligatorisch zu machen, die allen weiblichen Versicherungspflichtigen:

- 1. bei Arbeitsunfähigkeit durch Schwangerschaft Schwangerengelder in Höhe des Krankengeldes, 2. die bei der Niederkunft nötigen Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe, 3. Stillgelder, solange sie ihre Neugeborenen stillen, gewähren.

Eine akademische Gruppe für Mutterschutz und Sexualreform bildete sich im Anschlusse an einen vom Bund für Mutterschutz veranstalteten Vortragsabend über „Akademische Jugend und sexuelle Frage“.

Die neue Dienstbotensteuer. In der vor acht Tagen veröffentlichten gleichlautenden Konzession findet sich ein Irrtum: Nach den geschlossenen Verträgen sind die Beiträge für die Krankenversicherung der Dienstboten nur zu einem (nicht zwei) Drittel von der „Dienerschaft“, dagegen zu zwei Dritteln von den versicherten Dienstboten selbst zu entrichten.

Sozialistische Frauenbewegung im Auslande.

Die Sozialdemokratische Frauenrechtskonferenz Oesterreichs, über deren ersten Verhandlungstag bereits an anderer Stelle ausführlich berichtet worden ist, nahm einen Beschluß an, auch im Jahre 1914 eine einheitliche Kundgebung für das allgemeine aktive und passive Wahlrecht (einen Frauenweg) zu veranstalten.





